



# Landtag von Baden-Württemberg

19. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 9. Februar 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 9:30 Uhr

Schluss: 14:13 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1083	c) <b>Einzelplan 06: Finanzministerium</b>	
Begrüßung des Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Staatsminister a. D. Ulrich Galle . . .	1106	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/806	
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)</b>		d) <b>Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung</b>	
a) <b>Einzelplan 10: Umweltministerium</b>		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/812	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/810 . . . . .	1083	e) <b>Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – Drucksache 14/660</b>	
Abg. Winfried Scheuermann CDU . . . . .	1083, 1092	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/813	
Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	1085, 1096	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Haushaltsstrukturgesetz 2007 – Drucksache 14/661</b>	
Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	1087	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/816	
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . . . . .	1089	3. <b>Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2006 bis 2010 – Drucksachen 14/788, 14/815 . . . . .</b>	1114
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	1093	Abg. Manfred Groh CDU . . . . .	1115
Beschluss . . . . .	1097	Abg. Dr. Nils Schmid SPD . . . . .	1117
b) <b>Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum</b>		Abg. Oswald Metzger GRÜNE . . . . .	1120
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/808 . . . . .	1097	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1123
Abg. Jochen Karl Kübler CDU . . . . .	1098	Minister Gerhard Stratthaus . . . . .	1126
Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	1100	Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU . . . . .	1129
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE . . . . .	1102	Beschluss . . . . .	1130
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	1103	Nächste Sitzung . . . . .	1135
Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE . . . . .	1106		
Minister Peter Hauk . . . . .	1108		
Beschluss . . . . .	1112		

## Protokoll

über die 19. Sitzung vom 9. Februar 2007

Beginn: 9:30 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Buschle und Heiler erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Haller-Haid und Herr Abg. Junginger.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 10: Umweltministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/810**

**Berichterstatterin: Abg. Dr. Gisela Splett**

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Umweltministerium – eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit ein paar statistischen Werten beginnen. Die Statistik stammt von Statistischen Bundesamt und ist also nicht irgendwie subjektiv gefärbt.

Danach hat im Zeitraum von 1991 bis 2004 das reale Bruttoinlandsprodukt um 19,9 % zugenommen. Der Energieverbrauch ist in dieser Zeit um 1,2 % gesunken, der Materialverbrauch immerhin schon um 6,8 %. Die Emission von Treibhausgasen sank um 14,1 %, die Emission von Stickoxiden um 40,8 % und die Emission von Schwefeldioxid um 85,3 %.

Der einzige Wert, bei dem wir eine nennenswerte Steigerung zu vermelden haben, ist der Flächenverbrauch, der in der Zeit

von 1992 bis 2004 um 13,2 % zugenommen hat. Meine Damen und Herren, damit bin ich bei meinem ersten Schwerpunktthema, nämlich dem Flächenverbrauch.

Ich finde, seit dem Beginn dieser Legislaturperiode hat sich bei diesem Thema etwas getan. Zum ersten Mal taucht dieser Begriff zusammen mit dem Begriff Nachhaltigkeit in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten auf.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Und wo sind die Taten?)

– Was haben Sie denn an dieser Feststellung auszusetzen? Sie stimmt, und damit Schluss und fertig, amen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, mit dem MELAP-Programm haben wir wenigstens einmal in einem Punkt modellhaft Versuche unternommen, dem Flächenverbrauch zu Leibe zu rücken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich kann mir nur wünschen – das wäre mein Appell an die Adresse des zuständigen Ministers –, dass wir bei der Novellierung des ELR aus unseren Erfahrungen mit dem MELAP-Programm Konsequenzen ziehen.

Dann gibt es bei uns ja den Nachhaltigkeitsbeirat, der sich ebenfalls mit diesem Thema befasst. Hoffentlich sage ich jetzt nichts Falsches: Es gibt auch eine interministerielle Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Aber, Herr Walter – jetzt komme ich Ihnen ein ganzes Stück entgegen –: Außer diesen Versuchen bewegen wir uns immer noch auf dem Feld, durch Argumentation und Appelle eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen. Ich weiß nicht, ob wir ausschließlich mit diesen Methoden in Zukunft den gewünschten Erfolg im Hinblick auf eine Eindämmung des Flächenverbrauchs haben werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang darf ich noch eines sagen. Im Baugesetzbuch heißt es: Bauleitpläne der Gemeinden sind aufzustellen, soweit sie erforderlich sind. Wenn wir nun alle einmütig der Meinung sind, dass das, was wir bisher auf dem Gebiet des Flächenverbrauchs vorzuweisen haben, zu viel Flächenverbrauch ist, dann muss dies doch logischerweise ganz einfach heißen: Nicht alle Bebauungspläne, die wir zurzeit haben, sind auch erforderlich. Ich bitte Sie alle, einmal zu versuchen, sich zu erinnern: Können Sie mir einen Fall aus Ihrem Bereich sagen, in dem einmal ein Bebauungsplan mit der Begründung abgelehnt worden ist, er sei nicht erforderlich?

(Winfried Scheuermann)

Ich meine: Wenn man bei den Genehmigungsbehörden auf das Tatbestandsmerkmal, dass Bauleitpläne erforderlich sein müssen, mehr Wert legen würde, dann hätten wir auch mehr Erfolge beim Flächenverbrauch zu verzeichnen. Ich appelliere an den Wirtschaftsminister und an die Umweltministerin, sich dieses speziellen Themas einmal anzunehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein zweites Schwerpunktthema ist der Hochwasserschutz. Wir haben beim Hochwasserschutz an den Gewässern I. Ordnung – ein Schwerpunktprogramm ist das IRP – die Ansätze des letzten Haushalts gehalten. Sie sehen, dass es uns mit dem Hochwasserschutz ernst ist. Allerdings könnten wir überall mehr Geld ausgeben, als im Haushalt angesetzt ist. Beim IRP ist es aber offensichtlich so, dass die Abschnitte, die planfestgestellt und baureif sind, auch umgesetzt werden. Mir ist kein Abschnitt bekannt, der baureif ist, aber mangels Geld mehr oder weniger lange auf die lange Bank geschoben wird.

Uns kommt sicherlich ein Stück weit zugute, dass wir jetzt bei den Abschnitten sind, bei denen es draußen herzhafte zur Sache geht und sich die Frage stellt, ob wir der Bevölkerung dort unsere Vorstellungen vermitteln können oder nicht. Jetzt kommt es irgendwann auch einmal zum Schwur: Was halten wir vom IRP?

Meine Damen und Herren, wir haben den Ansatz für den kommunalen Hochwasserschutz verbessert, indem wir im KUF bei den Beträgen für Abwasserförderung und Wasserförderung Kürzungen vorgenommen haben und im Gegenzug die Ansätze bei den Wasserlaufausbaumaßnahmen erhöht haben. Das war jetzt ein komplizierter Satz – auf Deutsch: Wir haben für den kommunalen Hochwasserschutz mehr Geld zur Verfügung gestellt. Auch hier möchte ich sagen: Hochwasserschutz ist und bleibt für die nächsten Jahre ein Schwerpunkt der Umweltpolitik.

Ich komme nun zu meinem dritten und letzten Schwerpunkt: Das ist der Klimaschutz. Meine Damen und Herren, schon gestern oder vorgestern hat in der Diskussion die Frage der Emissionsgrenzwerte bei den Kraftfahrzeugen eine wichtige Rolle gespielt. Ich stehe voll und ganz hinter den Darlegungen und Ausführungen unseres Ministerpräsidenten hierzu.

Ich hätte mir aber zusätzlich noch gewünscht, dass man nicht einfach über den Tatbestand hinweggeht, dass die Autoindustrie von ihrer Selbstverpflichtung, bis zum Jahr 2008 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 140 g pro Kilometer Laufleistung zurückzuführen, überhaupt nichts mehr wissen möchte. Ich glaube, so dürfen wir Politiker uns nicht abspeisen lassen. Vor Jahren verhinderte man mit einer Selbstverpflichtung eine gesetzliche Regelung, möchte nun aber von der Selbstverpflichtung nichts mehr wissen. Jetzt sagt die Europäische Union: Bis zum Jahr 2012 – also vier Jahre später als nach der Selbstverpflichtung der Autoindustrie – wollen wir eine Senkung auf 130 g erreichen. Dazu können wir nur sagen: Das ist ein mehr als vertretbarer Grenzwert; hinter ihm, glaube ich, müssen wir ganz einfach stehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP –  
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Steht auch Ihr  
Ministerpräsident dahinter?)

– Herr Kretschmann, Sie sind ein bisschen zu spät gekommen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nein, ich habe das draußen gehört!)

Ich habe gesagt: Ich stehe hinter dem, was der Ministerpräsident gesagt hat. Nur, gefehlt hat mir die Auseinandersetzung mit der Selbstverpflichtung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 140 g je Kilometer zu begrenzen. Deswegen habe ich das jetzt nachgeholt.

Meine Damen und Herren, ich finde es außerordentlich spannend und innovativ, dass die Europäische Union sagt, eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 10 g pro Kilometer solle mit anderen Maßnahmen als Motorenmanagement erreicht werden. Das heißt, hier haben wir einen Einstieg in eine Technologie, über die wir überhaupt noch nicht gesprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns natürlich nicht nur um CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Kraftfahrzeugverkehr kümmern. Jetzt bleibt mir eigentlich nichts anderes übrig, als wenigstens stichwortartig zu erwähnen, dass wir bei unseren Kraftwerken natürlich nicht einfach nur schauen können, was hier passiert. Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, Sie sagen immer, es bleibe beim Ausstieg aus der Atomenergie und die regenerativen Energien seien die Alternative.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Was Sie zu den regenerativen Energien sagen, wird von mir völlig kritiklos akzeptiert. Bloß sollten Sie auch einmal sehen, was unsere großen Energieversorgungsunternehmen als neue Kraftwerke planen. Z. B. investiert die EnBW 1 Milliarde € in ein Kraftwerk für fossile Brennstoffe in Karlsruhe. Da geht es doch nicht ohne zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wenn wir uns um einen Ausstoß von 140 oder 130 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer beim Auto unterhalten, dann dürfen Sie doch diese Tatsache nicht einfach als Quantité négligeable in Ihren Argumentationen zum Einsatz regenerativer Energien und zum Ausstieg aus der Atomenergie überhaupt nicht erwähnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben bei der Klimaschutzpolitik unsere bisherigen Ansätze des „Klimaschutz-Plus“-Programms beibehalten. Wir haben es zugegebenermaßen nicht üppig ausgestattet, aber immerhin zwei neue Fördertöpfe und Fördermöglichkeiten im Haushalt unterbringen können. Zum einen ist dies ein Programm zur Steigerung der Energieeffizienz für kleine und mittlere Betriebe mit einer Mittelausstattung von jährlich 2 Millionen €. Mit diesem Energieeffizienzsteigerungsprogramm möchten wir Anreize geben, damit in dem betrieblichen Ablauf bei der Produktion ein größeres Augenmerk auf den sparsameren Umgang mit Energie gelegt wird, als das bisher der Fall ist.

Etwas ganz Neues ist unser mit jährlich 3,5 Millionen € ausgestattetes Programm, um bei unseren Gebäuden einen Beitrag zum stärkeren Einsatz von regenerativen Energien und – das füge ich an dieser Stelle hinzu – eine größere Reduktion des Energieeinsatzes zu erzielen, als das nach der Energieeinsparverordnung gesetzlich vorgesehen ist.

(Zuruf von der SPD)

(Winfried Scheuermann)

Wir wollen ab Juli dieses Jahres mit der Förderung beginnen. Uns schwebt vor, für die Ergreifung von Maßnahmen, um bei Gebäuden zu einem größeren Einsatz regenerativer Energien zu kommen, und von Maßnahmen, um unter die Grenzwerte der Energieeinsparverordnung zu kommen, gesetzliche Vorschriften zu erlassen, also, wenn Sie so wollen, mit Maßnahmen der Ordnungspolitik vorzugehen.

(Unruhe)

Dies ist ein völlig neuer Gedanke. Ich finde, es ist auch ein revolutionärer Gedanke. Wenn es uns gelingt, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften hier im Landtag durchzusetzen, dann können wir nach zwei Jahren nicht mehr sagen: „Die Förderung auf diesen Gebieten stellen wir ein.“ Dann haben wir einen Beitrag dazu geleistet, dass diese Förderung auch über den Zeitraum des jetzigen Doppelhaushalts hinaus erhalten und möglichst ausgeweitet wird.

Meine Damen und Herren, Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik – das wollte ich darstellen – sind Maßnahmen gegen den Flächenverbrauch, ein noch stärkeres Engagement im Hochwasserschutz und der klare Ausdruck in Euro und Cent, dass die Klimaschutzpolitik ein Schwerpunkt bleibt und in Zukunft einen noch höheren Rang einnehmen soll als bisher.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dieter Ehret FDP/  
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen: Wenn sich alle Redner etwas kürzer fassen würden, dann könnten wir ohne Mittagspause durchtaggen. Herr Kollege Scheuermann hat schon einen Beitrag dazu geleistet. Er hat eineinhalb Minuten seiner Redezeit nicht ausgenutzt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Vielleicht brauche ich die noch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wurde dieser Hinweis auch von der Regierung verstanden?)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss man sagen, Herr Präsident: Man weiß ja nicht, ob Herr Kollege Scheuermann noch einmal ans Rednerpult kommt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das kommt darauf an, was Sie jetzt sagen!)

– Ich wollte gerade sagen: Man muss erst abwarten, ob er wirklich dazu beigetragen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man heute die Zeitung aufschlägt – ich habe hier meine Lokalzeitung –,

(Der Redner hält eine Zeitung hoch.)

dann liest man: „Klimawandel kommt uns teuer zu stehen.“ Das ist eine Überschrift, der nichts hinzuzufügen ist.

Ich sage Ihnen auch, Frau Umweltministerin: Sie sind uns eigentlich die teuerste Ministerin, die wir im Land haben. Wenn im Klimaschutz nicht schnell und nachhaltig gehandelt wird, dann wird genau das eintreten, was hier beschrieben wird, nämlich dass vor allem die Südländer bei einem Klimawandel gravierend benachteiligt werden und dass vor allem in den Südländern, also in Deutschland vor allem in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, die Zahl der Wärmertage deutlich zunehmen und auch die Wirtschaftskraft deutlich sinken wird.

Wenn man das weiß und sich den Haushalt anschaut, dann sieht man, wie hier gehandelt wird: Es wird angekündigt, aber es wird nichts gemacht. Wenn man diesen Haushalt anschaut, dann sieht man, wie hilflos und wie ideenlos diese Landesregierung vorgeht. Die Ansätze der Vorjahre werden festgeschrieben, sie werden leicht nach unten verändert, sie werden leicht nach oben verändert, aber wirklich gravierend wird hier nichts verändert.

Sie müssen sich vor Augen halten, dass alleine die Bremsspur beim Klimaschutz über 50 Jahre dauert. Das heißt, wenn wir heute massiv umsteigen würden und massiv dafür sorgen würden, dass wir den Klimawandel aufhalten, dann würde es noch 50 Jahre dauern, bis man endlich spürt, dass die Temperatur nicht mehr zunimmt, sondern auch wieder abnimmt. Was machen wir? Wir machen nichts. Wir sagen: „Es ändert ja sowieso nichts“, und es wird so weitergemacht wie bisher. Von daher, denke ich, muss man das Thema Umwelt hauptsächlich unter dem Stichwort Klimawandel sehen.

Ich möchte trotzdem noch andere Themen ansprechen, die dazugehören. Eines davon ist der Hochwasserschutz. Der Hochwasserschutz ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir nur reden, aber nichts umsetzen. Wir haben seit 20 Jahren etwa ein Drittel der Volumina dargestellt, die wir brauchen, um die Unterlieger – das sind wir teilweise selbst; Mannheim ist der Unterlieger von ganz Baden-Württemberg – vor Hochwasser zu schützen. In 20 Jahren ein Drittel weniger!

Die Ansätze, die der frühere Umweltminister einmal mit 30 Millionen € genannt hat, wurden im Jahr 2006 unterschritten und werden auch jetzt wieder unterschritten. Es wird wahrscheinlich, weil die Planung noch nicht vorangetrieben ist, weniger umgesetzt werden als das, was man eingestellt hat, sodass Sie schon gleich Reserven geschaffen haben, um auch Kürzungen in Ihrem Haushalt unterzubringen.

Wenn wir nicht aufpassen, wird es so kommen, dass wir dem Hochwasserschutz gar nicht mehr hinterherhecheln können. Denn die Hochwasser werden durch die Klimaveränderungen zunehmen. Selbst wenn wir 30, 40 oder 50 cm mehr Hochwasserschutz machen, wenn man mit dem Integrierten Rheinprogramm am Rhein Polder baut, wird es immer häufiger größere Hochwasser geben. Die werden immer öfter kommen. Das heißt, wir werden auch da gar nicht hinterherkommen, wenn das so weitergeht.

Wenn man sich den Bereich der Abfallwirtschaft im Haushalt genauer anschaut, stellt man fest: Wir haben in der Abfallwirtschaft, beim Trinkwasser, beim Abwasser und bei der Altlastenbehandlung für die Kommunen noch immer genügend Geld eingestellt. Ich denke, es wird endlich Zeit, diese Dinge umzuschichten. Herr Kollege Scheuermann hat schon angespro-

(Thomas Knapp)

chen, dass er ein paar Millionen Euro umschichten möchte. Es ist wichtig, dass wir dafür sorgen und dass es auch den Kommunen ermöglicht wird, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und die Energieeffizienz zu steigern, um dort für gute, zukunftsweisende Projekte zu sorgen. Denn wir belohnen heute die Gemeinden, die schlecht gewirtschaftet haben.

Im Bereich Abwasser kann alles durch Gebühren und durch gutes Wirtschaften in den Kommunen aufgefangen werden. Schließlich können wir jeden Steuereuro nur einmal ausgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nun zum Thema Windkraft. Die Windkraft ist ja ein leidiges Thema bei uns in Baden-Württemberg. Im letzten Jahr sind von insgesamt 1 600 in Deutschland neu gebauten Windkraftanlagen nur 16 Anlagen in Baden-Württemberg errichtet worden. Bei einem Anteil von 10 % an der Gesamtfläche der Bundesrepublik hat Baden-Württemberg nur 1 % zum Ausbau der Windkraft beigetragen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Gott sei Dank!)

Das ist völlig indiskutabel.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist viel, Herr Knapp! – Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Wir können Sie wirklich nur auffordern, endlich Ihre Politik gegen Windkraft aufzugeben. Denn es ist an der Zeit, zu sagen: Für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen wir alles tun. Da nützt es nichts, heute einmal dieses und morgen dann jenes zu tun. Wir müssen alles tun! Es gibt keinen Königsweg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber es gibt einen Volksweg!)

Um nur einmal ein paar Zahlen zu nennen – ohne Heranziehung der Daten des Statistischen Landesamts, sondern nur mithilfe des gesunden Menschenverstands –: Heute stammen 90 % des bei uns erzeugten Stroms aus ganz normalen Kraftwerken, die mit ihrem Wirkungsgrad weniger als 40 % ihres Primärenergieeinsatzes nutzen. Wenn wir es nur schaffen würden, die Hälfte der restlichen 60 %, die bei dieser Art der Stromerzeugung verpuffen, in eine sinnvolle Wärmenutzung einzubringen, dann würde der Anteil der Primärenergieträger an der Stromerzeugung von jetzt auf nachher nur noch bei 70 % liegen. Ohne zusätzliche Maßnahmen wären aus einem Anteil von 10 % durch die erneuerbaren Energieträger 17 % geworden.

Ich denke, die Zukunft wird darin liegen, dass wir die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und dass wir endlich auch bei den erneuerbaren Energien eine Hocheffizienz anstreben. Auch dort macht es keinen Sinn, Primärenergie einzusetzen und die Wärme verpuffen zu lassen. Wir brauchen eine hocheffiziente Energieversorgung; alles andere wird nicht funktionieren.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es wird keine Wärmenutzung in der Nähe von Neckarwestheim für 2 500 Mega-

watt geben. Das wird es nicht geben. Denn dort haben wir eine Stromerzeugung von 2 500 Megawatt, und wir bräuchten mindestens noch einmal die gleiche Menge an Wärmebedarf, um die Nutzung der Kernenergie – in diesem Fall wäre das einmal positiv – auch sinnvoll einzusetzen. Die wird es jedoch nicht geben. Die Zukunft wird in einer dezentralen Energieerzeugung durch Stadtwerke und durch kleinere Firmen mit vielen kleinen Anlagen und unter vollständiger Ausnutzung der Primärenergie – oder doch zumindest einer relativ guten Ausnutzung – über Kraft-Wärme-Kopplung liegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Weil es falsch ist!)

Denn das entspricht der Wahrheit. Man wird das nur über kleine Anlagen machen können, denen die Zukunft gehören wird.

Jetzt muss man einmal fragen: Warum singen Sie eigentlich auf der einen Seite das Hohelied der EnBW und sagen auf der anderen Seite – Herr Kollege Scheuermann fragt: Was baut denn die EnBW? –: „Wir müssen schauen, dass die EnBW dieses und jenes machen kann“? Steuern Sie doch endlich um und tun Sie etwas, zusammen mit uns!

(Beifall bei der SPD)

Bei der Windkraft und beim Umweltschutz allgemein muss man übrigens sagen, dass das ein riesiger Jobmotor ist. Ich will nur eine Firma nennen. Sie verhindern Windkraftanlagen; Kollege Mappus propagiert die Ablehnung noch vollends und freut sich, dass er das als Abgeordneter hibekommt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Weil das ein Unding ist! Begreifen Sie das doch einmal!)

Wir haben in Ehningen eine Firma Liebherr, die in der Zwischenzeit über 40 % ihres Umsatzes aus dem Bau von Getrieben für Windkraftanlagen schöpft.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, und?)

Das muss man doch einmal sehen. Das sind 2 500 Arbeitsplätze, die dort zu 40 % an der Windkraftnutzung hängen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Aber doch nicht an Anlagen in Baden-Württemberg! Was ist denn das für ein Unsinn?)

Sie müssen doch irgendwann einmal kapiieren, dass es keinen Sinn macht, zu sagen: „Ich kenne jemanden, der mit Messer und Gabel essen kann“, sondern dass man irgendwann auch einmal sagen muss: Ich kann mit Messer und Gabel essen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Abg. Stefan Mappus CDU: Da sind wir uns bei Ihnen nicht so sicher! Windkraft in Baden-Württemberg würde bedeuten, Sie essen mit Stäbchen!)

– Kollege Mappus, im Gegensatz zu Ihnen bin ich so weltoffen, dass ich auch mit Stäbchen essen kann.

(Thomas Knapp)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Mappus isst bloß mit dem Schöpflöffel! – Unruhe)

Bei der Luftreinhaltung ist es ähnlich. Wir untersuchen, wir veranstalten Symposien, das Umweltministerium zeigt alles auf, analysiert – aber es wird nicht gehandelt. Von daher muss ich sagen, Frau Ministerin – wir werden vielleicht noch eine zweite Runde machen, und Sie werden mir darauf antworten; schauen wir einmal, wie es dann funktioniert –: Sie kommen uns teuer zu stehen. Sie sind die teuerste Ministerin, Ihr Haus ist das teuerste Ministerium, denn der Klimawandel kommt uns teuer zu stehen; aber lieb sind Sie uns deshalb noch lange nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber uns! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sauber! – Unruhe)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Scheuermann, womit Sie recht haben, ist, dass der Ministerpräsident das Thema Flächenverbrauch vor einem Dreivierteljahr zum ersten Mal in seiner Regierungserklärung hatte. Was Sie dabei aber verschwiegen haben, ist die Tatsache, dass es vorher Anträge aus der Opposition, insbesondere von uns, gegeben hat, um endlich einmal bei diesem Thema voranzukommen – und die haben Sie blockiert.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Eingemauert! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir müssen doch nicht die Oppositionsreden halten!)

Wir sind jahrelang in Sachen Flächenverbrauch nicht vorangekommen.

Meine Damen und Herren, lässt man als Umweltpolitiker die letzten Jahre Revue passieren, dann muss man feststellen, dass die Umweltpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung über Jahre hinweg ein Schattendasein geführt hat

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und dass die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, die Diskussion über die sozialen Sicherungssysteme und andere Themen in den Umfragen natürlich einen ganz anderen Stellenwert gehabt haben. Vielleicht war das auch zu Recht so. Vielleicht ist es zumindest darin mit begründet, dass wir in den letzten zwei Jahrzehnten einige Erfolge in der Umweltpolitik hatten. Unsere Flüsse sind heute sauberer, die Schwermetallbelastung in der Luft, die Schwefeldioxidbelastung usw. sind zurückgegangen. Wir haben keine Rohmülldeponien mehr in der Landschaft. Wir haben keine Müllverbrennungsanlagen mehr, die man mit Dioxinschleudern gleichsetzen kann. So gesehen haben wir durchaus Erfolge – die man vielleicht auch feiern kann, Frau Ministerin, bei 20 Jahren Umweltministerium –, bei denen man aber sagen muss: Diese Erfolge gehen auch auf das Konto der Umweltverbände und Bürgerinitiativen, die in diesen zwei Jahrzehnten mit uns gemeinsam immer Druck gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen)

Was den Stellenwert der Umweltpolitik oder der politischen Ökologie insgesamt betrifft, muss man sagen, dass sich in den letzten Wochen ein dramatischer Wandel vollzogen hat. In neuen Umfragen rangiert dieses Thema nicht mehr ganz hinten, sondern bei der Frage, was den Leuten draußen wichtig ist, direkt hinter der Frage nach den Arbeitsplätzen. Das drückt sich in den letzten Wochen auch in den großen Magazinen wie der „WirtschaftsWoche“, dem „Stern“ oder dem „Spiegel“ aus, auch in internationalen wie dem „Economist“. Sie bringen dieses Thema auf die Titelseiten. Das heißt, die Umweltpolitik, die Ökologie ist mittlerweile mitten in der Gesellschaft angekommen und als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit anerkannt. Dass der Kollege Boris Palmer mittlerweile abends bei Maybrit Illner zusammen mit Klaus Töpfer über die Zukunft der Ökologie plaudern kann, hätte ich mir, ehrlich gesagt, vor einem Jahr noch nicht träumen lassen. Das zeigt aber, wie wichtig dieses Thema mittlerweile geworden ist.

Die letzten Zweifler am Stellenwert der Umweltpolitik dürften wohl am letzten Freitag überzeugt worden sein, als der Weltklimarat IPCC seinen vierten Statusbericht vorgelegt hat, der dramatisch aufzeigt, wohin die Reise geht, wenn wir in den nächsten Jahren nicht in den Bereichen Energieverbrauch, Energieeinsparung und regenerative Energien genauso dramatisch umsteuern.

Der Weltklimarat sagt: Wenn wir nichts tun, wird die Durchschnittstemperatur im schlimmsten Fall bis zum Jahr 2100 um bis zu 6,4 Grad steigen. Das Abschmelzen der Gletscher in den Alpen, in den Rocky Mountains und im Himalaya wird kaum noch aufzuhalten sein. Das Auftauen der Permafrostböden wird auch kaum noch aufzuhalten sein. Wir werden, wenn nichts passiert, einen dramatischen Anstieg der Meeresspiegel erleben – um nur ein paar Punkte zu nennen.

Hier in Baden-Württemberg werden wir erleben, dass die Winter regenreicher werden, dass wir mehr Stürme bekommen. Die Sommer werden trockener werden mit all den Folgen für die Landwirtschaft und den Forst. Aber – das sage ich auch – auch die Mortalitätsrate im Zusammenhang mit zunehmender Hitze im Sommer wird steigen.

Meine Damen und Herren, im Grunde genommen muss man einmal ehrlich sagen: Diese Aussagen sind auch wieder nicht so neu.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Stimmt!)

Es gab die UN-Klimakonferenz 1992 in Rio. Erinnern Sie sich einmal daran. Das ist 15 Jahre her. Da sind im Grunde genommen die gleichen Aussagen getroffen worden. Aber in diesen 15 Jahren, Frau Ministerin, ist zu wenig passiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das muss man doch eindeutig sagen: Es ist zu wenig passiert. Der Unterschied zu der damaligen Konferenz ist, dass durch den vierten Statusbericht des Weltklimarats in der Zwischenzeit die Gewissheit der Wissenschaft da ist, dass es so kommen wird, wie ich hier anhand einiger Beispiele angedeutet habe.

Neu ist auch die Gewissheit, dass wir keine Zeit zum Umsteuern mehr haben und dass wir jetzt umsteuern müssen in Be-

(Franz Untersteller)

zug darauf, den Energieverbrauch abzusenken. Wir müssen den Energieverbrauch aus meiner Sicht bis zur Mitte dieses Jahrhunderts halbieren, und wir müssen die andere Hälfte durch regenerative Energien bzw. durch eine wesentlich effizientere Nutzung von Energie abdecken.

Wir müssen, Frau Ministerin, die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen meines Erachtens wesentlich konsequenter angehen, als Sie das bislang tun. Ich denke, man muss sich in der Bundesrepublik als Ziel setzen, bis zum Jahr 2020 hierbei eine Reduzierung um 40 % hinzubekommen.

Dies alles geht nur über eine Energiepolitik, die dem Ausbau und dem Einsatz erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmesektor, aber auch im Mobilitätssektor absolute Priorität einräumt. Dies alles geht nur, wenn wir sowohl auf der Erzeugerseite als auch auf der Anwenderseite dem Effizienzkriterium einen wesentlich höheren Stellenwert einräumen, als wir das bislang tun. Dies alles geht nur, wenn wir mit Energie im Stromsektor, im Wärmemarkt und im Verkehrssektor wesentlich vernünftiger und sparsamer umgehen, als wir dies heute tun.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Atomenergie, Herr Kollege Scheuermann: Ich habe eigentlich gedacht, ich käme heute einmal darum herum, ein Wort dazu zu sagen. Aber das geht hier offensichtlich selbst in solchen Debatten nicht.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Schade!)

Die Atomenergie – lassen Sie sich das vielleicht einfach einmal von Ihrem Parteimitglied Klaus Töpfer sagen, oder lassen Sie sich das vom Chef des Umweltbundesamts, Andreas Troge, sagen, der auch Mitglied der CDU ist – wird in Sachen Klimawandel keinen Beitrag leisten. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Es gibt die Zeitschrift „atomwirtschaft“. Das ist mehr oder weniger das Zentralorgan der Szene.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ende eines Jahres veröffentlicht sie immer, was weltweit an Anlagen läuft. Sie hat zur letzten Jahreswende veröffentlicht: Zur Jahreswende 2006/2007 waren weltweit 437 Reaktoren am Netz – übrigens sieben weniger als im letzten Jahr. So viel zur Frage der „Renaissance“ der Kernenergie.

Wenn Sie diese 437 Reaktoren hernehmen und sich die Sache einmal global betrachten, dann sehen Sie, dass diese Reaktoren zu 3,8 % zur Deckung des weltweiten Endenergiebedarfs beitragen. Selbst wenn Sie bei allen 437 Reaktoren eine Laufzeitverlängerung vornehmen wollten, selbst dann würde die Atomenergie, global gesehen, keinen relevanten Beitrag in Sachen Klimawandel leisten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist ein sehr gefährliches Argument!)

Was soll es denn überhaupt, noch an einer Technologie festzuhalten, die einen Wirkungsgrad von 30 % hat und 70 % der gewonnenen Energie als Abwärme an die Flüsse und an die Abluft abgibt? Viel sinnvoller wäre es doch, stärker auf Kraft-

Wärme-Kopplung zu setzen, bei der sowohl Strom als auch Wärme erzeugt wird, als dass Sie und andere Atomstrom beziehen und daheim noch eine Heizung im Keller haben, die die Emissionen in die Luft bläst. Unter dem Strich gesehen bewirkt die Kraft-Wärme-Kopplung weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als ein System, das aus Atomkraftwerken und aus Heizungen im Keller besteht. Das müssen Sie einfach einmal so nehmen. Verstehen Sie das?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was ist stattdessen in den kommenden Jahren aus unserer Sicht notwendig, um dieser Entwicklung in Bezug auf den Klimawandel entgegenzutreten?

Da ist an erster Stelle zu nennen: Wir müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien richtig auf die Tube drücken. Frau Ministerin, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben: Wir hinken nach wie vor der bundesweiten Entwicklung hinterher. Nach den neuesten Zahlen, die ich kenne, haben wir mittlerweile im Strombereich einen Anteil an erneuerbaren Energien von 10 %. Sie und ich wissen aber: Auf Bundesebene waren wir um die Jahreswende bei 11,9 %, und auf Bundesebene wurde das, was Sie als Ziel für 2010 ausgegeben, nämlich 11,5 %, in diesem Jahr bereits überschritten. Ich denke, das zeigt schon, dass wir in dieser Frage nach wie vor in der Regionalliga spielen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Ich kann Ihnen nur raten, sich in dieser Frage einmal ein bisschen an Ihrer Kollegin Katherina Reiche, mit der Sie sich ja auch öfter treffen, zu orientieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die redet ja auch bloß daher!)

Das ist die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, die in der FAZ vom 3. Januar 2007 gefordert hat, man solle das bundesweite Ziel, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20 % erneuerbarer Energien zu erreichen, doch bitte schön auf 25 % anheben. Ich würde mir von Ihnen wünschen, dass Sie sich auch einmal an solchen Zielen orientieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Thomas Knapp SPD)

Nächster Punkt: Wir brauchen mehr Effizienz bei der Energieerzeugung. Kraftwerke, seien sie konventionell oder atomar, mit 30 % Wirkungsgrad müssen der Vergangenheit angehören. Es muss auch der Vergangenheit angehören, Herr Kollege Scheuermann, dass die EnBW in Karlsruhe einen Kohleblock hinstellt, der 800 Megawatt leistet, bei dem eine Auskopplung der Wärme praktisch gar nicht mehr möglich ist, weil das dortige Fernwärmenetz gut versorgt ist. Das ist aber eine Politik von gestern, die man sich heute nicht mehr leisten kann.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Offensive in der Wärmedämmung. Ich finde, Frau Ministerin, dabei machen Sie mit dem jetzigen Haushalt einen Fehler. Wir hatten

(Franz Untersteller)

jahrelang ein Altbausanierungsprogramm im Haushalt – mit 4,3 Millionen € noch im Jahr 2003. Wir hatten im letzten Jahr noch 2,1 Millionen € und dieses Jahr 650 000 €. Diese 650 000 € wurden jetzt gestrichen, Herr Kollege Scheuermann, und zwar zugunsten des Programms, das Sie jetzt bringen und mit dem Sie den Leuten helfen wollen, Pelletheizungen und anderes in den Keller zu bringen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Etwas ganz anderes!)

Dazu sage ich: Das ist der falsche Weg. Man muss die Altbausanierung weiterhin unterstützen. Man hätte ja auch hingehen und sagen können: In Verbindung mit den Mitteln, die durch das KfW-Programm vergeben werden, sorgen wir in Baden-Württemberg dafür, dass im Bestand zukünftig 80 %

(Glocke des Präsidenten)

– nein, ich erlaube jetzt keine Zwischenfrage; ich habe kaum noch Redezeit – dadurch eingespart werden können, dass wir im Bestand auf Niedrigenergiestandard gehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Kollege Untersteller, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Ja. Zwei Sätze noch, Herr Präsident.

Mehr Effizienz bedeutet auch, dass wir bei dem Programm „Klimaschutz-Plus“ die Mittel erhöhen müssen. Da haben Sie keinen Euro draufgetan. Im Jahr 2006 ist dieses Programm bereits Mitte des Jahres leergefegt gewesen; es waren keine Mittel mehr da. Frau Ministerin, verstehen Sie: Mit Leertiteln kann man keinen Klimaschutz betreiben.

Zum Schluss, Frau Ministerin, möchte ich Sie an einen Satz erinnern, den einer der Gründungsväter der Ökologiebewegung, Robert Jungk, einmal gesagt hat:

*... wir leben in einer Epoche des Noch-Möglichen. ... Es ist eine enorme Chance, dass man in einer solchen Zeit lebt, wo die Fehler der alten Zeit ganz deutlich werden und wo eine neue Zukunft entworfen werden kann.*

Was wir von Ihnen erwarten, Frau Ministerin, wäre, dass Sie diese Chance auch nutzen. Das allerdings sehe ich bislang nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Redet der jetzt für sich oder für die FDP/DVP? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zuhören!)

**Abg. Dieter Ehret FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist derzeit in aller Munde – ich meine, zu Recht. Bereits in den vorangegangenen Haushalten haben wir in diesem Bereich, insbesondere was das Energieeinsparprogramm Altbau angeht, aber auch mit vielen Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden Maßstäbe und Schwerpunkte gesetzt.

Ebenso zu erwähnen ist das „Klimaschutz-Plus“-Programm. Seit Jahren fördern wir in Baden-Württemberg die energetische Nutzung von Holz. Die Bürger, aber auch die Kommunen nutzen die entsprechenden Angebote hervorragend.

Auch bei den jetzigen Haushaltsberatungen konnten wir zusätzliche Mittel einstellen. Aus Zeitgründen verweise ich auf die Zahlen, die der Kollege Scheuermann hier sehr ausführlich dargestellt hat.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Sie sind sehr hoch. Es ist mir aber besonders wichtig zu erwähnen, dass das Thema „Erneuerbare Energien und deren Ausbau“ quer über drei Ministerien – also nicht nur im Wirtschafts- und Energieministerium, sondern auch im Umwelt- und im Landwirtschaftsministerium – seinen Niederschlag findet.

Die Zustimmung von Ihnen, der Opposition, zu unseren entsprechenden Haushaltsanträgen im Finanzausschuss zeigt, dass im Landtag das Thema „Klimaschutz, Einsparung von Energie und Förderung der erneuerbaren Energien“ unter allen politischen Parteien unumstritten ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Hinsichtlich des Wegs zu einem besseren Klimaschutz dagegen gehen die Meinungen zum Teil auseinander. Ich möchte hier nur kurz betonen: Für uns, für die FDP, ist und bleibt die Kernkraft nur eine Übergangsenergie.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wieso? Ihr Wirtschaftsminister hat doch den Bau neuer Atomkraftwerke ins Gespräch gebracht!)

– Herr Kretschmann, Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz sind für uns neben dem kontinuierlichen Ausbau des Einsatzes erneuerbarer Energien einfach die wesentliche Basis für eine sinnvolle Energiepolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich denke, der vorliegende Haushalt des Umweltministeriums bietet die Gewähr für eine nachhaltige Umweltpolitik in Baden-Württemberg. Die Einsparungen sind für uns sicherlich auch schmerzlich. Die Einsparungen im Haushalt des Umweltministeriums sind maßvoll, unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen aber zwingend notwendig.

Zentrales politisches Ziel ist der Ausgleich zwischen heute und morgen in allen Bereichen. Wachstum, Aufschwung und

(Dieter Ehret)

auch Steuermehreinnahmen dürfen künftig nicht mehr automatisch bedeuten – Herr Scheuermann, da sind wir uns einig –: mehr Umweltverbrauch, mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß und mehr Flächeninanspruchnahme.

Die aktuellen Diskussionen zeigen uns, dass wir in Baden-Württemberg mit unserer flächendeckenden Naturschutz- und Umweltpolitik auf dem richtigen Weg sind. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf mindestens 20 % zu erhöhen. Wir liegen hier bereits bei über 10 %. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode sind 11,5 % realistisch. Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass wir bis 2020 auch die 20-%-Marke erreichen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Darüber hinaus bin ich aber der Meinung, dass Netz und Betrieb im Strommarkt getrennt werden müssen. Dies würde aus meiner Sicht den Wettbewerb und damit auch die alternative Stromproduktion entscheidend verbessern und den Anteil von 20 % weiter erhöhen. Wichtig ist in jedem Fall, dass wir auf dem Wärmesektor entscheidende Verbesserungen, insbesondere bei der Effizienz und den Wirkungsgraden, erzielen – Stichwort Kraft-Wärme-Kopplung; sie muss auch weiterhin gefördert werden.

Ich komme nun zum Thema Automobilindustrie. Herr Scheuermann, es ist richtig: Dieses Thema bildete hier am Mittwoch einen Schwerpunkt bei allen Rednern. Die deutsche Umwelttechnik ist eigentlich weltweit führend, ebenso wie es die deutsche Automobilindustrie ist. Auch hier sind wir in Baden-Württemberg Spitzenreiter. Ich frage aber: Könnten oder müssten unsere Autos insofern nicht auch die umweltfreundlichsten Autos sein? Die FDP/DVP-Fraktion hat das Thema lange vor der Diskussion auf Bundes- und auf EU-Ebene hier im Landtag eingebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bin sehr froh, dass der Umweltausschuss im November letzten Jahres auf einen Antrag von uns hin einstimmig beschlossen hat, die Umsetzung der EU-Vorgaben zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2012 zu vollziehen. Wir wollten damit zwei Zeichen setzen: in ökologischer, aber auch direkt in ökonomischer Sicht. Denn wir wollen gerade verhindern, dass unsere Firmen in Baden-Württemberg und in Deutschland von der ausländischen Konkurrenz überholt werden.

Wir bekennen uns im Umweltausschuss eindeutig zur EU-Vorgabe von 120 g CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilometer

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

und gehen dabei weiter als der Kompromiss, der diese Woche von der Bundeskanzlerin bekannt gegeben wurde und der 130 g vorsieht.

Herr Scheuermann, wir sind uns einig: Wenn die letzten 10 g durch andere Maßnahmen als durch das Motorenmanagement, z. B. durch bessere Reifen, geschafft werden, tragen wir diese Maßnahmen selbstverständlich auch mit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie stets unterstützt. Die Autobauer haben ihre Verpflichtung leider nicht erfüllt. Wir sind grundsätzlich für freiwillige Selbstverpflichtungen, aber wenn nichts geschieht, muss eben ein Gesetz her.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Baden-Württemberg ist bundes- und weltweit der herausragende Automobilstandort. Die Tatsache, dass die hiesige Automobilindustrie ihre Selbstverpflichtung nicht einhält, ist schmerzlich. Entsprechende Grenzwerte werden aber nicht nur von deutschen, sondern eigentlich auch von den meisten Herstellern weltweit nicht eingehalten, obwohl es bei den meisten – nicht bei allen – Fahrzeugen möglich wäre, sie einzuhalten. Wir fordern, künftig grundsätzlich die treibstoffsparende Technologie für Autos sowohl für die Autobauer als auch für die Autokäufer in den Vordergrund zu stellen, und zwar auch im eigenen Interesse. Ich sage auch: Wir als Kunden müssen hier mitziehen; wir müssen auch die Macht des Kunden, des Käufers einbringen.

Wie beim Export Erneuerbarer-Energien-Techniken müssen wir auch beim Export umweltfreundlicher Autos weltweit führend werden. Wir würden damit die Wirtschaftskraft im Land stärken, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten. Immerhin trägt der Verkehr zu etwa einem Drittel zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei.

Meine Damen und Herren, ökologischer Fortschritt schafft also Arbeitsplätze. In der EU gibt es seit 2005 einen Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Ich könnte mir einen solchen Emissionshandel auch sehr gut für den Bereich der Automobilindustrie vorstellen.

Dem Klimaschutz kommt meines Erachtens vorrangige Bedeutung zu. Andere Bereiche müssen dabei zum Teil zurückstehen. Ich nenne das Beispiel Feinstaub. Wir sind uns sehr wohl der Problematik des Feinstaubes bewusst, sind jedoch der Meinung, dass Insellösungen beim Klimaschutz eindeutig nicht zielführend sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich frage mich, wie sinnvoll es ist, dass wir zur Reduzierung der Feinstaubkonzentration beispielsweise am Stuttgarter Neckartor Verkehrsbeschränkungen beschließen und Lkws über das Land umleiten. Stattdessen wäre mir beispielsweise wichtiger, im Bereich der Wasserstraßen voranzukommen. Wir müssen den Bund zwingen, die Schleusen am Neckar baldmöglichst zu modernisieren – nicht erst in 20 Jahren –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und woher soll das Geld kommen?)

damit auch die modernen Lastkähne vom Rhein aus den Neckar befahren können. Das Land, Herr Schmiedel, wird seinen Anteil daran leisten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ist das die Rede von vor zehn Jahren, die Sie hier halten?)

Wir könnten damit Tausende von Kilometern einsparen, die Lkws auf der Straße zurücklegen müssten.

(Dieter Ehret)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Im Haushalt steht doch aber nichts drin!)

– Doch, da steht etwas drin: Das Land wird sich an den Planungen beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich möchte im Folgenden einige Fragestellungen aufwerfen, um beim Problem Klimaschutz gewisse Relationen herauszustellen bzw. die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen, die auf verschiedenen politischen Ebenen ergriffen werden, teilweise infrage zu stellen, und zwar gerade weil es sich um ein weltweites Problem handelt.

Warum diskutieren wir bei jeder Haushaltsberatung hier die Anträge der Opposition zur Flughafenbezuschung, während die EU das Flugbenzin nicht besteuert? Warum beschließt die Bundesregierung die Besteuerung des Biodiesels und kürzt gleichzeitig die Regionalisierungsmittel für die Bahn?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sauerei!)

Darf es sein, dass eine Monatskarte für einen Berufspendler doppelt so teuer ist wie ein Flugticket nach Stockholm oder Lissabon?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Grünen fliegen auch!)

Warum preisen wir im Land den Energieträger Holz an, wenn der Bund gleichzeitig Omas Beistellherd mit Rußfiltern nachrüsten will, mit dem Ergebnis, dass solche Heizungen eben nicht mehr genutzt werden? Es ist doch ganz klar: Das CO<sub>2</sub>-Problem ist deutlich größer als die Feinstaubproblematik.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn wir hier extreme Werte schaffen – von 150 auf 100 und dann auf 20 –, dann wird der Bioenergie, dieser erneuerbaren Energie, die Sie und wir hier alle wollen, doch praktisch der Kragen umgedreht. Das kann doch keinen Sinn machen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt setzt Schwerpunkte bei der Förderung erneuerbarer Energien. Wir setzen auf den Ausbau auch der Großen Wasserkraft. Wir wollen die Geothermie und dabei vor allem die oberflächennahe Geothermie, die sich hervorragend entwickelt hat, weiter stärken.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Thomas Knapp SPD: Aber das Förderprogramm haben Sie eingestellt!)

Ich möchte an dieser Stelle auch die Tiefengeothermie erwähnen, die für unsere Grundlastsicherung wichtig ist. Die Vorkommnisse in Basel dürfen nicht dazu führen, dass wir alle weiteren Projekte einstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Gegenteil: Wir sollten die Untersuchungen über die Ursachen der tektonischen Bewegungen erforschen und weitere Erfahrungen sammeln.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir müssen den Einsatz erneuerbarer Energieträger in allen Bereichen ausbauen. Dies gilt für Holz ebenso wie für die Biogasproduktion.

Jetzt sage ich noch etwas an Ihre Adresse: Die Forderung der Grünen auf europäischer Ebene, die Biogas- und Biokraftstoffproduktion zu beschränken, ist unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Umweltbilanz einfach nicht nachvollziehbar. Das muss ich sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Sprechen Sie mit Vertretern der Landwirtschaft. Es ist ganz klar, dass ein paralleler Anbau von Pflanzen, die einerseits der Nahrungsmittelproduktion und andererseits der Energiegewinnung dienen, möglich und auch notwendig ist.

Richtig ist zugegebenermaßen, dass die Förderung der Biogasproduktion nach dem EEG neu geregelt werden muss, da zu einer effektiven Biogasproduktion auch der Wärmesektor gehört. Ich bin der Meinung, für umweltfreundlich erzeugte Wärme muss ein Wärme-EEG geschaffen werden. Die Bioenergie hat die größte Zukunft. Die heimischen Brennstoffe tragen erheblich dazu bei, die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu erreichen. Gleichzeitig bringen sie – was wir alle befürworten – Wertschöpfung in unserem Land.

Grundsätzlich lässt sich eine gute Umweltpolitik nicht nur an der Zahl der Förderprogramme messen, sondern daran, dass sie langfristig ausgerichtet ist.

Herr Scheuermann und die anderen Kollegen hatten auch den Hochwasserschutz angesprochen. Aus Zeitgründen gehe ich auf dieses Thema nur kurz ein.

Der Klimaschutz steht natürlich direkt in Verbindung mit dem Hochwasserschutz. Ich komme aus dem Bauwesen und kann Ihnen sagen – das ist Ihnen auch bekannt –, dass das Bauwesen nicht jedes Risiko abdecken kann. Deshalb müssen wir vor allem im Bereich des Hochwasserschutzes den Katastrophenschutz optimal organisieren und intelligente Gesamtlösungen schaffen. Da ist das IRP noch verbesserungsfähig. Es ist ganz klar: Nur ökologisch verträglicher Hochwasserschutz ist ökonomisch und damit auch nachhaltig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte zum Schluss dem Umweltministerium und Ihnen, Frau Gönner, für die gute Zusammenarbeit danken. Mein Dank geht auch an die Kollegen im Umweltausschuss und an dessen Vorsitzenden, Herrn Müller, für seine ausgleichende Sitzungsführung.

Noch ein Wort zum Verkehr, der ebenfalls das Klima direkt betrifft: Das Thema Regionalisierungsmittel beschäftigt uns schon seit zwei Tagen. Mein Kollege Hagen Kluck hat am Mittwoch sehr treffend dargestellt: Die Verantwortlichen für das diesbezügliche Problem sitzen ja in Berlin.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So einfach kann man es sich machen!)

Wenn der Bund der Meinung ist, dass verschiedene Bundesländer in der Vergangenheit Regionalisierungsmittel zweck-

(Dieter Ehret)

entfremdet hätten, dann soll sich der Bund diese Bundesländer doch bitte schön – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Thema hatten wir doch gestern schon durch! Das wird doch um kein Haar besser, wenn wir es zehnmal diskutieren!)

– Herr Gall, ich verstehe, dass Sie hier aggressiv werden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Der Bund soll sich die Länder zur Brust nehmen, die Regionalisierungsmittel zweckentfremdet haben. Dazu gehört Baden-Württemberg nicht. Wenn wir jetzt über den Klimawandel debattieren, lässt sich sagen, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel gerade ein falsches Signal aus Berlin zu diesem Thema ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich möchte noch einmal betonen: Es war für alle hier im Haus sehr schmerzlich, diese Kürzungen hinzunehmen.

(Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen!)

Deshalb fordere ich die Landespolitiker der CDU-Fraktion und vor allem natürlich Sie von der SPD-Fraktion auf, Ihre Parteifreunde in Berlin zu drängen, dass der Bund den Ländern in Zukunft wieder mehr Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bund-Länder-Vereinbarung! Das ist doch lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Letzter Satz: Herr Schmiedel, wenn Sie hier einen Antrag stellen, dann dürfen Sie bei Ihrem Herrn Tiefensee, der für die Kürzung verantwortlich ist, nicht auf Tauchstation oder vor ihm in Deckung gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind doch mit im Boot! – Zurufe von den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich wusste doch, mit Scheuermann kann man noch einmal rechnen!)

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei ganz kurze Bemerkungen oder Richtigstellungen.

Erstens sollten wir aufhören, uns gegenseitig vorzuwerfen, dass die anderen immer die schlechteren Förderer regenerativer Energien seien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ist aber so!)

Nur eine Bitte habe ich: Sagen wir ab und zu einmal dazu, dass alles, was wir bei den regenerativen Energien machen,

nur unter dem Schutzschild der Grundlastgewährung durch die Großkraftwerke geschehen kann.

(Zuruf von der CDU: Aha! – Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch! – Abg. Thomas Knapp SPD: Das trifft nicht auf Biomasse, Geothermie und Wasserkraft zu!)

– Dann schauen Sie sich doch einmal die Prozentzahlen an.

Zweite Bemerkung: Wir freuen uns mit Ihnen über jeden zusätzlichen Arbeitsplatz, der durch Technologien zur Nutzung regenerativer Energien entsteht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht nur freuen, sondern etwas dafür tun! – Unruhe)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden! – Aber, Herr Knapp, die Ehrlichkeit gebietet es, dass wir dann wenigstens in Klammern hinzufügen, wie viele Arbeitsplätze wir aufgegeben haben werden, wenn das Szenario des Ausstiegs aus der Atomenergie vollzogen ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Weniger als die Hälfte der neu geschaffenen!)

Dritte Bemerkung: Herr Untersteller, ich finde eines, was Sie gesagt haben, gefährlich. Sie haben gesagt, 437 Atomkraftwerke weltweit ersparten – so habe ich es verstanden – gerade einmal drei Komma ungrad Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nein!)

– Dann müssen Sie mir das nachher noch einmal erklären. – Wenn dem so wäre, hielte ich das Argument deswegen für gefährlich, weil man es auch umdrehen könnte. Dann brauchten wir in Baden-Württemberg überhaupt keine Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Minderung vorzunehmen. Denn unser Beitrag zum globalen Problem der Klimaerwärmung wäre gleich null, egal wie sehr wir uns anstrengen. Es ist aber so: Jede Maßnahme, die CO<sub>2</sub> einspart, ist sinnvoll. Wir machen das, weil wir sagen: In der Umweltpolitik geschähe nichts, wenn es keine Pioniere gäbe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist genau die Argumentation! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Herr Untersteller, Ihre Äußerung zum Thema Geld ist schlicht falsch. Unser neues Impulsprogramm „Heizen und Wärmenetze mit regenerativen Energien“ und unser Impulsprogramm Altbau sind zusammengekommen mit 3,5 Millionen € plus den bisherigen 650 000 € ausgestattet.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das habe ich doch gar nicht in Zweifel gezogen! Aber nichts mehr für die Altbausanierung!)

– Doch! Da sich unser Programm nicht nur auf Neubauten beziehen wird – das werden Sie in der Zukunft erleben –, sondern auch auf bestehende Gebäude, ist das Impulsprogramm Altbau eben nicht ersatzlos zugunsten eines neuen Programms verschwunden. Das wollte ich richtigstellen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

(Winfried Scheuermann)

Zum Schluss noch ein Satz aus der „Stuttgarter Zeitung“ von heute: Danach ist der Ausstoß von Kohlendioxid in Baden-Württemberg im Jahr 2004 unter das Niveau von 1990 gesunken. Sein Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland beträgt gerade einmal 8,5 %.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Da der Anteil Baden-Württembergs an der Gesamtbevölkerung bei über 11 % liegt, muss es doch genügend viele andere Länder geben, die sich beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß schlechter stellen als wir; sonst würden wir nicht nur einen Anteil von 8,5 % erreichen. So schlecht, wie Sie uns immer hinstellen, sind wir in der Tat wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich ausdrücklich darüber, dass wir in diesem Haus in vielen Bereichen große Übereinstimmung haben, was die Umweltpolitik angeht, was den Schutz von Ökologie und Natur angeht und was den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen angeht. Bei allen Differenzen, die heute Morgen zutage getreten sind, hat sich doch gezeigt, dass uns das gemeinsam verbindet.

Im Übrigen hat sich am Mittwoch etwas ereignet, was es nach meinem Kenntnisstand – ich gebe ganz offen zu, dass meine Erfahrung noch nicht ganz so reichhaltig ist – bisher noch nie gegeben hat: Das Thema Ökologie wurde in der Generaldebatte über einen Haushalt behandelt. Ich glaube, dies zeigt auch, dass wir davon ausgehen können, dass der Schlußschluss beim Thema Umwelt einer zukunftsgerichteten Umweltpolitik großen Rückhalt und Rückenwind verschafft.

Ich will mir ersparen, auf einzelne Etatposten einzugehen. Ich will drei besondere Schwerpunkte setzen, Schwerpunkte, die eine besondere Aktualität und Relevanz aufweisen, wie auch die Debatte gezeigt hat.

Erstes Thema – wie von allen angesprochen –: Klimaschutz. Ich brauche nichts mehr über das zu sagen, was in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde. Wir stellen nur fest – ich glaube, das kam am Freitag mit dem IPCC-Bericht so deutlich wie selten zuvor heraus –: Der Mensch hat am Klimawandel einen nicht unbedeutenden Anteil. Das ist sicher nicht mehr wegzudiskutieren.

Wir alle wissen, dass die vorausgesagten Klimaveränderungen die Welt, Europa und Deutschland drastisch verändern werden und dass auch wir in Baden-Württemberg schon heute die ersten Folgen davon deutlich spüren. So wissen wir, dass in den vergangenen 50 Jahren die Jahresdurchschnittstemperatur weltweit um 0,7 Grad gestiegen ist, zugleich aber der Anstieg bei uns im Land 1,5 Grad betragen hat. Dies zeigt, dass wir in besonderer Weise vor einer Herausforderung stehen.

Lieber Herr Knapp, das Land Baden-Württemberg hat, was das Thema Klimaforschung angeht, deutschlandweit eine Spitzenstellung. Wir wissen heute so gut wie kein anderes Land,

welche Anpassungen notwendig sind. Mit unseren Studien KLARA und KLIWA können wir sowohl Fragen, die die Wasserwirtschaft betreffen, als auch insbesondere die weiteren notwendigen Anpassungen in vielen anderen Bereichen sehr gut angehen. Ich halte es für richtig und für notwendig, eine Analyse zu machen, bevor Geld in etwas gesteckt wird, man aber nicht weiß, wofür es ausgegeben wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Schlagzeilen der letzten Tage – ich zitiere einige wenige: „Alarmierendes Bild vom Zustand der Erde“, „Wir sehen heißen Zeiten entgegen“, „Es brechen stürmische Zeiten an“, „Anderes Klima, andere Krankheiten“ und „Selbst der Kunstschnee schmilzt dahin“ – zeigen uns die Bandbreite auf, die nicht nur was die Vermeidung angeht, sondern insbesondere auch was die Anpassung angeht, eine Herausforderung für uns darstellt. Deswegen müssen sowohl Klimaschutz als auch Klimaanpassung vorangetrieben werden.

Gerade vor Ort sind Anpassungen an die Folgen der Klimaveränderung notwendig, um die negativen Folgen des Klimawandels möglichst zu minimieren. Denn – da sind wir uns einig – er ist bereits im Gange.

Darüber hinaus erfordert Umweltschutz – das wird im Klimaschutz besonders deutlich – ein kollektives, globales Handeln: im Land, im Bund, auf europäischer Ebene und auf internationaler Ebene. Es muss uns deswegen gelingen, auf eine nachhaltige Energieversorgung umzusteuern und den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen dauerhaft zu begrenzen.

Lieber Herr Knapp, ich will auf zwei Punkte hinweisen: Zum einen lege ich ausdrücklich Wert – weil Sie ja immer nur das Thema Windkraft ansprechen und ganz bewusst andere Bereiche außen vor lassen – auf die Feststellung, dass Petitionen von den Bürgern eingereicht werden – weder von der CDU noch von der FDP/DVP, noch von der Landesregierung. Ich finde schon, dass Sie dieses Grundrecht der Bürger zur Kenntnis nehmen sollten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig! Hervorragend!)

Zum Zweiten: Sie sagen zu uns: „Steuern Sie um, und machen Sie etwas zusammen mit uns!“ Das zeigt mir auf: Sie haben zwar Messer und Gabel, können vielleicht auch damit umgehen – das kann ich nicht beurteilen –, allerdings ist das Ungeschickte für Sie, dass Sie nichts haben, was Sie angehen können. Deswegen wollen Sie mit uns essen. Sie können davon ausgehen, dass wir groß genug sind, um alleine zu essen, und nicht Ihre Unterstützung benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich will darauf hinweisen: Um den Klimaschutz in Baden-Württemberg weiter voranzutreiben, haben wir – ganz im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben – auch neue Akzente gesetzt. Wir gehen mit gutem Beispiel voran, und wir wollen auch unsere führende Position im Ver-

(Ministerin Tanja Gönner)

gleich der Bundesländer, was den Klimaschutz angeht, ausbauen. Wir werden die erfolgreichen Förderprogramme fortsetzen.

Herr Untersteller, Herr Scheuermann hat bereits darauf hingewiesen: Das Altbausanierungsprogramm ist weiterhin im Haushalt enthalten. Es ist nur unter einem anderen Titel etatisiert. Der Betrag von 650 000 € fällt auch nicht in das neue Förderprogramm hinein, sondern diese Mittel werden weiterhin zusätzlich zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir werden auch neue Schwerpunkte im Bereich des Klimaschutzes setzen, bei denen hohe Potenziale der CO<sub>2</sub>-Einsparung bestehen, die aber bislang in den zwischenzeitlich vielfältigen Förderprogrammen des Bundes nicht ausgeschöpft wurden. Wir werden ein neues Förderprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Betrieben auflegen. Wir wollen gute und technisch erprobte Möglichkeiten zum verringerten Einsatz von Energie im Produktionsbereich fördern, damit sich diese effizienten Techniken auf breiter Basis durchsetzen. Auf diese Weise kommen wir dem Ziel, in Baden-Württemberg den Energieverbrauch pro Kopf in den nächsten zehn Jahren um 20 % zu senken, einen wichtigen Schritt näher.

Der zweite Schwerpunkt liegt im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Förderung erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung – ein Bereich, der bis heute viel zu wenig in den Blickpunkt genommen wird.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

– Wir sind uns da einig; das ist richtig. – Sie wissen, dass sich das Land Baden-Württemberg, auch was die Frage angeht, was auf Bundesebene hier laufen kann, sehr deutlich positioniert hat. Hierzu kann ich Ihnen sagen, dass die Kollegin Reiche, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, durchaus auch die Anregungen Baden-Württembergs aufgenommen und in die Diskussion eingebracht hat. Deshalb gehen wir hier auch abgestuft vor: Einerseits versuchen wir, auf Bundesebene etwas zu erreichen, aber – und das ist wichtig – wir zeigen andererseits auch dem Bund, was man machen kann.

Wir werden für die Wärmeerzeugung in Wohngebäuden ein neues Förderprogramm auflegen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das bedeutet aber nicht verpflichtend!)

Wir verbinden dies aber auch: Wir überprüfen derzeit bei Neubauten die Einführung einer Pflicht zur Nutzung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energieträgern.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich und ganz besonders bei der CDU-Fraktion bedanken. Die CDU-Fraktion hat ein Drittel der von ihr beantragten Mittel für den Bereich der Umweltpolitik, für den Klimaschutz vorgesehen. 5,5 Millionen € auf Antrag der CDU-Fraktion, das ist ein Wort. Dafür mein ganz herzlicher Dank!

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich aber auch bei der FDP/DVP-Fraktion, und zwar dafür, dass sie sich für die Ausbringung zusätzlicher Mittel im Bereich Energieeffizienz für feststehende Projekte eingesetzt hat, auch wenn es so ist, wie Herr Ehret zu Recht gesagt hat, dass sich mehrere Ministerien mit diesem Thema beschäftigen. Das zeigt, dass die Landesregierung Hand in Hand arbeitet. Deswegen auch an Sie ein ausdrücklicher Dank.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: 16 Millionen € sind beim ÖPNV gestrichen worden, die Sie bekommen haben!)

– Lieber Herr Kretschmann, Sie wissen, dass der Verkehrsreich nicht in meinem Hause ressortiert ist.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist dem Klima egal!)

Deshalb beabsichtige ich im Gegensatz zu anderen Rednern hier nicht, auf die Regionalisierungsmittel einzugehen, die sowohl bei der Generaldebatte als auch bei der Debatte über den Haushalt des zuständigen Innenministeriums ihren Niederschlag gefunden haben. Darum finde ich, dass wir dieses Thema jetzt nicht auch noch an diesem Punkt ansprechen sollten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Verehrte Frau Ministerin, sind Sie sich dessen bewusst bzw. ist Ihnen bekannt, dass Sie noch wesentlich mehr Mittel für die Förderung regenerativer Energien bekommen hätten, wenn den Anträgen der Fraktion GRÜNE im Landtag entsprochen worden wäre, dass dies aber Ihre Fraktion, die CDU, bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss leider verhindert hat?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Liebe Frau Rastätter, der Vollständigkeit halber sollten Sie auch darauf hinweisen, dass Ihre Fraktion an anderer Stelle etwas, was für den Umweltschutz aber genauso wichtig ist, nicht mehr erbringen wollte. Denn Umweltschutz beinhaltet mehrere Aspekte. Sie wollten von den Mitteln für den Umweltschutz etwas einsparen und die betreffenden Gelder umleiten. Ich bitte um Verständnis, dass die Regierungsfaktionen ihre Schwerpunkte noch setzen wollten. Ich glaube, das gehört der Vollständigkeit halber dazu, wenn man solche Fragen stellt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Weil wir der Meinung sind, dass wir die Abwasserbeseitigung mit Gebühren finanzieren sollten! Was ist daran falsch?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden in diesem Jahr rund 16 Millionen € unmittelbar in Klimaschutzprojekte investieren. Das heißt, wir haben eine Erhöhung der Mittel vorgenommen, um diesen Bereich verstärkt zu fördern.

(Zuruf von den Grünen)

(Ministerin Tanja Gönner)

Ich will noch einmal auf das Thema Anpassung hinweisen, das immer wieder etwas zu kurz kommt. Der Hochwasserschutz wurde bei mehreren Punkten angesprochen. Hochwasserschutz ist einer der Bereiche, in denen wir eine Anpassung an den Klimawandel vornehmen müssen.

(Abg. Thomas Knapp SPD, eine Zeitung hochhaltend:  
Der Klimawandel kommt uns teuer zu stehen!)

Über Anpassung wird eben weniger gesprochen, denn Anpassung bedeutet Veränderung. Das bedeutet für den Einzelnen, dass es ihn betreffen kann. Der Bedeutung und dem Finanzierungsbedarf des vorbeugenden Hochwasserschutzes wurde im Haushalt dadurch Rechnung getragen, dass durch eine veränderte Aufteilung des Mittelvolumens im Kommunalen Investitionsfonds das Programmvolumen für den kommunalen Hochwasserschutz von bisher 36,7 Millionen auf 42,3 Millionen € im Jahr 2007 und auf 46,3 Millionen € im Jahr 2008 angehoben wurde.

Hinzu kommt, dass auch zukünftig EU-Mittel zur Verfügung stehen, die ebenfalls zur Stärkung des Hochwasserschutzes in Baden-Württemberg beitragen werden. Diese sollen in Teilen auch für gewässerökologische Maßnahmen in größerem Umfang eingesetzt werden und damit die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für die Erreichung des sogenannten guten Zustands der Gewässer im Land unterstützen. Hinzu kommt, dass wir im Bereich der Gewässer I. Ordnung Investitionsmittel in Höhe von 25 Millionen € eingestellt haben. Das ist wiederum wichtig, wenn es darum geht, Siedlungen, Gewerbebetriebe und unsere Bürgerinnen und Bürger vor Hochwassergefahren besser zu schützen.

Es ist so, wie Herr Scheuermann vorhin gesagt hat: Es gibt derzeit an Gewässern I. Ordnung keinen planfestgestellten Abschnitt, der sich nicht in Bau befinden würde oder bei dem die Umsetzung nicht finanzierbar wäre. Wir befinden uns in zwei Planfeststellungsverfahren und wollen die betreffenden Maßnahmen anschließend im Rahmen des IRP, des Integrierten Rheinprogramms, angehen.

Ich lege aber Wert darauf, dass wir das Integrierte Donauprogramm nicht vergessen. Wir sind bei der Umsetzung der größten Maßnahme dieses Programms, nämlich beim Hochwasserrückhaltebecken Donaueschingen/Wolterdingen, das ebenfalls in die Finanzierung geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiteres Feld zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs ist für die Landesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Um den Nachhaltigkeitsgedanken in Politik und Gesellschaft umfassend zu verankern, wird die Landesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeiten. Das wird auch für uns ein Schwerpunkt in diesen zwei Jahren sein.

Meine Damen und Herren, um einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und konkret zum nachhaltigen Wirtschaften zu geben, werden wir ein neues Förderprogramm „Betriebliche Umwelttechnik“ auflegen. Wir waren uns vorhin alle darüber einig, dass es für ein Land wie Baden-Württemberg, das seinen Erfolg immer auf Innovationen gegründet hat, wichtig ist, gerade in diesem herausragenden Bereich voranzugehen. Deswegen wird die Umwelttechnologie ein wichtiges Handlungs-

feld im Land sein. Wir wollen die Chancen nutzen. Die Stärke Baden-Württembergs war es schon immer, intelligente Wirtschafts- und Innovationspolitik zu machen und hier Vorreiter zu sein.

Ich will vor dem Hintergrund dessen, dass wir vereinbart haben, nach Möglichkeit nicht zu lange zu reden, die weiteren Schwerpunkte nur kurz ansprechen. Es wäre schade, wenn im Rahmen einer Haushaltsdebatte – bei der selbstverständlich Schwerpunkte zu bilden sind; das ist notwendig – der Blick auf weitere Herausforderungen verstellt würde. Ich will daher – wenn auch nur ganz kurz und stichwortartig – die folgenden Punkte ansprechen:

Das Thema Lärmschutz, das wir mit der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie der EU angehen, die Luftreinhaltung, die auch in den nächsten Jahren als Herausforderung bestehen bleiben wird, die von Ihnen bereits angesprochene Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, an der wir derzeit mit unserem Aktionsbündnis arbeiten, bei der wir aber auch konsequent an der Umsetzung entsprechender gesetzlicher Regelungen, insbesondere im Rahmen des Landesplanungsgesetzes, arbeiten.

Wichtig sind für uns, gerade wenn wir über Umwelttechnologie sprechen, auch die Markt- und Produktüberwachung und unsere Mitwirkung bei der europäischen Umweltgesetzgebung. Sie ist für uns notwendig, gerade wenn man weiß, wie viel an Umweltgesetzgebung aus Brüssel kommt. Ich erwähne in diesem Zusammenhang REACH, die prioritären Stoffe im europäischen Wasserrecht und die Abfallgesetzgebung. Wir werden mit unseren Argumenten und mit den Ideen, die wir haben, auch in Zukunft zu sinnvollen Lösungen beitragen.

In diesem Sinne, Herr Untersteller, können Sie davon ausgehen, dass wir die Erfolge, die wir in den vergangenen 20 Jahren errungen haben, im Rahmen des 20-Jahr-Jubiläums des Umweltministeriums auch entsprechend darstellen werden. Wir freuen uns, dass wir von Ihnen ausdrücklich ermuntert wurden, diese Erfolge darzustellen. Wir werden das machen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das sind Erfolge der Umweltpolitiker aller Fraktionen! Das würde ich auch einmal dazusagen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Danke! – Zuruf des Abg. Jörg Dopper CDU)

– Ich kann mich nicht daran erinnern, jetzt gerade etwas anderes gesagt zu haben, Herr Untersteller. Ich habe mich nur dafür bedankt, dass Sie uns zugestanden haben, dass wir das auch entsprechend feiern dürfen. Genau das werden wir tun, und Sie können davon ausgehen, dass Sie zu unseren Veranstaltungen jeweils auch eingeladen werden, so, wie das schon bisher der Fall war. Insofern gab es da jetzt keinen Widerspruch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines will ich aber auch noch sagen: Wenn man über Einzelhaushalte debattiert, besteht die Gefahr, dass man bei der Darstellung der vielen einzelnen Wünsche vergisst, dass wir im Rahmen eines großen Ganzen stehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die nachfolgenden Generationen uns eines Tages daran messen werden, welche Meilensteine wir gesetzt und welche Weichenstellungen wir vorgenommen haben. Sie werden uns nicht

(Ministerin Tanja Gönner)

daran messen, welche Ziele und Visionen wir hatten, sondern daran, was wir erreicht haben.

Deswegen gehört für mich auch die Forderung dazu, den nachfolgenden Generationen die Handlungsspielräume zu belassen, die wir ja auch hatten. Das wiederum heißt, dass ein ausgeglichener Haushalt notwendig ist, um den nachfolgenden Generationen diese Voraussetzung bieten zu können. Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik ist daher ein übergeordnetes Ziel, an dem ich nicht rütteln will und zu dessen Erreichung auch der Umwelthaushalt seinen Teil beitragen soll. Ich sehe, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier den Ansatz, dass es uns mit dem Entwurf des Einzelplans 10 gelungen ist, eindeutige Akzente zu setzen. Wir sind dabei, im Sinne der Nachhaltigkeit und im Interesse der nach uns kommenden Generationen umzusteuern.

Der Haushaltsentwurf des Umweltministeriums wird dabei von zwei wesentlichen Gedanken getragen. Erstens: Wie sorgen wir dafür, dass Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit unseres Landes auch für die nach uns kommenden Generationen erhalten bleiben? Zweitens: Wie sorgen wir für mehr Generationengerechtigkeit durch eine langfristig angelegte Haushaltskonsolidierung? Ich habe es bereits gesagt: Der Kurs in Richtung Nettonullverschuldung im Jahr 2011 wird von mir voll mitgetragen. Ich halte es für zwingend erforderlich, dass wir diesen Kurs auch in unserem Einzelhaushalt mittragen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit.

Ich will allerdings ganz kurz noch eines sagen, lieber Herr Knapp: Ich muss nicht von allen lieb gehabt werden. Denn allen Menschen wohlgetan, ist eine Kunst, die niemand kann. In diesem Sinne wäre es auch gefährlich, wenn mich die Opposition zu sehr lieben würde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es reicht, wenn wir das tun! Wir tun es!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich habe vorhin die Formulierung „lieb und teuer“ als Abschluss gehört. Sie haben es ja selbst gerade gesagt: In der Grundlast, also in einer gewissen Grundsympathie, will ich einmal sagen – ohne von Liebe zu reden –,

(Oh-Rufe von allen Fraktionen)

in der Umweltpolitik sind wir uns einig. Aber als Energiepolitiker möchte ich sagen: Wir würden auch gerne mit allen hier, um die Zukunft zu gestalten, etwas mehr im Mittellastbereich machen, und wir würden vor allem, gerade bei den erneuerbaren Energien und beim Klimawandel, gerne auch etwas zur Spitzenlast beitragen. In der Grundlast – da gebe ich Ihnen recht – sind wir uns einig. Aber wir müssen mehr machen. Wir können uns nicht nur um die Grundlast kümmern, sondern wir brauchen auch die anderen Bereiche.

Auf eines will ich noch eingehen – deswegen bin ich froh, dass ich noch ein paar Minuten habe, um in der zweiten Runde zu sprechen –: Warum nehme ich immer die Windkraft? Die Windkraft ist das Synonym dafür, dass man sieht – ich sage es im positivem Sinne –: Jawohl, es funktioniert bei den erneuerbaren Energien. Wir haben zwei große Bereiche, die der Bürger draußen, der Kunde, der Schüler, egal wer, sieht: Das ist zum einen die Windkraft mit ihren dominanten Anlagen. Da sieht man: Wenn der Wind bläst, funktioniert es.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da, wo der Wind weht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Und sonst macht sie die Landschaften kaputt!)

Das ist zum anderen die Solarenergie, bei der man auf den Flächen, auf den Dächern auch sieht: Da bewegt sich etwas.

Sie erkennen als Laie nicht, ob Sie ein Biomassekraftwerk vor sich haben, ob Sie Geothermie im Haus haben oder ob Sie eine Pelletheizung im Haus haben oder ob es gut isoliert ist. Das alles erkennen Sie nicht. Also müssen wir doch Zeichen setzen, welche Bereiche wir draußen auch zeigen müssen, um sie voranzutreiben.

Ich sage Ihnen eines, und ich bringe das auch deswegen immer, weil Sie genau wissen, was in Simmersfeld passiert ist und was dort noch passiert:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Döpfer, der Täter! Gesetzwidrig!)

Dort haben in der letzten Legislaturperiode im Februar, obwohl das Umweltministerium – Sie –, das Landwirtschaftsministerium – Hauk –, das Wirtschaftsministerium – Pfister – gesagt haben: „Wir müssen den Windpark in Simmersfeld zulassen, der ist richtig, der ist genehmigungsfähig, sonst müssen wir Ersatz bezahlen“, sechs oder sieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP trotzdem noch dagegen gestimmt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Und die nächste Geschichte steht vor der Tür!)

Das ist genau der Punkt, wo man Sie an den Taten messen muss. Auswendig weiß ich, dass es zumindest Frau Fauser und Herr Blenke waren. Sie kämpfen heute noch dafür, dass die Windkraftanlagen nicht gebaut werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unerträglich! – Zurufe der Abg. Winfried Scheuermann und Jörg Döpfer CDU)

– Sie waren auch dabei. Sie waren auch einer, der dafür gesorgt hat, dass das Land hätte Schadenersatz zahlen müssen, Kollege Döpfer, und das als Vorsitzender des Petitionsausschusses. Das ist ein Missbrauch des Petitionsrechts, und darum geht es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist daran Missbrauch des Petitionsrechts, wenn die Bürger eine Diskussion führen? Das ist eine Unverschämtheit!)

(Thomas Knapp)

Es geht nicht darum, dass man Petitionen verhindert, sondern es geht darum, was mit dem Petitionsrecht gemacht wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ein Demokratieverständnis, das ist unter aller Sau!)

Meine Damen und Herren, trotzdem kann man zum Abschluss sagen: In der Grundlast sind wir uns einig. Das haben Sie ausgeführt, und das haben auch alle anderen gesagt. Ich hoffe, dass wir jetzt noch den Bereich Mittellast und den Bereich Spitzenlast in Angriff nehmen. Dann sind wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg. Mit uns können Sie das machen, auch ohne Liebe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit diesem Liebesentzug können wir gut leben! – Abg. Thomas Blenke CDU: Mit uns kriegt ihr sie auch nicht!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, die Allgemeine Aussprache ist beendet. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Umweltministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/810.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe auf

Kapitel 1001  
Ministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002  
Allgemeine Bewilligungen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1005  
Wasser und Boden

und dazu die beiden Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/910-2, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich bei diesem Kapitel über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/910-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1005 – Wasser und Boden – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Kapitel 1006

Luftreinhaltung, Lärm, Arbeitsschutz

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1007

Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft

und dazu die beiden Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/910-4. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/910-1. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1007 – Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Abfallwirtschaft – abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesem Kapitel zugestimmt.

Ich lasse nun abstimmen über das

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig ist dem Kapitel zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Es wurde einstimmig zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Einzelplans 10 – Umweltministerium – ist damit abgeschlossen.

Ich rufe unter **Punkt 1** der Tagesordnung den **Buchstaben b** auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/808**

**Berichterstatterin: Abg. Christine Rudolf**

(Präsident Peter Straub)

Das Präsidium hat eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kübler.

**Abg. Jochen Karl Kübler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Der Einzelplan 08 lässt, glaube ich, trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine sehr verlässliche und klare Agrar- und Strukturpolitik für unser Land Baden-Württemberg erkennen. Wenn ich „schwierige Rahmenbedingungen“ sage, dann meine ich zum einen den Rückgang der EU-Mittel von 2007 bis 2013, zum anderen unser sehr hoch gestecktes Ziel der Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2011.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem letzten Doppelhaushalt hat sich auf EU-Ebene ein Paradigmenwechsel ergeben. Neue Länder – zehn plus zwei – sind hinzugekommen. Die Geldsumme blieb jedoch die gleiche; für die bisherigen Länder blieben weniger Euro zur Verfügung. Trotzdem glaube ich, dass wir eine verlässliche und klare Politik für den ländlichen Raum machen.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der fiskalischen Situation sowie des anhaltenden Strukturwandels stehen im Land Baden-Württemberg große Herausforderungen im ländlichen Raum an. Die Politik der CDU – das sage ich mit Fug und Recht – hat in den vergangenen 20 Jahren dazu beigetragen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den heutigen ländlichen Räumen im Vergleich zu den Ballungsräumen weitgehend gleich geblieben sind. Aber wir dürfen auch nicht verkennen: Die Situation der baden-württembergischen Landwirtschaft war in der Vergangenheit schwierig und ist durch neue Herausforderungen durch die EU-Osterweiterung noch schwieriger geworden.

Die Einkommen der Landwirtschaft hinken hinter vergleichbaren gewerblichen Einkommen hinterher, und leider werden manche Höfe auch aufgegeben. Deshalb muss dem Strukturwandel der Landwirtschaft unser Augenmerk gelten. Ich glaube, wir haben mit diesem Doppelhaushalt dem Strukturwandel entgegengewirkt. Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt eine deutliche Fortführung des Erhalts der familienbäuerlichen Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, einige Kernpunkte möchte ich aus diesem Doppelhaushalt herausgreifen: erstens das Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm MEKA. Über 70 % der Landwirtschaft in Baden-Württemberg führen ökologische und marktentlastende Maßnahmen im Rahmen des MEKA durch. Die EU hat die Mittel gekürzt, aber beim Land Baden-Württemberg hat es keine Reduzierung der Mittel gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie bleiben mit jährlich rund 51,5 Millionen € genau auf der Höhe des im Jahr 2005 ausgezahlten Landesanteils. Wir haben Wort gehalten; im MEKA sind keine Kürzungen durchgeführt worden. Zusammen mit den reduzierten Mitteln stehen uns rund 200 Millionen € in beiden Jahren zur Verfügung. Ich glaube, mit diesem Geld können wir unseren ländlichen Raum sehr gut gestalten.

Schwerpunkte in diesem Programm werden künftig sein: Maßnahmen zum vorbeugenden Grundwasserschutz, eine Förderung des umweltbewussten Betriebsmanagements, die Grünlandförderung und eine Reduzierung der chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel. Mit zwei Themen wollen wir uns neu befassen: erstens mit der Brachebegrünung und zweitens mit gebietstypischen Weiden. Damit, meine Damen und Herren, wird Baden-Württemberg mit dem MEKA an der Spitze der Agrarumweltmaßnahmen bleiben. MEKA ist EU-weit anerkannt und wird fortentwickelt werden.

Ein Kernpunkt in diesem MEKA-Programm ist auch der ökologische Landbau. Ich bin zuversichtlich, dass sowohl die Zahl der jetzt rund 4 900 Betriebe steigen als auch die bewirtschaftete Fläche mit über 87 000 ha in der Zukunft weiter zunehmen wird, weil die Nachfrage nach Ökoprodukten beim Verbraucher steigt. Deshalb werden wir auch hier entsprechend reagieren.

Kollege Winkler, ich muss in diesem Zusammenhang eines richtigstellen: Wir haben die Bestimmungen und die Änderungen des MEKA immer mit den Bauernpräsidenten abgestimmt und haben die Änderungen in Koordination mit der Landwirtschaft vorgenommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum meckern die dann aber so?)

Denn uns, der Landesregierung und der CDU-Fraktion, liegen die Bauern am Herzen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Uns auch!)

Wir lassen unsere Bauern nicht im Stich.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Was ist mit den Bäuerinnen?)

Meine Damen und Herren, zweites Stichwort: Gemeinschaftsaufgabe. Für die Gemeinschaftsaufgabe stehen in den kommenden Jahren 200 Millionen € zur Verfügung. Damit können wir uneingeschränkt die Lissabon- und die Göteborg-Strategie umsetzen und weiterführen.

Einen Leuchtturm in unserem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum möchte ich ansprechen: das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, ELR. Seit Bestehen dieses Programms, seit 1995 haben wir über 750 Millionen € an Fördermitteln in den ländlichen Raum gegeben, und damit sind sage und schreibe über 5,5 Milliarden € an Investitionen getätigt worden – ein Erfolgsprogramm par excellence. Was haben wir mit diesem Programm getan? Wir haben Arbeitsplätze und Gemeinschaftseinrichtungen für unsere Städte und Gemeinden geschaffen. Wir haben im privatgewerblichen Bereich über 20 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt geschaffen bzw. erhalten. Meine Damen und Herren, wir werden in den Jahren 2007 und 2008 dieses Programm um jeweils 10 Millionen € aufstocken und werden damit ein weiteres, neueres und erweitertes Investitionsförderprogramm haben. In beiden Haushaltsjahren stehen fast 90 Millionen € an Fördermitteln zur Verfügung. Das wird zu einer weiteren Stärkung des ländlichen Raums und zu einer weiteren Stärkung der Ortskerne beitragen.

(Jochen Karl Kübler)

Lieber Kollege Scheuermann, wir werden bei der Fortschreibung des ELR und des MELAP auch das Thema Flächenverbrauch mit aufnehmen und werden mit diesen weiteren Mitteln dafür sorgen, dass der Flächenverbrauch reduziert wird.

Weiteres Stichwort: MEPL II. Auch in der kommenden Förderperiode 2007 bis 2013 beteiligt sich die EU erfreulicherweise an diesem MEPL II. Damit können wir den ländlichen Raum weiterentwickeln.

Vier Stichworte, wo die Entwicklung hingeht: erstens Stärkung wettbewerbsfähiger, nachhaltiger Familienunternehmen – wir möchten die umwelt- und tiergerechten Erzeugungsmethoden unterstützen –, zweitens Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, drittens Erhaltung der Attraktivität des ländlichen Raums als Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum und viertens Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften bei uns im Land Baden-Württemberg. Nach vorläufigen Berechnungen stehen Mittel in Höhe von sage und schreibe 610 Millionen € zur Verfügung. Ich glaube, auch damit können wir etwas im ländlichen Raum tun.

Den Bereich Naturschutz möchte ich ansprechen. Im Rahmen von Natura 2000 möchten wir die Pflege- und Extensivierungsverträge fortschreiben und das erste baden-württembergische Biosphärengebiet vorantreiben. Dies wird ein zentraler Punkt in unserer Naturschutzpolitik sein, Herr Kollege Röhm. Wir werden in Münsingen am Rande des ehemaligen Truppenübungsplatzes und am Truppenübungsplatz diese Pilotmaßnahme des Landes Baden-Württemberg durchführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür sind wir sehr dankbar!)

Die beteiligten Gemeinden sind damit einverstanden, dass wir eine Anerkennung durch die UNESCO vorantreiben bzw. beantragen möchten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Weitere Naturschutzgroßprojekte, die wir zusammen mit dem Bund fördern – das Land stellt 25 % der Mittel zur Verfügung – sind im Jahr 2005 in die zweite Phase gegangen. Ich darf hier beispielhaft Feldberg, Belchen, Oberes Wiesental, Pfrunger-Burgweiler Ried nennen. Auch hier, glaube ich, können wir stolz auf das Geleistete zurückblicken.

Den Verbraucherschutz möchte ich noch ganz kurz ansprechen. Im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik durch die Bündelung der Verbraucherangelegenheiten in unserem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum werden wir die Zuständigkeit für die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg vom Wirtschaftsministerium auf das MLR übertragen. Die Gewichtung ist beim MLR richtig angesiedelt. Wir werden im Jahr 2007 auch das erste Land sein, meine Damen und Herren, das den Vorsitz der neu gegründeten Verbraucherschutzministerkonferenz übernehmen wird. Unser Minister Hauk wird die Pilotmaßnahme einleiten und wird hier, glaube ich, bundesweit die Erfahrungen von Baden-Württemberg weitergeben.

Meine Damen und Herren, aufbauend auf dem bisherigen Erfolg möchten wir weitere Initiativen mit Blickpunkt auf gesunden Umgang mit Lebensmitteln starten und werden wir in

den nächsten beiden Jahren auf allen Ebenen weitere Initiativen auf den Weg bringen. Das Qualitätsmanagementsystem steht oben an. Das Schlagwort „vom Feld bis auf den Tisch“ möchten wir ganz einfach weiterführen und den Verbrauchern gesunde Ernährung näherbringen.

Meine Damen und Herren, den Staatsforst möchte ich kurz ansprechen. Ich glaube, gegenüber den Vorjahren zeichnet sich eine positive Tendenz ab. Die insgesamt fünf Jahre andauernden direkten Auswirkungen des Orkanereignisses Lothar scheinen endgültig überwunden zu sein. Damit ist der Grundstein für bessere Betriebsergebnisse im Staatsforst gelegt. Aber dass sich, wie von SPD-Seite vielleicht gewünscht, Mehreinnahmen in Höhe von 20 Millionen € aufgrund steigender Holzpreise ergeben, ist nicht zutreffend. Es wäre auch nicht seriös, das in den Haushalt einzustellen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sagen Sie einmal, das ist von 2006!)

Das große Thema 2007 wird die Umressortierung und die Verwaltungsreform sein. Stichworte hier ganz kurz: Zusammenführung von Vermessungsverwaltung und Flurneuordnung und dann Evaluation der Verwaltungsreform.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Ich glaube, in diesem Zusammenhang können wir auch mit der Opposition sehr darüber diskutieren, ob wir das Personal für Flurbereinigung und Vermessung reduzieren können oder nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das können die gar nicht!)

Ich komme zum Schluss, zur Zusammenfassung. Mit großer Freude darf ich sagen, dass es der CDU-Landtagsfraktion zusammen mit der FDP/DVP-Fraktion gelungen ist, das ELR-Programm 2007 und 2008 um jeweils 10 Millionen € aufzustocken. Damit wird der ländliche Raum mehr als gestärkt.

Zweitens darf ich sagen, dass die CDU-Landtagsfraktion die Kürzungen bei der Landjugend Baden-Württemberg entgegen anderslautenden Meldungen nicht durchgeführt hat.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Trick 17!)

Damit honorieren wir die wertvolle Arbeit der Landjugend in vielfältigen Bereichen.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Sie müssen ja rot werden bei dem, was Sie sagen!)

Drittens, meine Damen und Herren – was wahr ist, muss gesagt werden –, haben wir bei der Weiterbildung im ländlichen Raum die Kürzungen abgemildert. Damit können auch Investitionen in Bad Waldsee und in Hohebuch fortgesetzt werden. Auch das stärkt den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Uns wäre es natürlich lieber gewesen, wir hätten nicht wegen der EU-Kürzungen Sparmaßnahmen durchführen müssen, aber wer A sagt, muss auch B sagen.

(Jochen Karl Kübler)

Abschließend möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Minister Peter Hauk und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums herzlich für die positive Zusammenarbeit im letzten Jahr zu danken. Wenn es so weitergeht, dann wird der ländliche Raum in Zukunft das Aushängeschild in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:  
Sind wir schon!)

Deshalb bitte ich Sie ganz einfach um Zustimmung zum Haushalt 2007/2008. Das wird ein Erfolgshaushalt für den ländlichen Raum sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:  
Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist unvermeidbar: Wenn die CDU zum Thema „Ländlicher Raum“ redet, dann geht das nach dem Motto „Wenn bei uns die Sonne lacht, hat das die CDU gemacht“.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auch nicht schlecht! So viel zum Klimawandel, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, nun zur Beratung des Einzelplans 08. Was bildet der Haushaltsplan des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum ab? Welche Entwicklung wird gefördert, und welche falsche Entwicklung wird verhindert? Welche Richtung und Tendenz hat der Haushaltsplan?

Die Haushaltslage ist – das ist einfach so – nicht einfach. Die Kürzung um 30 Millionen € im Haushalt umzusetzen ist nicht einfach. Wir erkennen an, dass das eine schwierige Ausgangslage ist. Hinzukommt, dass die ländlichen Räume in einer ganz schwierigen Konkurrenzsituation zu den Ballungsräumen sind. Die EU-Agrarmarktreform steht vor der Tür und hat begonnen; wir sind dem Wettbewerb und dem Weltmarkt mehr denn je ausgesetzt. Das bedeutet: Der Haushaltsplan muss transportieren, investieren und fördern.

Anders gefragt: Welche Botschaft sendet dieser Haushaltsplan für Landwirte und Verbraucher aus?

Kollege Mappus hat gestern großartig und hoch feierlich von Zukunftsethik und Generationengerechtigkeit gesprochen. Wenn wir den Haushaltsplan des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum daran messen, verehrter Herr Minister, dann kann ich drei Feststellungen machen:

Erstens ist gar kein herausragendes Merkmal für eine dieser Anforderungen enthalten.

Zweitens gibt es das Gießkannenprinzip wie bisher auch, nach dem Motto „Nichts Neues; es bleibt alles beim Alten“. Oder man kann sagen: Ihr Landwirte, schaut halt einmal, wie ihr am Markt klarkommt.

Drittens gibt es eine fatale Informationspolitik. Da werden die massiven Kürzungen der EU-Mittel angekündigt, das MEKA muss heruntergefahren werden; aber man erfährt nicht oder erst sehr spät, wo die Kürzungen umgesetzt werden. Die Landwirte müssten sich aber rechtzeitig darauf einstellen können.

Machen wir als Test für diesen Einzelplan eine kleine Bestandsaufnahme, was darin für Landwirte und Verbraucher sowie für den Naturschutz berücksichtigt ist, dann finden wir im Haushaltsplan die Botschaft: Die Landwirte müssen sich auf den Weltmarkt einstellen, der Preisdruck wächst, besonders bei Milch, die Umwelтанforderungen steigen; ich denke an Cross Compliance. Mit 22 ha ist die durchschnittliche Fläche von landwirtschaftlichen Betrieben in Baden-Württemberg nur halb so groß wie der Durchschnitt in Deutschland. Wir liegen mit unseren Kleinbetrieben weit hintendran.

Daher muss man offen sagen: Das Höfesterben ist erwünscht, damit die Größeren überhaupt eine Überlebenschance haben. Da darf man nicht einen mitleidigen Eindruck erwecken und sagen: „Ach, ihr Armen“, während man heimlich über Strukturveränderungen froh ist. Landwirte müssen wissen, wann sie aufhören müssen und wann sie Zukunftschancen haben. Vier Chancen der Landwirtschaft möchte ich nennen.

Die größte Chance liegt in der Exportentwicklung. Das ist der einzige Markt in der Landwirtschaft, der wächst. Wir haben mittlerweile den größten Teil des landwirtschaftlichen Exportzuwachses in den zehn neuen EU-Beitrittsländern. Darin liegt die größte Chance. Die Landwirtschaft muss Importe durch Exporte beantworten. Das kann sich nicht nur auf dem eigenen Markt ausgleichen.

Die zweite Chance: Wir loben den Aufbau und die Investition in regionale Märkte. Sie sind unverzichtbar. Aus dem Haushaltsplan ist erkennbar, dass es hier gute Ansätze gibt. Sie müssen weitergeführt werden.

Der Biolandbau ist die dritte Chance. Der Inlandsmarkt besitzt Wachstumspotenzial, und zwar ohne politische Unterstützung; das kann man so sagen.

Die vierte Chance liegt in der Bioenergie. Diese findet hier günstigstenfalls unter der wohlwollenden Beobachtung der Landesregierung statt.

(Beifall des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Für diese vier Punkte, die allesamt wesentliche Entwicklungspotenziale beinhalten, ist in diesem Haushalt kein Ansatz sichtbar.

Beispiel Biolandbau: Die Zahl der Biolandwirte ist in Baden-Württemberg gesunken. Der Umsatz der Biolandprodukte in Deutschland steigt. Er ist im letzten Jahr so stark gestiegen wie noch nie. Die anderen Bundesländer gewähren Hilfen. Bei uns wird die Hilfe durch MEKA-Mittel bestritten, was dazu führt, dass nach dem Auslaufen einer MEKA-Kampagne jeweils einige Jahre lang keine neuen Mittel mehr frei sind, Umstellungswillige also nichts bekommen. Mit ganz einfachen Änderungen der MEKA-Auszahlungspraxis und der Reservierung von Umstellungsbeihilfen für Folgejahre könnte man das Problem lösen.

(Alfred Winkler)

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer  
SPD)

Strategischer Ansatz im Haushalt: folgenlos.

Beispiel Biogas: Hier steht es in der Zeitung: „Verschenkte Führungsrolle – Bioenergie in Baden-Württemberg“. Das ist eigentlich schade. Das Bemühen, Biogasanlagen zu errichten, wird vom Land eher gebremst statt unterstützt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Unglaublich!)

Die Genehmigungspraxis ist uneinheitlich; sie ist nicht gut und nicht einfach; sie ist langwierig. Die Beratung in Sachen Biogasanlagen erfolgt landesweit mit zwei Beratern. Zwei Berater für 60 000 Landwirte! Für 500 bis 1 000 Biogasanlagen zwei Berater – Welch eine Offensive der Landesregierung bei Biogas!

(Beifall bei der SPD)

Hier hat der Landwirt gar keine Unterstützung.

Entscheidend ist, dass der Landwirt als Pflanzenlieferant nicht Pflanzenlieferant bleibt, sondern Energielieferant wird und an der Wertsteigerung und der Wertschöpfung teilhaben kann. Wenn das nicht gelingt, ist er abgehängt und genauso weit, wie er heute ist. Auch hier erfährt er keine Unterstützung.

Immerhin wird geschätzt, dass bis zum Jahr 2030 ein Drittel aller landwirtschaftlichen Flächen im Biosektor eingesetzt werden sollen. Wie wichtig ist dieser Bereich für uns – für den Arbeitsmarkt, für die Wertschöpfung und für die Landwirte?

Wir fordern, mehr Berater einzustellen. Sie haben diese Forderung im Ausschuss wortreich abgelehnt. Wir fordern aber z. B. auch, dass die Landesbank einen Kapitalstock für Landwirte bereitstellt, die in Biogas investieren und die bei ihrer Hausbank dafür nichts bekommen. Diese Ansätze sind eigentlich sehr gut. Über dieses Instrument kann auch gewährleistet werden, dass diese Anlagen technisch und wirtschaftlich sicher und richtig und gut betrieben werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen wir als Beispiel für Vermarktungsstrategien die erfolgreiche Vermarktung hochwertiger Produkte wie Wein oder Käse. In Deutschland stammt jede zweite Flasche Wein, die wir trinken, aus dem Ausland – Europa, Asien, Kalifornien.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Uns langt es halt nicht!)

Aber dort trinkt man nicht unsere Weine. Hier müssen die Bemühungen zur Vermarktung weit über die CMA hinausreichen, und es muss auch vom Land mehr getan werden.

Aber auch der diesbezügliche Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt. Das ist eigentlich schade. Das erinnert mich an einen Beamten des 19. Jahrhunderts, der an seinem Stempelkarussell dreht und selig den Stempel mit der Aufschrift „Nicht zuständig“ findet.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Jörg Döpper CDU: Was für einen Stempel? – Gegenruf von der CDU: „Nicht zuständig“! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das hört sich bekannt an und ist auch bekannt: Die Chancen auf dem Weltmarkt ergeben sich nicht auf dem Acker; sie ergeben sich ausschließlich mit Vermarktungsstrategien und Vermarktungsstrukturen. Unsere Vermarktungsstrukturen sind ca. 100 Jahre alt. Nur die ganz neuen sind erfolgreich. Die Strukturen der Genossenschaften haben noch immer die Größenordnung ihrer Gründung in den Fünfzigerjahren. Wir haben 250 Genossenschaften; diese stehen fünf bis sechs Discountern gegenüber – Welch eine Marktmacht! Marktanteile müssen auf den neuen Märkten erkämpft werden. Was die ausländische Konkurrenz bei uns vormacht, müssen wir auf den ausländischen Märkten nachmachen. Das klingt doch logisch und ist es auch.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und nun der Lackmустest, was die Regierung und der Landeshaushalt für diese Interessen tun. Die Gentechnikfreiheit wird nicht unterstützt, nicht einmal propagiert, sondern durch Feldversuche unterlaufen. Forschung wird mit unseren Haushaltsgeldern betrieben statt von der Industrie finanziert. Der Herr Ministerpräsident spricht vor den Bauern und den Verbrauchern negativ über die Gentechnik, weil er weiß, was man dort hören will. Die Politik dieses Landes ist gentechnikfreundlich. Das klingt komisch und ist es auch.

(Beifall bei der SPD)

Dementsprechend wurde unser Antrag hierzu auch abgelehnt.

Nun ein Blick in den Naturschutzhaushalt. Herr Minister, vorab möchte ich mich dafür bedanken, dass es gelungen ist, die Naturschutzmittel im Großen und Ganzen von den Kürzungen im Einzelplan zu verschonen. Herzlichen Dank! Das ist schön. Ich begrüße, dass der Personalbestand nun endlich leicht erhöht wird und die Umsetzung von Natura 2000 erfolgreich ist. Wenn man da nicht mehr machen würde, wäre die FFH-Richtlinie nur ein Papiertiger.

Zwei Schnitzer im Haushalt stechen trotzdem ins Auge. Die Naturparks, ein Paradebeispiel baden-württembergischer Schutzgebietspolitik,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Oi! Prima!)

waren schon immer finanziell dürftig ausgestattet, weswegen wir sie schon als Etikettenschwindel bezeichnet haben. Zu wenig Landesmittel stehen für sieben Naturparks auf einem Drittel der Landesfläche zur Verfügung, und nun wurden diese Mittel auf die Hälfte zusammengestrichen. Das hat beinahe deklaratorischen Charakter. Eine sinnvolle Arbeit im Sinne von Ökologie und Tourismus ist mit diesen Mitteln nicht zu machen. Für die betroffenen Gemeinden klingt es wie Hohn, wenn Herr Minister Hauk dazu lapidar erklärt, man müsse Geld eben einfach durch mehr Kreativität ersetzen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja, das ist richtig!)

Herr Minister, das klingt zynisch und ist es auch.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wenn kein Geld da ist, ist das richtig!)

(Alfred Winkler)

Zum Verbraucherschutz: Allen Fachleuten und Betroffenen ist klar, dass die Lebensmittelkontrolle im Land durch die Verwaltungsreform geschwächt und atomisiert wurde. Die Sicherheit der Verbraucher hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Das sagen auch die Landräte, die ja nicht unbedingt in der Mehrzahl aus unserem Gäu sind. Sie fordern vom Land mehr Personal. Der jüngst in die Schlagzeilen geratene durch eine Kontrolle aufgedeckte Verkauf von verbotenen Pflanzenschutzmitteln zeigt, dass das Land versagt hat. Im Haushalt gibt es dazu keine Antworten, keine Spur davon.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das betrifft Pflanzenschutzgesetz und nicht Haushalt!)

Das Ministerium stolpert eher von einer abwiegelnden Sprachregelung in die andere. Ob grüne Gentechnik oder verbotene Pestizide – meine Damen und Herren, es sind stichpunktartige Tests von Verbänden und Organisationen, die Missstände aufdecken und publizieren, nicht aber die eigenen Landesuntersuchungsanstalten. Das ist eigentlich schade; denn Landwirte sind darauf angewiesen, dass ihre Kollegen korrekt arbeiten und das Vertrauen der Verbraucher geschützt ist.

Wir haben in Baden-Württemberg für den Mittelstand umfangreiche und wirkungsvolle Instrumente im Wirtschaftsbe- reich und im Exportförderbereich. Der Ministerpräsident und die Minister jetten als Verkäufer baden-württembergischer Produkte durch die Welt. Das ist ja auch richtig so. Wir haben die Steinbeis-Stiftung, die Firmen bei der Entwicklung neuer Produkte unterstützt. Das ist gut so. Wir haben Existenzgründungshilfen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jetzt lobt er die Regierung! Das ist schön!)

Aber zur größten Entwicklung und Veränderung, die in der Landwirtschaft stattfindet und bei der ein Drittel der Landwirtschaft in die Bioenergien, in die entsprechenden Anlagen und Arbeitsplätze geht, findet sich im Haushalt nicht ein Cent, der dieser Entwicklung auch nur ansatzweise Rechnung tragen würde.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist blamabel!)

Herr Minister, keine Spur im Haushalt! Das klingt nach wenig und ist es auch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt war – ich sagte es – nicht einfach aufzustellen. Lobenswert ist, dass die Landeszuschüsse gehalten werden – auch deswegen, weil das ein Signal für den ländlichen Raum ist.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Oh!)

Das wurde vorhin auch von meinem Kollegen gesagt.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Kübler!)

– Kübler.

Die fehlende Botschaft für die Zukunft, die Botschaft, wir hätten es schon immer so gemacht, ist ein schwerwiegender Man-

gel in diesem Haushalt. Ein Autokonzern würde eine Rückrufaktion starten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Nicht geschehene Taten lösen einen großen Mangel an Folgen aus.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber die kannst du nicht zurückrufen!)

Meine Damen und Herren, der „Wind of change“ bläst heftig in der Landwirtschaft. Ob er der Landwirtschaft ins Gesicht bläst oder ihr als Rückenwind zugutekommt, das könnte der Haushalt beeinflussen. Das tut er aber nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel.

**Abg. Dr. Bernd Murschel** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich die Rede meines Kollegen Kübler gehört habe, hatte ich den Eindruck: Alles ist hier in Baden-Württemberg in Ordnung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es doch auch!)

Es wurde der Eindruck vermittelt, beim Einzelplan 08 sei ebenso wie bei allen anderen Einzelplänen alles spitze und wunderbar.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Musterlände!)

Ich finde, dass es noch einiger Worte bedarf, um das zu ergänzen, was mein Kollege Winkler hier gesagt hat – dem ich im Übrigen in Vielem zustimmen kann.

Gestern habe ich erfahren: Der Justizhaushalt kostet jeden Steuerzahler des Landes 5 € pro Monat. Das fand ich eine griffige Zahl. Die anderen Zahlen im Millionen- und im Milliardenbereich, die hier genannt werden, sind irgendwie nicht so richtig griffig. Der Agrarhaushalt kostet mit 10 € pro Steuerzahler und Monat etwa doppelt so viel. Da stellt sich schon die Frage, ob diese 10 €, die jeder Monat für Monat für die Agrarpolitik zahlt, richtig angelegt sind. Wo steht denn die Agrarpolitik in Baden-Württemberg? Da hilft manchmal ein Blick auf ein paar Zahlen. Ich möchte einige Zahlen nennen, die ich der Statistik entnommen habe.

Baden-Württemberg hat 60 000 landwirtschaftliche Betriebe. In den letzten zehn Jahren haben ein Drittel der Betriebe aufgegeben. Das sind jährlich ungefähr 4 % der Betriebe; seit 2001 hat jeder sechste Betrieb aufgegeben. Dies ist übrigens deutlich mehr als der Bundesdurchschnitt. Im Zuge des Strukturwandels gingen seit 2001 über 21 000 Arbeitsplätze im Landwirtschaftsbereich verloren.

Noch einige weitere Zahlen: Durchschnittlich hatte jeder Vollerwerbsbetrieb in Baden-Württemberg einen Unternehmergewinn von 35 000 € pro Jahr. Dies ist deutlich weniger als der

(Dr. Bernd Murschel)

Bundesdurchschnitt; dort sind es 2 000 € mehr. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwertschöpfung in Baden-Württemberg ist Jahr für Jahr gesunken und beträgt jetzt 0,7 %.

Angesichts dieser Zahlen kann man sich schon fragen: Wohin driftet die Landwirtschaft in Baden-Württemberg? Unterstützt die Landesregierung auch tatsächlich die bäuerlichen Familienunternehmen? Die Zahlen zeigen genau das Gegenteil.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Berliner unterstützen bloß die großen!)

Zum Ökolandbau will ich auch ein paar Worte sagen: Der ökologische Landbau stagniert in Baden-Württemberg. Nur 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden hier ökologisch bewirtschaftet. Die Landwirte stellen nicht auf ökologischen Landbau um, weil die Umstellungsgelder eingefroren waren und nicht zur Verfügung standen. Die Firma Hengstenberg sucht dringend Ökobetriebe, die z. B. Gurken aus ökologischem Anbau liefern. Ich frage mich, Herr Minister: Was machen Sie, um solche Nachfragen zu befriedigen?

(Zurufe von der CDU: Gurken essen!)

Jetzt wird zaghaft wieder etwas für diesen Bereich getan. In der Vergangenheit lag er danieder.

Fazit: Wir sind keineswegs, wie es anklang, spitze in der Landwirtschaft. Gerade in diesem Bereich bleibt noch viel zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

In Baden-Württemberg sind wir vielleicht spitze, was das Höfesterben anbelangt. Bei uns gehen die meisten Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Die Unternehmergewinne sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt im Keller. Darüber hinaus kommen wir bei der Produktion von Biolebensmitteln nicht nach. Der Ökomarkt boomt, und wir haben nicht genügend Betriebe, die Ökolandbau betreiben, weil wir keine vernünftige Förderung haben.

Die Frage ist also: Was tut die Landesregierung, um eine Landwirtschaft zu fördern, die ökologisch arbeitet, die Qualität produziert, die z. B. gentechnikfrei produziert? Wie unterstützt sie sie? Nutzt sie die Förderprogramme, die es auf EU-Ebene gibt, richtig? Auf diese Fragen möchte ich mich konzentrieren, da meine Kollegin Gisela Splett auch noch ein paar Worte sagen will.

Wir haben verschiedene Fördermöglichkeiten, die in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 neu hinzugekommen sind und bei denen das Land einen großen Gestaltungsspielraum hat. Ich habe vorhin gehört, beim MEKA und den Agrarumweltprogrammen werde gar nicht gekürzt. Genau das Gegenteil ist der Fall, wie Sie erkennen, wenn Sie die Zahlen richtig anschauen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ich habe nicht gesagt, dass da nicht gekürzt wird! Zuhören!)

Wir haben ein Tableau der verschiedenen Zahlen.

(Der Redner hält eine Grafik in die Höhe.)

Gerade bei den Umweltmaßnahmen im Agrarbereich wird am meisten gekürzt. Sie sehen bei diesen Zahlen – die zweite Säule auf dieser Grafik –, dass 2006 noch 236 Millionen € für Baden-Württemberg zur Verfügung standen, es im Durchschnitt der nächsten Jahre jedoch nur noch 170 Millionen € sind. Die größte Kürzung betrifft den Agrarumweltbereich. Beim MEKA allein sinkt die Zahl von 136 Millionen € im Jahr 2006 auf 104 Millionen € in der nächsten Förderperiode.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie haben die EU vergessen!)

– Das ist mit drin; das ist der Gesamtbetrag. Sie können das nachher ja korrigieren, wenn Sie andere Zahlen haben.

Wir wollen mit unserem Antrag umschichten zugunsten der Agrarumweltmaßnahmen. Wir haben gehört, dass 30 bis 40 Millionen € fehlen. Wir sehen in unserem Antrag eine Umschichtung von fast 100 Millionen € zugunsten einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft vor. Wir wollen den Ökolandbau, Streuobstwiesen, gentechnikfreie Bewirtschaftung und naturverträgliche Waldbewirtschaftung fördern.

Ich würde mich freuen – es klang bei Ihnen ja auch an, dass Ihnen allen die Agrarumweltmaßnahmen wichtig sind –, wenn Sie unserem Antrag folgen und ihm zustimmen könnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jetzt wird es wieder fundierter! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Danke für die Vorschusslorbeeren!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde sicherlich nicht so humorvoll sein können wie du, lieber Alfred. Ich werde auch nicht Agrarpolitik mit Agrarromantik verwechseln, sondern ein paar grundlegende Gedanken zur Agrarpolitik darlegen. Ich bedanke mich schon jetzt bei dir, Jochen Karl Kübler, dass du diese Zahlen genannt hast. Die werde ich nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren, die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen drücken sich nicht nur in sauberer Luft, gutem Wasser und gesunden Böden aus. Es ist unsere Verantwortung, die Politik nicht auf immer neuen Schulden aufzubauen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Deshalb ist der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums – wie andere Haushalte ja auch – geprägt von der gemeinsamen Anstrengung, die Nettoneuverschuldung bis 2011 auf null zu bringen.

Gleichzeitig war es unser Ziel, trotz der erheblichen Mittelkürzungen vonseiten der EU unserer Landwirtschaft und dem ländlichen Raum insgesamt wie bisher und auch weiterhin eine gute Zukunftsperspektive zu bieten. Die Landwirtschaft und die Menschen in den ländlichen Räumen sollen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilhaben.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Die Landwirtschaft und die ihr vor- und nachgelagerten Bereiche wie z. B. das Agrargewerbe, das Ernährungshandwerk sowie die Nahrungsmittelindustrie sind nach wie vor Säulen des ländlichen Raums. 75 % der Landesfläche zählen zum ländlichen Raum. 45 % der Bevölkerung des Landes leben hier. Diese Fakten verlangen von der Politik eine Gesamtpolitik für den ländlichen Raum. Deshalb müssen wir auch im Hightechland Baden-Württemberg unsere Landwirte fit halten, sie fit machen für eine wettbewerbsfähigere und stärker am Markt orientierte Landwirtschaft und sie dabei vorbereiten und unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt einmal los! Lernen Sie doch einmal etwas dazu! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Geben Sie einmal ein paar konkrete Beispiele! – Unruhe)

– Ihre Reaktionen zeigen, dass Sie, glaube ich, darauf warten, dass ich in meinen Ausführungen fortfahre –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, wir wollen einmal etwas Konkretes hören! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

sprechen wir nicht nur über die klassische Agrarpolitik, bei der die Vorgaben von außen kommen – ich nenne hier WTO, GATT, Europa, Berlin –, sondern gerade auch über regionale Landwirtschaftspolitik, über das Erfolgsprogramm ELR, die Verbraucherschutzpolitik und die Forstpolitik.

Zur Verbraucherpolitik nur so viel: Die Haushaltsmittel – auch das wurde ausgeführt – sind in diesem Bereich nicht weniger, sondern mehr geworden. Unser liberaler Ansatz heißt jedoch: Der mündige Bürger braucht ein Verbraucherrecht, das den Verbraucher besser informiert, das zu mehr Transparenz führt und in dem das, was draufsteht, auch drin ist. Deshalb muss der Verbraucher auch wissen, was er kauft. Das heißt für mich: Verbraucherbildung und eine bessere Vernetzung zwischen Verbrauchern, Verbrauchereinrichtungen und der Wirtschaft sind nach wie vor wichtig, und da gilt es, noch nachzulegen.

Das heißt aber auch: Wir brauchen eine bessere Verbraucherbildung. Der mündige Bürger hat allerdings – auch das will ich klarstellen – auch eine Bringpflicht, indem er sich selbst besser informiert und fortbildet. Ansonsten wären alle Anstrengungen des Verbraucherschutzes umsonst. Verbraucherschutzsendungen, meine Damen und Herren, anzusehen und die Glotze bei solchen Sendungen nicht abzuschalten, darum geht es. Es gibt durchaus Verbraucheraufklärung im Fernsehen, etwa bei der ARD, beim ZDF, beim SWR und beim Bayerischen Rundfunk. Diese Sendungen führen jedoch leider nicht, wie es eigentlich wünschenswert wäre, dazu, dass sich die Verbraucher mehr mit diesen Themen auseinandersetzen. Leider wird zu oft irgendein Unterhaltungsschrott angeschaut, anstatt diese Aufklärungsmöglichkeiten zu nutzen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wählerbeschimpfung! Kommen Sie doch einmal zum Thema!)

Ich komme nun zur klassischen Agrarpolitik, meine Damen und Herren. Die Agrarmärkte sind im Aufschwung. Die deutschen Bauern erwarten für 2007 eine relativ positive Entwicklung für ihre Betriebe. Sie planen Investitionen vor allem in Wirtschaftsgebäude, in Maschinen und Geräte. Diese positive Entwicklung ist doch auch ein Zeichen dafür, dass die Agrarpolitik hier im Land richtig ist.

Meine Damen und Herren, die Unternehmen brauchen natürlich auch Planungssicherheit. Die baden-württembergische Agrarpolitik steht für Verlässlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Ziele – unter anderem das Ziel: mehr Markt – sind von der EU bis 2014 klar vorgegeben.

Ein Weiteres: Schenken wir doch den Milchbauern klare Milch ein,

(Heiterkeit)

was die Milchpolitik angeht: Schluss mit der Milchquote 2015, meine Damen und Herren! Sie war von Anfang an am Markt vorbei orientiert und stellte daher den falschen Weg dar.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer hat denn damals registriert?)

– Lieber Herr Walter, es war der Wunsch von Bauernverbänden und der des damaligen Landschaftsministers Kiechle. Das muss man einfach so sehen. Ihre Vorschläge waren aber auch nicht viel besser, auch unter dem Reimer nicht; um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich sage nur: Künstast! – Gegenruf des Abg. Karl Rombach CDU: Wer ist Künstast?)

Jedes kleine Kind wusste damals, dass eine Festschreibung von 15 bis 20 % Überproduktion bei der Milch eine Selbstbelugung ist. Meine Damen und Herren, es ist wichtig, das man hier auch die Weltmarktorientierung der Betriebe sieht. Allerdings – auch das sage ich –: Wir wollen und sollen uns nicht an dem messen lassen, was in Australien, in den USA, in Kanada oder in anderen Ländern der Fall ist – das gilt auch für den Arbeitsmarkt und bei den Stundenlöhnen –, und wir sollten uns auch nicht an China orientieren. Wir haben hier eine andere Struktur, und dafür hat Herr Kübler die Zahlen ja genannt. Daneben haben wir auch andere Aufgaben, nämlich die, die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft zu fördern. Das bedeutet auch Landschaftspflege und die Erhaltung der Kulturlandschaft.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Klasse statt Masse!)

Meine Damen und Herren, mit dem vorgelegten Haushalt nutzen wir unseren Spielraum hier im Land, denn wir wollen den Betrieben Planungssicherheit geben und Investitionsanreize bieten. Die Verarbeitung und Vermarktung von land- und

(Dr. Friedrich Bullinger)

forstwirtschaftlichen Erzeugnissen müssen wir unterstützen. Auch müssen wir die Betriebsübernahmen durch Junglandwirte fördern und ihnen Perspektiven bieten.

Wir wollen auch die Tätigkeit der vielen Nebenerwerbslandwirte, die vor allem in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, zum Beispiel im Schwarzwald oder auf der Alb, arbeiten und die Dienstleistungen zur Pflege der Landschaft zur Verfügung stellen, honorieren. Um Gotteslohn werden die jungen Landwirte diese Arbeit nicht tun. Deshalb an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an alle Bäuerinnen und Bauern, an alle diejenigen, die mit dem Naturschutz zusammen hervorragende Leistungen für unser Tourismusland Baden-Württemberg erbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Mittel für die Leistungen zur Pflege der Kulturlandschaft, werte Kolleginnen und Kollegen, sind auch für einen FDPler keine Subventionen, sondern die Bezahlung einer Leistung, die am Markt mit landwirtschaftlichen Produkten von unserer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft nicht bezahlt wird. Sie sind Investitionen in die Zukunft Baden-Württembergs, und sie stärken die Standortfaktoren – und hier insbesondere die weichen Faktoren – unseres Wirtschaftsstandorts.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum darf den Anschluss an die technischen Innovationen nicht verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Halten Sie uns jetzt eine Grundsatzvorlesung?)

Deshalb sind Verbreitung und Nutzung beispielsweise des Breitbandkabels in ländlichen Räumen vor allem für die moderne Dienstleistung und die Freiberufler entscheidend, um zukunftssträchtige Arbeitsplätze in ländlichen Räumen zu schaffen und zu erhalten. Wir haben hier Nachholbedarf, genauso wie die Telekommunikationsunternehmen.

Meine Damen und Herren, die Aufstockung des ELR, dieses Erfolgsprogramms, um 10 Millionen € zeigt, dass die Koalition nicht nur verbal Programme für den ländlichen Raum macht, sondern dies auch fiskalisch zum Ausdruck bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

Wir können Kürzungen der EU zwar nicht ausgleichen, wir nutzen aber unseren Spielraum, um die Umwelt- und Landschaftsprogramme des Landes weiterzuentwickeln. Baden-Württemberg ist mit seinem Agrarumweltprogramm bundesweit – ich wiederhole: bundesweit – führend.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies wird so bleiben. Wir wollen keinen Naturschutz mit einseitigen Insellösungen und Käseglocken, sondern wir wollen eine flächendeckende, naturverträgliche Landbewirtschaftung. MEKA, AZL und SchALVO sind Kernpunkte baden-württembergischer Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik.

Herr Minister Hauk, wir brauchen allerdings schnellstens grünes Licht von der EU, damit Klarheit kommt. Denn wir

wollen die Naturschutzpolitik mit der Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft machen. Wir leben jedoch nicht auf einer Insel der Seligen. Gut ausgebildete, motivierte Landwirte und ein kaufkräftiger Markt vor der Haustür sind beste Chancen für unsere heimische Landwirtschaft. Produktvielfalt und Qualität – wie Sie gesagt haben: Klasse vor Masse –, Nähe zum Verbraucher sowie die Honorierung anderer multifunktionaler Dienstleistungen, wie beispielsweise der Landschaftspflege, unterstreichen dies.

Neue Betriebszweige und zusätzliche Einkommensperspektiven bietet auch der Energiemarkt. „Nahrungsmittel und Energie“, und nicht „Nahrungsmittel oder Energie“ – so muss es heißen. Das war auch der Tenor der DLG-Wintertagung in München.

Ich warne allerdings etwas vor der Euphorie im Bereich Biogas. Auch die Goldgräberstimmung auf der EuroTier im Herbst in Hannover hat gezeigt, dass man rechnen und beide Seiten sehen muss, also auch die ökologische Seite. Man kann nicht Monokulturen, z. B. Mais, zur Energielieferung anlegen. Das kann es auch nicht sein.

Biogas hat meines Erachtens – das kam heute auch schon zum Ausdruck – nur dann eine Bedeutung, wenn elektrische und thermische Energie entsprechend genutzt werden. Wenn man keine Kraft-Wärme-Kopplung einsetzt und auch keine Direkt-einspeisung ins Erdgasnetz schafft, dann ist das nicht viel besser als die Atomkraftwerke oder die fossilen Kraftwerke, die die Wärmeenergie nicht nutzen und nur elektrische Energie produzieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist denn das? Was für ein Extremismus!)

Der Vorteil ist sicherlich, dass es CO<sub>2</sub>-neutral ist. Das ist sicherlich wahr. Aber es ist unter dem Strich nicht die Energiepolitik, die wir brauchen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Biogasanlagen mit Atomkraftwerken zu vergleichen, das kriegt nur ein FDPler hin!)

Meine Damen und Herren, Ja zum Biogas, aber Investoren müssen beide Seiten der Kalkulation sehen.

Herr Kretschmann, Brennholz wird wieder gestohlen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber nicht von mir! – Abg. Reinhold Gall SPD: Von mir aber auch nicht! – Heiterkeit)

Das ist nicht erfreulich, aber es ist ein gutes Zeichen – Wenn er immer dazwischenredet, muss ich ihn ja einmal direkt ansprechen, damit er auch zuhört.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber nicht gerade beim Thema „Brennholz klauen“! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, es ist ein gutes Zeichen, dass diese Energiequelle nach jahrzehntelanger Missachtung wieder an Bedeutung gewinnt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eine kriminelle Energiequelle!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Der Anteil der regenerativen Energien durch grundlastfähige Bioenergie, durch nachwachsende Rohstoffe – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was ist jetzt gut daran, dass Holz geklaut wird? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dass es wieder etwas wert ist!)

Können Sie vielleicht die Uhr anhalten, bis es wieder ruhiger ist, Herr Präsident?

(Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann muss man halt selbst Präsident werden!)

Herr Minister Hauk, sorgen Sie mit Initiativen im Bundesrat dafür, dass die übertriebenen Störfeuer bei der Feinstaubdiskussion nicht weiter Blüten treiben,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

sondern dass auch die Damen und Herren im Umweltministerium, auch im Hause Gönner, sich fortbilden und den Stand der Technik endlich akzeptieren. Sonst werden unsere Bürgerinnen und Bürger diese Technologie nicht nutzen, sondern ihre alten Öl- und Gasherde wieder anwerfen.

Noch eine Bitte: Sorgen Sie, die Sie im Bundesrat sind, mit dafür, dass während der deutschen Ratspräsidentschaft die Kanzlerin und Herr Seehofer

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die haben andere Probleme!)

die Chance nutzen, vor allem die Wettbewerbsverzerrungen, die wir in der EU nach wie vor haben – im Pflanzenschutzrecht, in der Besteuerung, im Krankenwesen, bei den ganzen Nebenkosten –, zu beseitigen und zu einer Harmonisierung zu kommen.

Ich wünsche mir, lieber Michael Theurer, dass wir bis zu Ihrem 50. Geburtstag auch in diesem Bereich die Harmonisierung innerhalb der EU vorangebracht haben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was hat das mit dem Theurer zu tun?)

Zur sogenannten Gesundheitsreform, meine Damen und Herren: Murks bleibt Murks. Daher ist das abzulehnen. Auch die Landwirte werden Nachteile in diesem Bereich erleiden.

Wir brauchen einen fairen Wettbewerb. Wir brauchen dazu weniger Bürokratie auch für die heimische Landwirtschaft. Wir brauchen unternehmerische Landwirte und keine Schreib- und Computerwirte. Meine Damen und Herren, sorgen Sie mit dafür, dass man hier auch durch den Abbau dieser Hindernisse mehr erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sicherlich auch bereit sind und bereit sein müssen, mehr für die hohe Qualität und die Dienst-

leistungen der Land- und Forstwirtschaft auszugeben. Wenn man bereit ist, über 50 Milliarden € für Auslandsreisen oder 20 Milliarden € für Rauchwaren auszugeben, dann muss es einem auch wert sein, etwas mehr für dieses Land, für unsere Landwirtschaft und für unseren ländlichen Raum zu geben. Denn wie heißt es auf einem Poststempel, Herr Minister? „Landwirtschaft dient allen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Staatsminister a. D. Ulrich Galle. Herzlich willkommen, Herr Staatsminister!

(Beifall im ganzen Haus)

Das Amt des Bürgerbeauftragten wurde in Rheinland-Pfalz vor mehr als 30 Jahren geschaffen. Der Bürgerbeauftragte hat seinen Sitz beim Landtag von Rheinland-Pfalz und arbeitet eng mit dem Petitionsausschuss des Landtags zusammen. Herr Galle, ich heiße Sie im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen alles Gute und erfolgreiche Gespräche. Grüßen Sie auch Kurt Beck recht herzlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir fahren mit den Beratungen fort. Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Dr. Splett das Wort.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem Sie, Herr Bullinger, uns mit Ihrer Rede jetzt klare Milch eingeschenkt haben,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

möchte ich es noch transparenter machen. Ich setze dabei auf Wasser.

Das Thema Naturschutz wurde jetzt schon angesprochen, allerdings noch nicht vertieft. Ich möchte dazu noch einige Anmerkungen machen.

Wir müssen darüber reden, wie wir mit unseren Kulturlandschaften umgehen, wie wir mit unserem natürlichen Erbe umgehen. Das ist zum einen eine Frage der Verantwortung für nachfolgende Generationen. Es geht zum anderen aber auch um internationale Verpflichtungen. Deutschland hat im Jahr 1992 das Übereinkommen über die biologische Vielfalt unterzeichnet und sich verpflichtet, endlich etwas gegen den Artenverlust zu tun. Auch die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen.

Doch wie sollen wir dieses Ziel erreichen? Das setzt Handeln voraus, meine Damen und Herren, und zwar Handeln auf der Ebene der Bundesländer.

(Dr. Gisela Splett)

Wo stehen wir in Baden-Württemberg? Baden-Württemberg ist noch immer das einzige Flächenbundesland, das weder einen Nationalpark noch ein Biosphärengebiet hat.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kommt! Kommt!)

– Das Biosphärengebiet kommt glücklicherweise. Trotzdem sind wir Schlusslicht, was den großflächigen Naturschutz angeht.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Zuhören! Zuhören!  
– Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein guter Schluss zielt alles! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜ-NE: Das ist nicht immer richtig! – Heiterkeit)

Wir haben also erheblichen Nachholbedarf. Auch unsere Naturschutzgebiete können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir hier eine Schlusslichtrolle einnehmen. Denn unsere Naturschutzgebiete sind von unterdurchschnittlicher Größe. Unsere Naturschutzgebiete haben im Durchschnitt eine Größe von weniger als 1 km<sup>2</sup>. Das bedeutet in stark zerschnittenen Landschaften für viele Arten, dass sie keine großen Sprünge machen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 10,6 Millionen Bürger haben wir!)

Kaum war der Luchs wieder da, kam er unter die Räder.

(Abg. Guido Wolf CDU: Wer? Der Luchs?)

Auch bei Natura 2000 hat man sich bemüht, möglichst wenig Gebiete auszuweisen. Herr Abg. Kübler hat das gestern vor einer Besuchergruppe ausführlich dargestellt und hat geschil- dert, dass das Vorkommen eines Eisvogels kein Grund zur Be- geisterung sei, weil womöglich das Gewässer, in dem er lebt, zum Vogelschutzgebiet erklärt werden könnte.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Richtig zuhören und nicht aus dem Zusammenhang nehmen, junge Frau!  
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht nur zuhören, sondern wahrnehmen!)

– Ich habe richtig zugehört. – Dabei findet das Artensterben – das sollte Ihnen klar sein – eben nicht nur am Amazonas statt. Auch bei uns findet ein Artensterben statt.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Nicht aus dem Zu- sammenhang nehmen! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

In der letzten Woche kam die Meldung, dass nun auch das Haselhuhn auf der Liste der ausgestorbenen Tiere steht. Wenn wir so weitermachen, ist das Auerhuhn auch bald dran.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU – Ge- genruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Nun haben wir trotzdem in den letzten Jahren einiges im Na- turschutz erreicht. Das will ich gar nicht unter den Teppich kehren. Wir haben fünf PLENUM-Gebiete. 31 % der Landes- fläche sind als Naturpark ausgewiesen. Doch statt diese Pflänz- chen zu hegen, tut die Landesregierung das Gegenteil: Bei den Naturparks hat man die Mittel gleich einmal um die Hälfte ge- kürzt.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Winfried Scheuermann CDU)

Dass das Einschnitte für den ländlichen Raum sind und dass das den naturverträglichen Tourismus betrifft, hat man erst einmal ignoriert. Die Naturparks haben Alarm geschlagen. Die Resonanz im politischen Raum war schwach. Es wundert mich schon, wenn jetzt Kollegen von der SPD und der CDU sich in der Zeitung darüber auseinandersetzen, wer nun Ret- ter der Naturparks ist. Denn der einzige Antrag zu diesem Be- reich kam nun einmal von den Grünen.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Alle andere Fraktionen haben im Finanzausschuss gegen die- sen Antrag gestimmt.

Inzwischen weiß ich aus einem Brief, den ich eher zufällig in die Finger bekommen habe, dass die Landesregierung ein Stück weit zurückgerudert ist. Man hält zwar prinzipiell an der Mittelkürzung fest,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Richtig!)

gibt aber aus Haushaltsresten in diesem und im nächsten Jahr noch einmal einen Teil der Mittel an die Naturparks. Abgese- hen davon, dass dies ein halbherziges Zurückrudern ist, hätte ich mir gewünscht, dass man diese Entscheidung in den Gre- mien mitgeteilt bekommt. Aber vielleicht ist das hier nicht üb- lich. Das ist ja meine erste Haushaltsberatung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Man lernt dazu!)

Für PLENUM stehen grundsätzlich zu wenig Mittel zur Ver- fügung. Die Landesregierung selbst hat sich das Ziel gesetzt, mindestens in sieben der 19 landesweiten PLENUM-Gebiete in der Gebietskulisse Projekte umzusetzen. Wir sind immer noch bei nur fünf Gebieten, und es heißt immer: „Mehr sind nicht drin. Das Geld fehlt.“

Beim Biosphärengebiet Schwäbische Alb wird gekleckert. Die Landesregierung kleckert, aber sie bekleckert sich nicht mit Ruhm.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Doch!)

– Nein. Die Mittel kommen aus der Landesstiftung.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja und? Was ist der Unterschied zwischen Landesstiftung und Land?)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Es stehen auch keine festen Stellen zur Verfügung. Dabei sind großflächige Gebiete wie das Biosphärengebiet Jobmotoren. In anderen Bundesländern, meine Damen und Herren, hat man vor lan- ger Zeit erkannt, dass es dieses magische Dreieck Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus gibt und dass man da etwas bewe- gen kann, dass man etwas im ländlichen Raum voranbringen kann.

Dazu brauchen wir qualifiziertes Personal. Auch daran man- gelt es im Naturschutz. Daueraufgaben lassen sich eben nicht mit Zweijahresverträgen betreiben, und auch ein moderner, dialogorientierter Naturschutz lässt sich nicht mit Zeitverträ- gen und mit zu wenig Personal betreiben.

(Dr. Gisela Splett)

Das ist nicht nur die Meinung der Grünen-Fraktion, nein, das deckt sich mit der Bilanz, die der Landesnaturschutzverband zur Verwaltungsreform gezogen hat.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Ist da ein großer Unterschied?)

Diese Bilanz ist übertitelt mit: „Herbe Verluste im Naturschutz erfordern dringende Korrekturen“. Diese Korrekturen fordern wir ein. Sie haben die Chance, unseren Anträgen zuzustimmen und damit zumindest einen Beitrag zur Verbesserung der Welt zu liefern. Denn leider taugt der schöne Satz von Paul Claudel „Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten“ auch nicht zum Trost, denn von einer nachhaltigen Politik sind wir leider noch sehr weit entfernt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Starker Beifall bei den Grünen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Landwirtschaftsminister Hauk. Ich will nur darauf hinweisen, dass sich die Frau Umweltministerin an die zeitlichen Vorgaben des Herrn Präsidenten sehr gut gehalten hat.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Ich habe keine gehört.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die entscheidende Frage ist, glaube ich, nicht die, ob wir in allen Sektoren gleich spitze und gleich gut sind, sondern die entscheidende Frage der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird sein: Wie sieht der ländliche Raum aus, und ist er für Menschen weiterhin lebenswert?

In der Vergangenheit hatten wir eine Abstimmung mit den Füßen: hinaus aus der Stadt und hinein in die ländlichen Räume. Ein besseres Erfolgsergebnis kann eigentlich keiner bekommen,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

als wenn die Menschen die Lebensqualität, die Arbeitsplatzqualitäten etc., die es im ländlichen Raum gibt, als solche erkennen und annehmen und diese Chancen auch ergreifen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Regierung hat ganz einfach die Städte vernachlässigt!)

– Der Trend hat sich nicht gedreht, sondern es ist nur so, dass im Augenblick die Zuwachsraten, die wir noch haben, in den Großstädten wieder etwas stärker sind; dann folgt der ländliche Raum, und dann kommen die „Speckgürtel“. Das ist im Augenblick die Situation des Zuwachses. Da hat sich nichts gedreht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber es dreht sich!)

Wir müssen aber jetzt darauf schauen, dass wir auch bei veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Attraktivität des ländlichen Raums nach wie vor hochhalten. Das ist eine Frage der Strukturpolitik. Wir versuchen mit Erfolg, uns diesen strukturpolitischen Herausforderungen zu stellen.

Aber, meine Damen und Herren und liebe Kollegin Splett, natürlich ist es so, dass Baden-Württemberg, wenn man so will, auch europaweit eine Modellregion ist. Ich bekenne mich dazu, dass wir im Schnitt kleinere Naturschutzgebiete als anderswo haben. Das ist aber auch gar nicht verwunderlich, weil bei uns die Besiedlungsdichte auch in den ländlichen Räumen viel höher ist als anderswo.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

Das ist doch ganz klar.

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigung, das ist so. Natürlich können Sie in Mecklenburg, Brandenburg, auch im Bayerischen Wald und in der Oberpfalz

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Niedersachsen!)

riesige, großflächige, menschenleere Gebiete als Naturparks, Nationalparks, Biosphärengebiete etc. ausweisen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das stört niemanden, weil es dort kaum Nutzungskonflikte mit den Menschen gibt. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wir stehen hier vor einer ganz anderen Herausforderung. Wir müssen den Spagat zwischen den Interessenkonflikten, der bei einer hohen Besiedlung auch in den ländlichen Räumen viel, viel größer ist, ständig, und zwar Tag für Tag, Jahr für Jahr machen. Nur dann kann Naturschutzpolitik im Interesse der Menschen auch gelingen. Denn eines habe ich mit Sicherheit nicht vor: Ich habe nicht vor, eine restriktive, stringente Käseglockenpolitik zu betreiben,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch Rhetorik aus den Achtzigerjahren! Wo gibt es denn bei uns eine Käseglocke? – Gegenruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie wollen eine!)

die unterm Strich die Menschen aus den ländlichen Räumen in die Städte hineintreibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Das kann doch nicht sein. – Aber natürlich. Lieber Herr Kollege Kretschmann, es ist tatsächlich so,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch ein alter Käse, den Sie erzählen! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So alt ist der Minister gar nicht! Er ist noch ganz jung!)

weil die Richtlinien von Vogelschutz und FFH in Natura 2000 so konzipiert sind. Die stammen nämlich aus der Zeit vor knapp 30 Jahren und sind entsprechend statisch. Immer wieder – das wurde vorhin schon geäußert – werden Vorwürfe ge-

(Minister Peter Hauk)

äußert, wir würden zu wenig tun und dergleichen mehr. Diese kommen aber nur deshalb, weil es eben statische Richtlinien sind, gerade vonseiten der Europäischen Union.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: In einem dicht besiedelten Land muss man mehr für den Naturschutz tun als in einem weniger dicht besiedelten Land! – Gegenruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

– Ja, natürlich. Das muss man dann aber auch anders machen, Herr Kollege Kretschmann. Die Instrumente müssen andere sein. Die Instrumente können hier nicht auf großflächige Schutzgebiete hinauslaufen, sondern die Instrumente müssen viel differenzierter angegangen werden. Sie müssen vor allem auch in der Fläche beginnen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Richtig!)

Wir wollen keine sektorale Naturschutzpolitik nach dem Motto betreiben „Dort nehmen wir die Flächen, dort machen wir Naturschutz, und anderswo machen wir gar nichts“. Wir haben vielmehr den Anspruch, das Thema „Biodiversität, Artenspektrum“

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

nicht nur in Sektoren zu behandeln und in Flächen abzugrenzen, sondern im gesamten Land flächig voranzubringen. Deshalb machen wir eine umweltfreundliche Landwirtschaftspolitik.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Natürlich. Das ist doch der Ansatz. Was glauben Sie, warum wir MEKA machen? Doch nicht aus Jux und Tollerei. Die Landwirte haben im Prinzip nichts davon, weil sie dafür ja Gegenleistungen im Interesse einer umweltfreundlichen Bewirtschaftung erbringen müssen. Da gibt es Bewirtschaftungsauflagen. Das sind Verträge. Es muss keiner mitmachen. Aber die meisten machen mit.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Aber da müssen Sie die zweite Säule stärken!)

– Aber natürlich. Das ist der strategische Ansatz, dass wir einen flächendeckenden Ansatz haben und keinen Ansatz, der nur segregiert.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Aber Sie schwächen doch die zweite Säule!)

Meine Damen und Herren, natürlich gilt es, Entwicklungen, die gesamtpolitisch vorhanden sind – denken Sie an das Thema „Internationalisierung der Wirtschaft“ und an die damit einhergehenden Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse –, entgegenzusteuern, denn die erreichen natürlich auch die Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Auch das Thema Demografie, die Frage der Ausdünnung, die zunehmende Mobilität auch der Menschen im ländlichen Raum mit ihren Auswirkungen auf die Infrastruktur, aber auch auf Grundversorgungseinrichtungen, all dies muss gemeinsam und auch ressortübergreifend betrachtet werden. Deshalb hat die Landesregierung beschlossen, einen Kabinettsausschuss „Länd-

licher Raum“ einzusetzen, der sich genau solcher ressortübergreifender Aufgaben annimmt.

Meine Damen und Herren, welche Instrumente stehen zur Verfügung? Das ist das, was der Haushalt hergibt. Zunächst einmal gibt es das ELR als Strukturinstrument, als Förderprogramm für Strukturmaßnahmen in ländlich geprägten Dörfern und Gemeinden. Ich danke der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion, dass sie dieses ELR im jetzigen Haushalt noch einmal aufgewertet haben und weitere 10 Millionen € durch Umschichtungen bereitgestellt haben.

Wir werden dabei einen Anspruch erfüllen müssen; das Programm wird ein Stück weit auch neu justiert werden müssen. Wir werden dafür sorgen müssen, dass wir genau den infrastrukturellen Anspruch, nämlich die Lebensqualität in den ländlichen Räumen zu halten, entsprechend verbessern. Das heißt, Menschen in den Dörfern, und zwar auch in den Ortskernen, wieder verstärkt eine Zukunft zu geben und das Wohnen auch im Ortskern wieder attraktiv werden zu lassen – das betrifft auch die Mobilisierung entsprechender Flächen –, um damit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: erstens die soziostrukturelle Wirkung des dörflichen Lebens zu erhöhen und zweitens auch den Flächenverbrauch in der freien Landschaft ein Stück weit zu mindern und Flächen einzusparen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, damit kommen wir ein ganz erhebliches Stück weiter. Ich sage allerdings auch dazu: Es kann aber auch nicht so sein, dass draußen im Land, in der Fläche gespart wird, während auf den Fildern und anderswo unsinnigerweise zu viel verbraucht wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt haben Sie endlich einmal aus Ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht!)

Diese Segregation gibt es natürlich auch nicht. Ich muss natürlich schon sagen: Es ist ja erfreulich, dass die Region Stuttgart ihre Gewerbeentwicklungsflächen ein Stück weit zurückgestutzt hat. Aber es kann natürlich nicht so sein, dass wir uns über Flächenverbrauch beklagen, draußen in den ländlichen Gemeinden dagegenhalten und dafür auch gute Instrumente finden – nicht mithilfe des Rechts; da geht es aber nicht um 40 Auflagen; es gibt dafür auch Finanzierungsinstrumente – und in den Städten gerade alles so weiterläuft. Diese Verteilung kann es natürlich auch nicht geben.

Meine Damen und Herren, das Zweite, was bei der Fortentwicklung des ELR dazukommt, ist die Frage: Wie gestalten wir Investitionsmaßnahmen aus, wie können wir sie mit regenerativen Energien etc. verbinden? Diese Beratungen werden wir in den nächsten Wochen führen.

Nur am Rande will ich LEADER und das Programm der Europäischen Union für Wettbewerb und Beschäftigung, früher Ziel 2, anreißen. Auch das sind Instrumente, die wir in Baden-Württemberg nutzen, und zwar voll ausnutzen, weil die Europäische Union diese kofinanziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Takte zum Thema Verbraucherschutz. Der Verbraucherschutz und die Verbraucherpolitik sind Aufgaben, die fast alle Lebensbereiche durchdringen. Die Politik für den Verbraucher ist da-

(Minister Peter Hauk)

her auch eine Politik für alle Bürger in Baden-Württemberg, und deshalb bilden der gesundheitliche und immer stärker auch der wirtschaftliche Verbraucherschutz ein Schwerpunktthema auf der Agenda der Landesregierung.

Ob es um Gaspreise und Energieeffizienz, um Rechte der Kunden bei Onlinekäufen oder Fragen der Altersvorsorge geht – all das sind Themen, mit denen wir uns zum Wohle des Verbrauchers auseinandersetzen müssen. Unser Leitbild ist dabei der mündige Verbraucher, derjenige Verbraucher, der auch Kompetenz mitbringt. Dabei geht es um die Stärkung des Verbrauchervertrauens vor allem auch durch Transparenz, durch Kennzeichnungspflichten und durch einheitliche vergleichende Parameter.

Bei Verstößen müssen Ross und Reiter beim Namen genannt werden, wenn vorsätzlich oder grob fahrlässig beispielsweise Gammelfleisch oder andere mangelhafte Produkte und Dienstleistungen verkauft werden. Leider Gottes ist die Große Koalition im Bund noch nicht ganz in der Lage, dies gesetzlich zu regeln, und auch das, was Frau Künast vorhatte, bot hierfür keine Handhabe. Wir brauchen hierfür eine tragfähige gesetzliche Grundlage, und wenn der Bund mit dem Verbraucherinformationsgesetz tatsächlich nicht vorankommen sollte – die Chancen dafür stehen, ich sage einmal, fifty-fifty –, dann müssen wir uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, ob der Verbraucherschutz nicht über Ländergesetze oder adäquate Länderinstrumente schneller und effektiver umgesetzt werden kann.

Mit der Gründung einer unabhängigen Verbraucherkommission haben wir bundesweit, wenn man so will, Maßstäbe gesetzt, weil wir nicht nur ein Themenhopping betreiben wollen, sondern weil die Themen Verbraucherkompetenz und Stärkung des Verbrauchers auch Themen sind, die man grundlegend angehen muss, und zwar im Bereich der Verbrauchersforschung – eine Konsumentenforschung gibt es schon lange, eine Verbrauchersforschung im Bereich der Verbrauchertransparenz praktisch noch gar nicht –, und weil es uns auch gemeinsam gelingen sollte, das Thema Verbraucherschutz letztendlich auch als ein qualitätssteigerndes Element in der Wirtschaftspolitik zu sehen.

Für Unternehmen muss klar werden: Transparenz und Qualität und damit verbraucherfreundliche Angebote, Dienstleistungen, Produkte etc. sind auch ein Element einer qualitätsorientierten Wirtschaft, und in diesen Bereich muss auch der Verbraucherschutz hineinkommen. Der gesundheitliche Verbraucherschutz bleibt ein Kernthema. Zentrales Element ist eine lückenlose Kette der Qualitätssicherung, die für alle Verbraucher Sicherheit vom Acker bis auf den Teller gewährleistet.

Lieber Kollege Winkler, Sie haben vorhin die Themen Lebensmittelkontrolle und Pestizide kritisch beäugt und haben von Organisationen gesprochen, die Missstände aufdeckten, während die Landesregierung in diesem Bereich nichts tue. Ich stelle dazu nur eines fest: Ich lade Sie gern einmal zu einem Informationstag zu dieser Thematik ein.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ich möchte mitgehen!)

Dann werden Sie feststellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Landratsämtern, die draußen vor Ort Le-

bensmittelkontrollen vornehmen und sich um die Fleischhygiene kümmern, durchaus tätig sind. Baden-Württemberg ist das Land, das nach wie vor am risikoorientiertesten kontrolliert. Sie werden feststellen, dass die 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, die beim Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg in Karlsruhe arbeiten, nicht nur nicht untätig sind, sondern Tag für Tag entsprechende Kontrollen vornehmen, Proben nehmen und Laboranalysen tätigen. Nicht umsonst sind wir immerhin in drei Bereichen Referenzlabore der Europäischen Union geworden. Das wird man nicht durch Untätigkeit, sondern deshalb, weil man Leistung bringt und vorne mit dabei ist.

Meine Damen und Herren, wenn ich einmal aufreibe, welche Kontrollen die Behörden Baden-Württembergs im Laufe des letzten Jahres getätigt haben und was aufgedeckt worden ist, werden Sie feststellen, dass es im Wesentlichen die Behörden des Landes waren, die die Probleme letztendlich aufgedeckt haben. Das waren keine dritten Organisationen, zumal es diesen, wie ich mittlerweile den Eindruck habe, häufig so stark an Geld mangelt – ja, das ist so, Frau Kollegin Splett –, dass sie durch überzogene Aktionen versuchen müssen, ihren Haushalt auszugleichen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Thema der eigentlichen Agrarpolitik noch wenige Sätze. In erster Linie geht es um zwei Dinge.

Es geht erstens darum, dass wir eine flächendeckende Erhaltung unserer Kulturlandschaftsbewirtschaftung brauchen. Dem tragen wir mit Agrarumweltprogrammen, aber auch mit Ausgleichszulagen und anderen Instrumenten Rechnung.

Zum Zweiten geht es darum – das kann man jetzt beklagen, Herr Kollege Winkler, wie Sie das tun; ich nehme es nur zur Kenntnis, denn die Rahmenbedingungen sind so –, dass wir die Landwirte wieder zum Markt hinführen. Seit 1957, seit den Römischen Verträgen ist die Landwirtschaftspolitik eine vergemeinschaftete Politik. Damit ist seit damals ein Element weggefallen, nämlich der Markt. Die Produktion blieb den Landwirten; auf die Produktionsseite wurde natürlich geschaut. Jetzt gilt es, die Landwirte wieder zum Markt und in den Wettbewerb zu führen. Genau dieser Schritt in den Wettbewerb hinein bedarf der Unterstützung. Er bedarf einer Unterstützung durch Investitionsförderung, aber auch der Unterstützung durch strukturelle Veränderungen.

Wenn man dann herkommt und beispielsweise die Zuschüsse im Bereich der Flurneuordnung um Millionen kürzen will, dann trägt man genau diesen strukturellen Veränderungen nicht Rechnung. Dann sieht man nicht, dass die Landwirte in den Wettbewerb hineinmüssen und dass es dazu letztendlich auch struktureller Veränderungen bedarf. Diese wiederum bedürfen einiger Instrumente, auch der Flurneuordnung.

Meine Damen und Herren, diese Instrumente sind nicht antiquiert, sondern sie sind heute sogar notwendiger als in der Vergangenheit, denn der globale Anpassungsdruck nimmt zu. Spätestens im Jahr 2013 werden die Landwirte diesem Druck mit voller Wucht ausgesetzt sein – neben anderen Dingen wie

(Minister Peter Hauk)

z. B. dem Klimawandel, der in den nächsten Jahren natürlich ebenfalls seine Konsequenzen hat.

Konkret geht es um das Sortenspektrum im Pflanzenbau, das sich verändert, sowie um den Obst- und Weinbau mit allen dazugehörigen ökologischen und ökonomischen Fragen. Genauso ist es bei den Wäldern, die in einigen Jahrzehnten mit Sicherheit anders aussehen werden als derzeit. Aber dem kann man, liebe Damen und Herren von der Opposition, nicht begegnen, indem man Personal bei den Landesanstalten streicht. Wir brauchen genau dieses Personal, um den Herausforderungen der Zukunft unterm Strich gerecht werden zu können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Auch wenn es um neue Chancen z. B. durch Bioenergie geht: Unser Schwerpunkt bei den regenerativen Energien in der baden-württembergischen Energiepolitik liegt auf der Biomasse und der Bioenergie, nicht auf Wind- oder Solarenergie.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Da braucht man jetzt keine ideologischen Diskussionen zu führen, sondern es geht darum, fossile Energieträger durch Bioenergie zu ersetzen. Das ist das Credo.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE und Claus Schmiedel SPD)

– Entschuldigung! Die Rahmenbedingungen sind doch vorhanden. Wir haben doch im Bereich der Bioenergie einen Wahnsinnszuwachs.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie wollen zu allem beraten, bloß darüber nicht!)

– Wo leben Sie denn, Herr Kollege Schmiedel? Nehmen wir ruhig einmal den mittleren Neckarraum, wenn es um Biogas auf den Fildern, um die neue Messe und dergleichen geht. Es fehlt noch ein Stück weit die Akzeptanz gerade der städtischen Bevölkerung, in diesem Bereich noch etwas mehr zu machen.

Wir haben gemeinsam mit der Universität Hohenheim zum Biogas eigene Versuche implementiert, weil wir zwei Dinge untersuchen wollen: zum Ersten die Direkteinspeisung von Gas in das Erdgasnetz und zum Zweiten die Nutzung nicht ganz so energiereicher Pflanzen bis hin zu Mähgut aus Magerstandorten und dergleichen zur Gewinnung von Biogas.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das ist okay!)

Das ist der Bereich, den die Politik regeln kann. Die Einspeisebedingungen stehen fest. Wie die Wärme genutzt werden kann, steht auch fest. Das sind zusätzliche Instrumente. Dafür brauchen wir nichts zu tun. Im Bereich der Forschung müssen wir etwas tun, nicht in Bereichen, in denen eh schon von anderen, nämlich von der KfW oder im Rahmen des EEG vom Bund gefördert wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, zur Sicherung der natürlichen Grundlagen werden wir die Pflege- und Extensivierungsverträge im Rahmen von Natura 2000 fortentwickeln. Auch das ist, wenn man so will, ein Beitrag zur Ausweitung eines flächendeckenden und flächenhaften Naturschutzes. Wir weisen eben nicht nur Gebiete aus – ich wiederhole mich, aber das ist mir wichtig –, sondern wir bieten den Bewirtschaftern auch echte Anreize und Hilfen, weil bei uns der Vertragsnaturschutz und nicht Gesetze Vorrang haben. Ich glaube, dies ist ein richtiger Ansatz. Dies zeigt auch der Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, manche beklagen dies. Ich freue mich darüber; denn nicht umsonst haben wir so viele Natura-2000-Gebiete, FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete. Nicht umsonst ist dies so.

(Zuruf von den Grünen: Manche Kollegen sehen das anders!)

Manche beklagen dies. Ich freue mich darüber, weil wir eben ein reiches Naturerbe, ein vielfältiges Naturerbe haben, nicht nur Monokulturen und Öde, wie dies in anderen Landstrichen Deutschlands und Europas zum Teil der Fall ist. Natürlich geht es darum, dies zu bewahren, aber auch darum, es weiterzuentwickeln, und zwar mit jenen weiterzuentwickeln, die diese Flächen auch bewirtschaften. Das ist unsere Zielsetzung.

Wir verschließen uns auch nicht dort, wo es einmalige Chancen gibt, wie z. B. im Bereich Münsingen, wo wir ein Biosphärengebiet auf den Weg gebracht haben. Ich weiß nicht, wo Sie leben. Überall werden wir dafür bewundert,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja!)

wie weit wir innerhalb der letzten eineinhalb Jahre bereits gekommen sind.

(Zuruf von den Grünen: Es sind die letzten!)

Offensichtlich sieht dies nur die baden-württembergische Opposition etwas anders – aber sei's drum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gehen mit einem ehrgeizigen und anspruchsvollen Konzept in die nächste Haushaltsperiode. Ganz klar wird vieles, was in den letzten Jahren geleistet wurde und für manchen auch zur Selbstverständlichkeit geworden ist, so nicht mehr geleistet werden können. Doch vieles, was in diesen wechselvollen Zeiten auf uns zukommt, muss auch frühzeitig erkannt und zum Guten hin beeinflusst werden. Gerade jetzt, in Zeiten knappen Geldes, brauchen wir dazu allerdings auch einen breiten Konsens über das Notwendige, weil wir handlungsfähig bleiben wollen und uns auf das konzentrieren wollen, was unser Land im internationalen Standortwettbewerb weiter voranbringt.

Weil wir dabei den ländlichen Raum als starkes Rückgrat unseres Landes stabilisieren wollen, weil wir Baden-Württemberg als Ganzes in seiner Vielfalt als ein starkes, zukunftsfähiges Land weiterentwickeln wollen, stellten wir einen Haushalt auf, der genau diese Aspekte umfasst. Wir betrachten Baden-Württemberg nicht sektoral, sondern integriert. Dies gilt

(Minister Peter Hauk)

auch für die ländlichen Räume. Gerade das, meine Damen und Herren von der Opposition, müssen Sie noch etwas lernen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP  
– Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, ohne Mittagspause durchzutagen, sollten wir uns bei der Redezeit etwas begrenzen.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum.

Ich rufe auf

Kapitel 0801

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist das Kapitel 0801 mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-1, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0802 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0802 ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Hierzu liegen verschiedene Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/908-12, abstimmen. Wer diesen beiden Ziffern zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die beiden Ziffern dieses Antrags sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-2, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustim-

men möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-4, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-5, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0803 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

und hierzu die Ziffern 3 bis 7 des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/908-12. Wer den Ziffern 3 bis 7 zustimmen möchte, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0804 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0804 ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-6, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0805 abstimmen. Wer für dieses Kapitel ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0806

Vermessungswesen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-7, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0806 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 0809

Landwirtschaftsverwaltung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/908-8, vor. Wer diesem Antrag zustimmen will, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0809 – Landwirtschaftsverwaltung – abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde

Wer dem zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0812

Landwirtschaftliches Technologiezentrum Augustenberg

Wer dem zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0813

Staatliches Weinbauinstitut, Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung Freiburg

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auf, ihr Landwirte!)

– Was? Wie bitte?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ich habe die Kollegen aufgefordert!)

– Also, Herr Kollege, bitte Zurückhaltung, dann kommen wir schneller durch.

Wer dem Kapitel 0813 zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0814

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0816

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Heidelberg

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0818

Haupt- und Landgestüt Marbach

Wer möchte dem zustimmen? –

(Oh-Rufe von der CDU)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist dieses Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0819

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung und Grünlandwirtschaft Aulendorf

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? –

(Oh-Rufe von der CDU)

Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0820

Landesanstalt für Schweinezucht

(Heiterkeit – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Arme Schweine!)

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Alles Vegetarier!)

Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0822

Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Wangen im Allgäu

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Wer ist dafür? – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Ich wollte nur die Möglichkeit des Mitdenkens prüfen. Mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Hier gibt es zwei Änderungsanträge. Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/908-10, auf. Wer für diesen Antrag ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den zweiten Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Aktionsplan Biodiversität realisieren –, Drucksache 14/908-11, auf. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Kapitel 0829 – Naturschutz- und Landschaftspflege. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0833

Staatsforstbetrieb

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Mehrererlöse bei der Verwertung von Holz –, Drucksache 14/908-9, vor. Wer ist für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0833 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0834

Forstliche Bildungszentren

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/808. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit die Zweite Beratung des Einzelplans 08 abgeschlossen. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Ich rufe jetzt die **Tagesordnungspunkte 1 c, 1 d, 1 e, 2 und 3** auf:

**Punkt 1 c:**

**Einzelplan 06: Finanzministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/806**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Frank Mentrup**

**Punkt 1 d:**

**Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/812**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Groh**

**Berichterstatter für den Bereich Kommunalen Finanzausgleich: Abg. Dr. Stefan Scheffold**

**Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Klaus Dieter Reichardt**

**Punkt 1 e:**

**Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – Drucksache 14/660 – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/813**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

**Punkt 2:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2007 – Drucksache 14/661**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/816**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Scheffold**

**Punkt 3:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2006 bis 2010 – Drucksachen 14/788, 14/815**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

Die Berichterstatter wünschen das Wort nicht.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung dieser gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkte eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Groh das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Gespräche draußen zu führen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Abg. Groh, bitte.

**Abg. Manfred Groh** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Einzelplan 12 sind aufgrund der Steuerschätzung vom November 2006 jährlich brutto rund 25 Milliarden € Steuereinnahmen etatisiert, die sich zwischen 2 Millionen € Totalisatorsteuer und rund 8,5 Milliarden € Lohnsteuer bewegen. Übrigens: Das tatsächliche Lohnsteueraufkommen in Baden-Württemberg liegt bei 20 Milliarden €.

Für Mindereinnahmen durch geplante Regelungen zur Unternehmensnachfolge und zur Unternehmensteuerreform sind 20 Millionen € im Jahr 2007 und 475 Millionen € im Jahr 2008 veranschlagt. Für mögliche Ausfälle infolge Steuerrechtsänderungen sollen 439 Millionen € in eine Rücklage eingestellt werden. Hierbei bleibt jedoch noch abzuwarten, welche Auswirkungen sich aus dem neuesten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer tatsächlich ergeben.

Aus den Reinerträgen der staatlichen Wetten und Lotterien sowie Erträgen der Spielbanken sind fast 330 Millionen € jedes Jahr eingeplant, von denen jeweils mehr als die Hälfte – Sie wissen das – zweckgebunden für Sport, Kultur und Soziales verwendet werden.

Nun zum Länderfinanzausgleich und zum kommunalen Finanzausgleich: Für das Haushaltsjahr 2005 wird Baden-Württemberg die höchsten Zahlungen zu leisten haben und nimmt somit als finanzstarkes Geberland den Platz 1 ein. Wenn ich Ihnen sage, dass Baden-Württemberg seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs zu den Zahlmeistern der Nation gehört, dann rede ich von rund 58 Milliarden €, die wir seit 1950 im Umsatzsteuerausgleich und im eigentlichen Länderfinanzausgleich erbracht haben. In den Jahren 2007 und 2008 kommen weitere insgesamt 4,7 Milliarden € hinzu.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Hört, hört!)

Solange sich aber einige Empfängerländer, allen voran Berlin, ihrer finanzwirtschaftlichen Verantwortung nicht bewusst sind, sich über die Maßen verschulden und mit ihrer eklatanten Haushaltsnotlage nicht mehr aus eigener Kraft fertig werden, so lange werden auch die Zielsetzungen des Länderfinanzausgleichs nicht – auch nicht annähernd – erreicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Gundolf Fleischer CDU:  
Sehr gut!)

Neben Berlin können auch die Länder Bremen oder Rheinland-Pfalz genannt werden, die mit ihrer Schuldenpolitik den Bund und die übrigen Länder, vornehmlich natürlich die Ge-

berländer, in immer größer werdende Finanznöte bringen. Berlin mit aktuell 58,3 Milliarden € Schulden – das sind 17 150 € pro Kopf – und einer Zinslast von 2,4 Milliarden € oder auch Bremen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 19 788 € werden, ebenso wie auch Rheinland-Pfalz, einen Entlastungsbeitrag wohl nie mehr erwirtschaften können.

Ich wollte jetzt Herrn Kollegen Walter – ich sehe ihn aber nicht – sagen, dass er daran erkennen kann, wie teuer die von ihm so hoch gelobte Kunst in Berlin ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Bei diesen Gegebenheiten muss es doch verständlich sein, wenn einerseits mehr finanzielle Autonomie der Bundesländer und mehr Wettbewerb zwischen ihnen eingefordert wird, andererseits aber auch Restriktionen und Sanktionen bei weiter anhaltender Disziplin- und Verantwortungslosigkeit unabdingbar sind.

Beim kommunalen Finanzausgleich belaufen sich die Nettoleistungen des Landes auf 3,8 und 3,9 Milliarden €. Davon werden bekanntlich die Schlüsselzuweisungen von 3 und 3,1 Milliarden € in erster Linie finanziert.

Aus der Kraftfahrzeugsteuer-Verbundmasse werden rund 20 Millionen € zur Förderung von ÖPNV-Investitionen bereitgestellt. Dadurch wird der Rückgang der Regionalisierungsmittel etwas kompensiert.

Rechnet man alle Leistungen des Landes an die Kommunen zusammen, so ergeben sich rund 5,5 bzw. 5,7 Milliarden €.

Erstmals konnte im Oktober 2006 in einer Vereinbarung zwischen Land und Kommunen eine Verständigung über die Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich herbeigeführt werden. Es kann davon ausgegangen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mit dieser Vereinbarung über ihren materiellen Gehalt hinaus eine solide Vertrauensbasis zwischen Land und Kommunen geschaffen wurde, die tragfähig sein wird, um auch künftig schwierige Probleme einvernehmlich zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Das Forum hierfür wird durch die gemeinsame Finanzkommission geschaffen. Die entsprechenden Empfehlungen werden wir sodann hier im Landtag zu beraten haben. Diese Kommission, die alle bisherigen Gremien ersetzt, wird sich voraussichtlich im März dieses Jahres konstituieren.

Lassen Sie mich nun zu den Schulden und den Kreditaufnahmen kommen. Die Konsolidierung des Landeshaushalts hat oberste Priorität. Darin sind sich CDU-Regierung und CDU-Fraktion einig. Weil die Haushaltskonsolidierung etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun hat, ist sie dringend geboten und bedarf der konsequenten Fortführung bis hin zur Dauerhaftigkeit.

Stand heute haben wir 43,5 Milliarden € Schulden, die mit einem Zinsaufwand von jährlich 2 Milliarden € zu bedienen sind. Wir müssen also nachhaltige und zukunftsgerechte Maßnahmen konsequent fortführen, wollen wir das jährliche strukturelle Haushaltsdefizit tatsächlich abbauen und ab 2011 zur

(Manfred Groh)

Nullnettoneuverschuldung gelangen. Nullnettoneuverschuldung, meine Damen und Herren, heißt zwar kein weiterer Anstieg des Schuldenbergs, heißt aber noch nicht Abbau der Schulden, sondern Haushaltsausgleich ohne Kreditfinanzierung. Darüber sollten wir uns alle klar sein.

Die mittelfristige Finanzplanung weist uns den richtigen Weg, indem Kreditaufnahmen für 2009 und 2010 von nur noch 550 und 350 Millionen € eingeplant sind. Die Kreditfinanzierungsquote wird sich bereits 2007 auf 3,1 Prozentpunkte verbessern.

Dass Baden-Württemberg mit der Pro-Kopf-Verschuldung von derzeit 3 820 € auf dem drittbesten Platz rangiert, hört sich zwar gut an, ist aber in der Sache weder hilfreich, noch gibt es Anlass zur Freude. Sie ist überaus grenzwertig: 2006 mussten nämlich 9,4 % der Steuereinnahmen nur für Zinsen aufgewendet werden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung sinkt zwar die Zins-Steuer-Quote bis 2010 auf 7,5 %. Dies zeigt uns aber auch, dass es noch ein weiter Weg sein wird, bis wir zu einem vertraglichen Verhältnis kommen werden.

Zur Vermögensverwaltung möchte ich anmerken, dass es richtig und sinnvoll ist, das Immobilienvermögen des Landes von einem Konsortium auf seine wirtschaftliche Verwertbarkeit, auf seine Vermarktungs- und Entwicklungspotenziale prüfen zu lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na! – Abg. Christine Rudolf SPD: Das war ja kein Erfolg! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war eine ganz schöne Pleite!)

Das ist nicht schlecht. Mögliche Veräußerungserlöse – Sie wissen, es war von etwa 300 Millionen € die Rede – auf dem Weg zur Nullnettoneuverschuldung für Kreditrückzahlungen zu verwenden ist ebenso richtig und wichtig.

Die Landesregierung ist allerdings zwischenzeitlich – wie Sie wohl anmerken wollten, Herr Schmiedel – zu dem Schluss gekommen, dass groß angelegte Paketverkäufe mit noch längerfristig benötigten Immobilien keine wirtschaftliche Lösung darstellen. Zumindest gilt diese Feststellung für die aktuelle Marktsituation.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dass sich das Konsortium auch weiterhin auf die Analyse und gegebenenfalls Vermarktung entbehrlicher Objekte zur Bestandsbereinigung und zur Schuldentilgung konzentriert, begrüßt die CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, Sale-and-Lease-Back, also der Verkauf von Immobilien bei gleichzeitiger Rückanmietung, macht für mich im Bereich der öffentlichen Hand grundsätzlich keinen Sinn.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

– Sind wir uns da einig, Herr Schmiedel? – Das macht allenfalls dann Sinn – jetzt kommt eine Einschränkung –, wenn durch seriöse Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Beweis geliefert wird, dass der Liquiditätszufluss unter Beachtung der

künftigen Mietzahlungen zu einer nachhaltigen Vorteilhaftigkeit infolge einer Schuldenreduzierung führt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Mit anderen Worten: Geschaffenes Vermögen zum Schuldenabbau mit einer Reduzierung der Zinsbelastungen einzusetzen, halte ich wirtschaftlich durchaus für opportun.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist die richtige Differenzierung! – Zustimmung des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

– Da stimmen Sie mir durch Kopfnicken zu, wofür ich mich bedanke, Herr Metzger.

Zur Beamtenversorgung, die ja in der Vorbemerkung zum Kapitel 1210 zusammengeführt ist, möchte ich anmerken, dass die Zahl der Versorgungsempfänger jährlich um etwa 3 000 ansteigt und der Aufwand für Versorgung und Beihilfe in diesem Doppelhaushalt bei rund 3,1 Milliarden € bzw. 3,3 Milliarden € liegt. Natürlich ist das eine enorme Belastung; aber jede einzelne Stelle wurde von diesem Hause genehmigt, und 80 % davon entfallen wiederum auf die Bereiche Bildung und Polizei. Im Durchschnitt liegt die monatliche Versorgung nach meiner überschlägigen Berechnung netto, also nach Abzug der Steuern, bei monatlich etwa 2 100 €. Zu zahlen ist jedoch noch der Krankenversicherungsbeitrag.

Richtig ist, dass die Beamten – im Gegensatz zu den Angestellten – das Land auch nach ihrer aktiven Zeit noch Geld kosten. Aber ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie hätten wir den Mehraufwand – aktuell liegt der Arbeitgeberanteil bei rund 28 % – in den vergangenen Jahrzehnten finanzieren können, hätten wir nur Angestellte beschäftigt? Und hätten wir angesichts des starren Tarifrechts überhaupt Sparmaßnahmen in diesem Umfang und mit diesen Fristen wie bei den Beamten durchsetzen können?

(Abg. Werner Raab CDU: Sehr richtig, Herr Kollege!)

Bei der Beamtenversorgung wurde bewusst ein System gewählt, das von der Deckung durch Steuereinnahmen ausgeht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Bei den Renten werden zwar monatliche Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingefordert, doch bedarf es darüber hinaus noch Zuschüssen aus Steuermitteln. 2006 lagen diese Steuerzuschüsse bei rund 55 Milliarden €; das muss man sich einmal vor Augen führen. Eine Rücklage besteht auch nicht, sieht man einmal von der Nachhaltigkeitsrücklage, die gesetzlich vorgeschrieben ist, von 0,6 Milliarden € ab.

Das alles findet in der politischen Diskussion der Grünen – besonders bei Ihnen, Herr Metzger – leider kaum Beachtung. Zudem finden die magere Entlohnung und der sogenannte Eckmann-Vergleich auch keine gebührende Würdigung. Das finde ich schade, weil es nicht sachgerecht ist und zu einer Verzerrung des Gesamtbildes führt.

Deshalb kann ich Ihnen nur einen Aufsatz des Bundesverfassungsrichters Di Fabio vom 22. Oktober 2003 in der FAZ –

(Manfred Groh)

Sie werden ihn gelesen haben – zu dem Thema „Die Grundlagen der Gemeinschaft“ empfehlen. Es gibt auch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 6. März 2002, in der der sogenannte Eckmann-Vergleich aus dem Jahr 1951 mit einer siebenprozentigen Kürzung der Beamtengehälter zur Versorgungsfinanzierung angesprochen bzw. bestätigt wird.

Zum Herrn Kollegen Kretschmann – er ist leider nicht da – wollte ich auch etwas sagen. Er hat ja vorgestern gesagt, dass die Grünen andere Vorschläge zur Versorgungsfinanzierung erwarten. Daran erkenne ich, dass Sie endlich von ungerechten Leistungskürzungen wegkommen und sich dem eigentlichen Kern, nämlich der Finanzierungsproblematik, widmen wollen. Dafür schon jetzt ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ernsthaft sparen wollen und das Ziel der Nullnettoneuverschuldung 2011 erreichen wollen – daran gibt es innerhalb der CDU-Fraktion überhaupt keinen Zweifel –, dann muss aber auch die Wirtschaftlichkeit in allen Verwaltungsbereichen zwingend Platz greifen, verbessert und allumfassend beachtet werden. Wir müssen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dem übrigens Verfassungsrang zuerkannt wird, auch und gerade im Zuwendungsbereich zwischen Land und Kommunen durch Anpassung der Richtlinien und Verwaltungsvorschriften, z. B. für alternative Finanzierungsformen, mehr Geltung verschaffen. Denn von einer wirtschaftlichen Lösung, meine Damen und Herren, die sämtliche Aufwendungen im Lebenszyklus einer Maßnahme berücksichtigt, profitieren wir alle: Bund, Land und Kommunen.

Ich halte auch ein Umdenken im gesamten Immobilienbereich für dringend geboten. Es muss nicht immer für die Ewigkeit gebaut werden, z. B. im Hochschulbereich, wenn es um technische Zweckbauten geht. Es muss nicht immer der Eigenbau sein, wenn eine Anmietung möglich ist, die zeitlich befristete Aufgabenerfüllung garantiert und ein späteres Verwertungsrisiko vermeidet. Es können aber auch Gebäude verkauft werden und mit dem Erlös neue Gebäude gebaut werden, wenn dadurch die personellen und betrieblichen Ressourcen zu strukturellen Verbesserungen führen.

Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist von einer zeitgerechten Denkweise geprägt, weil er von der bisherigen Praxis abgeht, das strukturelle Defizit zwischen ordentlichen Einnahmen und notwendigen Ausgaben durch eine alljährliche Nettokreditaufnahme mit dem Ergebnis ständig steigender Schulden auszugleichen. Er ebnet den Weg zu ersten strukturellen Einsparmaßnahmen wie z. B. Kreditreduzierung und damit verbundener Zinsentlastung. Aber auch eine weitere strukturelle Einsparmaßnahme möchte ich nennen: die Kürzungen bei der Beamtenbesoldung und bei der Beamtenversorgung.

Erlauben Sie mir ganz zum Schluss noch den Hinweis auf Artikel 2 des Entwurfs des Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem bekanntlich § 18 der Landeshaushaltsordnung geändert und ein Kreditaufnahmeverbot installiert werden soll. Dem liegt bereits die Absicht zugrunde, die Landesverfassung mit Wirkung ab 2011 entsprechend zu ändern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU:  
Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Schmid das Wort.

**Abg. Dr. Nils Schmid SPD:** Herr Präsident, meine wenigen Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist ein schwer verdauliches Menü aus gebratenen Tauben und faulen Kartoffeln. Dank der Mehrwertsteuererhöhung und der anziehenden Konjunktur muss sich die Landesregierung wie im Schlaraffenland fühlen, wo ihr ohne eigenes Zutun gebratene Tauben in den Mund fliegen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wie bitte? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben Sie nicht gemerkt, was wir mit dem Geld machen?)

Dort, wo die Landesregierung selbst verantwortlich für das Einfahren der Ernte ist, präsentiert sie uns aber überwiegend faule Kartoffeln, weil sie den Zeitpunkt verpasst hat, rechtzeitig tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die Sozialdemokraten waren totale Umfaller, was die Mehrwertsteuererhöhung angeht!)

Kommen wir zu den gebratenen Tauben. Sie haben nach der vorliegenden Haushaltsplanung die Absenkung der Neuverschuldung zu einem großen Teil durch Steuerrechtsänderungen des Bundes finanziert: im Jahr 2007 600 Millionen € und im Jahr 2009 dann – sozusagen im Endausbau der Steuerrechtsänderung – 750 Millionen €. Sie haben konjunkturell bedingte Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde €. All dies beruht nicht etwa auf einer eigenen Leistung der Landesregierung, sondern sie hat sich bei den entscheidenden Abstimmungen im Bundesrat enthalten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr zu Recht! Wir haben uns an unsere Wahlversprechen gehalten!)

Die CDU hat sich gerade noch in die Küche gewagt. Die FDP ist gleich draußen geblieben, weil es ihr in der Küche zu heiß war.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Geflüchtet!)

Aber, meine Damen und Herren, Politik ist eben kein Schlaraffenland. Tauben müssen in der Küche gebraten werden, und Sie waren nicht dabei.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sind vergiftete Tauben! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Sie haben also einen wesentlichen Beitrag nicht durch eigene Anstrengung erbracht, sondern das ist Ihnen geschenkt worden.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die Illusion eines Paradieses!)

Außerdem ist auch bei diesem Haushaltsentwurf wieder wenig an Nachhaltigkeit zu verspüren. Wir haben allein durch das niedrige Zinsniveau 360 Millionen € Einsparungen, was sich natürlich in den kommenden Jahren leicht wieder ändern

*(Dr. Nils Schmid)*

kann. Die Sonderausschüttung der L-Bank erbringt 206 Millionen €, die Entnahme aus dem Grundstock durch Immobilienverkäufe 130 Millionen €. Dann kommt noch der Forstgrundstock dazu, und die Finanzierungsraten der Baufinanz werden um 80 Millionen € gestreckt. Das zeigt: Der Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 zehrt von der Substanz und ist nicht wirklich nachhaltig. Die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen sind etwa zu zwei Dritteln auf das Anwachsen der Gewinnsteuer zurückzuführen. Das heißt, Sie können nicht dauerhaft mit diesem Niveau rechnen.

Das Ziel der Nullverschuldung hatte die Landesregierung schon einmal im Auge. In den Achtzigerjahren hat Herr Späth das verkündet, in den Neunzigerjahren Herr Teufel. Jetzt ist es wieder verkündet worden. Immer wieder ist die Landesregierung in die gleiche Wahrnehmungsfalle getappt. In Zeiten besserer Konjunktur hat man sich stark gefühlt und das Ziel wortreich proklamiert. Aber dann, wenn die konjunkturelle Delle kam, ist man wieder auf die strukturellen Mängel des Landeshaushalts zurückgeworfen worden. Dies droht uns auch jetzt wieder einmal. Man kann optimistisch davon ausgehen, dass die Konjunktur noch eine Weile anhält. Aber für die gesamte Legislaturperiode kann man sich nicht darauf verlassen. Deshalb droht uns dasselbe wie beim letzten Aufschwung Ende der Neunzigerjahre, wo man auch nur die Mehreinnahmen einkassiert hat, damit die Neuverschuldung etwas absenken konnte und in der eigenen Wahrnehmung auf dem besten Weg zur Nettonull war. Aber als dann die Konjunktur gekippt ist, hatte man nicht genügend eigene Kraft, um auf dem Weg zur Nettonull entschieden voranzukommen.

Neben den gebratenen Tauben gibt es die nicht eingefahrene Ernte, Ihre verpassten Chancen in dem Bereich, in dem Sie selbst hätten tätig werden können. Die größte Herausforderung ist sicher der Personalkostenblock, der diese berühmten 40 % bzw. bei Einbeziehung von indirekten Zuschüssen an die 50 % des Landeshaushalts ausmacht. Da haben Sie einen Schritt getan, indem Sie bei den Sonderzahlungen der Beamten Einschnitte vorgenommen haben. Die tragen wir im Ergebnis mit. Wir hätten uns eine sozial verträglichere Spreizung des Weihnachtsgelds gewünscht, welche die gleiche Einsparsumme gebracht, aber die unteren Gehaltsgruppen etwas verschont hätte.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sie haben aber auch keine höhere Einsparung vorgeschlagen! – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wir tragen das ausdrücklich mit. Wir gehen noch darüber hinaus, indem wir sagen, dass die Tarifanpassung in Form einer Einmalzahlung für Pensionäre für das Jahr 2007 in Anlehnung an die Nullrunden bei der gesetzlichen Rente verzichtbar ist.

Wir haben weiterhin Vorschläge zur Anpassung der Beihilfe vorgestellt. Wir können uns vorstellen, dass die erstattungsfähigen Arzthonorare bei der Beihilfe auf den Regelsatz der gesetzlichen Krankenkassen abgesenkt werden können. Sie wissen, die Abrechnungssätze für Privatpatienten sind höher als die für die Patienten der gesetzlichen Krankenkassen, weil die Ärzte in der Regel den 2,3-fachen Satz der Gebührenordnung berechnen. In begründeten Fällen, was schnell geschehen kann, berechnen sie auch mehr. Dem Regelsatz der gesetzlichen Krankenkasse würde ein etwa 1,7-facher Abrechnungssatz bei den Privatpatienten entsprechen. Wenn wir also hier

eine Veränderung vornehmen – das sollte aus unserer Sicht bundeseinheitlich über eine Änderung der Bundesgebührenverordnung vorgenommen werden –, dann könnten wir dort erhebliche Summen einsparen. Man geht von etwa 15 bis 20 % der Beihilfekosten des Landes aus. Das wäre also ein jährliches Einsparpotenzial von 120 bis 160 Millionen €.

Wir sind der Meinung, man sollte das im Bund gemeinsam angehen. Wir haben bisher bis auf wenige Ausnahmen, was das Thema „Pauschale Einbehalte“ etc. angeht, ein weitgehend bundesweit einheitliches Beihilferecht. Hier wäre sicher ein Punkt, an den man ansetzen könnte, ohne dass auf dem Rücken der Beamten gespart würde, weil die Differenz die Marge der Ärzte schmälern würde. Das wäre also auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ein guter Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beim Thema Beamtenpensionen – der Kollege Groh hat es ausführlich angesprochen – die Ansage aus der Regierungserklärung, zu prüfen, wie ein Pensionsrücklagenfonds eingerichtet werden kann, nicht wahrgemacht. Andere Bundesländer – nicht nur seit Langem Rheinland-Pfalz, sondern in seinem Gefolge auch Sachsen und Nordrhein-Westfalen – und inzwischen auch der Bund gehen dazu über, für die neu eingestellten Beamten Vorsorge zu treffen. Das ist deshalb sinnvoll, weil dann sozusagen Waffengleichheit bei der Berechnung der tatsächlichen Kosten von Angestellten und Beamten hergestellt würde. Das würde dann zumindest für die neu eingestellten Beamten sicherstellen, dass spätere Pensionszahlungen nicht den zukünftigen Generationen angelastet würden, sondern der Generation, die auch von den jeweiligen aktiven Beamten profitiert.

Wir haben ja schon in der Generalaussprache über eine besonders faule Kartoffel im Personalbereich diskutiert. Das ist der Umgang mit den Lehrerstellen. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir einen, wie ich meine, realistischen und ehrlichen Vorschlag gemacht haben, nämlich den Vorschlag, das Eingangsgehalt für Neulehrer befristet abzusenken. Damit hätten wir es geschafft, die jetzt eingesparten bzw. weggesparten Lehrerstellen im Doppelhaushalt zu verankern. Das würde 800 Lehrer mehr an den Schulen, eine bessere Unterrichtsversorgung, aber auch bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen für die dort tätigen Lehrerinnen und Lehrer bedeuten.

Wir haben uns im Finanzausschuss ja ausführlich mit den Alternativen auseinandergesetzt. Die eine Alternative war – sie beruht darauf, dass die CDU gesagt hat, es sei eine Statistik neu herausgekommen –, dass wir nicht mehr so viele Lehrer brauchen. Wenn man sich in den Schulen umschaute, erscheint das als nicht sehr realistisch. Die andere Alternative war der sogenannte Bildungspakt von den Grünen, der im Kern einen Verschuldungspakt darstellt. Er würde allein in diesem Doppelhaushalt 500 Millionen € neue Schulden bedeuten, und zwar ausgelagert in einem Fonds. Das ist auch nur der Anfang; der Kapitalstock soll ja über die Legislaturperiode hinweg aufgebaut werden. Das wäre erstens ein Schattenhaushalt, wie wir ihn beim Landesstraßenbau gemeinsam massiv kritisiert haben, weil er eben nicht in der offiziellen Verschuldung des Landes auftaucht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das Geld steht doch im Haushalt! Wo ist da der Schatten?)

(Dr. Nils Schmid)

Zweitens würden Sie neue Schulden machen. Sie nähmen zu-  
lasten des Landes mehr Schulden auf, als bisher geplant ist.  
Diese zusätzlich aufgenommenen Schulden müssten Sie erst  
einmal abbauen, bevor Sie dann irgendwann in der neuen Le-  
gislaturperiode dank zurückgehender Lehrerstellen die schon  
bisher aufgelaufenen Altschulden des Landes tilgen könnten.  
Das heißt, Sie verschöben die Chance, bei zurückgehender  
Zahl der Personalstellen auch im Lehrerbereich in der nächs-  
ten Legislaturperiode die Altschulden des Landes abzubauen,  
weil Sie erst einmal Ihre eigenen grünen Neuschulden tilgen  
müssten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Ulrich Müller  
CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zu-  
ruf von der CDU: Richtig!)

Das ist also ein finanzpolitisches Konzept, das nicht aufgehen  
kann. Es ist verfassungsrechtlich bedenklich, weil es ein rei-  
ner Schuldenfonds zur Finanzierung von Personalausgaben  
und nicht von Investitionsausgaben nach der Begrifflichkeit  
des Haushaltsrechts ist.

(Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Allerdings ist vorgesehen, dass Schulden nur in Höhe der In-  
vestitionsausgaben getätigt werden dürfen. Das heißt, Sie wol-  
len einen Schuldenfonds aufmachen, dem keine Investitions-  
ausgaben, sondern nur Personalausgaben gegenüberstehen.  
Das ist mit der Verfassungsgrenze für Staatskredite nicht ver-  
einbar. Das ist aber nur eine Nebenbemerkung.

Es bleibt dabei: Wir unterscheiden nicht zwischen guten und  
schlechten Schulden, sondern wir wollen nicht mehr Schul-  
den.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
Sehr gut!)

Damit ist der Verschuldungspakt der Grünen der haushaltspo-  
litische Sündenfall zu Beginn der Legislaturperiode. Nach der  
Kasteiung durch die Lehrerverbände ist die SPD dagegen mit  
ihrem ehrlichen Vorschlag zur besseren Unterrichtsversorgung  
im Zustand der Unschuld.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber nur,  
wenn man nicht rechnen kann! – Abg. Oswald Metz-  
ger GRÜNE: Autosuggestion!)

Zu den verpassten Chancen gehört auch, dass die Landesre-  
gierung dort, wo Milch und Honig fließen, nicht ein bisschen  
mehr abschöpft. Damit spreche ich die sehr erfreuliche Ge-  
winnentwicklung bei der LBBW an.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Sie wissen, dass wir zurzeit eine jährliche Ausschüttung von  
27 Millionen € an das Land haben. Das ist, wenn man das auf  
das eingesetzte Kapital umrechnet, eine Kapitalrendite von  
gerade einmal 0,7 %. Wir wissen, dass die Eigenkapitaldecke  
der LBBW für ihre Zukunft sehr wichtig ist, können uns aber  
vorstellen, dass man in zwei Stufen etwas mehr an Zuflüssen  
in den Landeshaushalt erreichen kann, gemeinsam mit den an-  
deren Anteilseignern abgesprochen. Dabei ist zu berücksich-  
tigen, dass die LBBW ab dem Jahr 2008 dank der Steuerre-

form bei einfacher überschlägiger Betrachtung bei angenom-  
mener Vollversteuerung etwa 80 Millionen € zusätzlich an Ge-  
winn zu erwarten hat. Zumindest diese Summe sollte auch in  
Zukunft im öffentlichen Bereich verbleiben – wenn nicht über  
Steuern, dann eben über eine höhere Ausschüttung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir sind außerdem dort, wo – jedenfalls bei den Reichen –  
Milch und Honig fließen, zu wenig zupackend. Das betrifft  
den Bereich der Steuerverwaltung. Die Steuerverwaltung ist  
seit zehn Jahren von einem Stellenabbauprozess geplagt, der  
nach dem geplanten Haushaltsgesetz ungehindert weiterlau-  
fen soll. Wir freuen uns zwar, dass im Bereich der Stellenhe-  
bungen etwas geschehen konnte, aber in den Finanzämtern  
des Landes bleibt die Situation völlig unbefriedigend. Das ist  
fiskalisch gefährlich, weil uns nach Berechnungen des Lan-  
desrechnungshofs dreistellige Millionensummen entgehen.  
Das ist auch zutiefst ungerecht, weil der Ehrliche der Dumme  
ist, wenn zu wenige Prüfungen stattfinden. Deswegen bean-  
tragen wir, den Stellenabbau in der Steuerverwaltung zu stop-  
pen.

(Beifall bei der SPD)

Bei NSI ist die Milch schon verschüttet: Das Geld ist weg.  
Man weiß nicht so recht wofür.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es gibt aber immer noch die Abwicklung von NSI im Einzel-  
plan 12. Wir beantragen, die Mittel hierfür auf das unbedingt  
erforderliche Maß zu reduzieren. Wir wissen, dass noch der  
Altkredit getilgt werden muss, der zur Finanzierung der Ein-  
führung von NSI herangezogen worden ist. Wir sind aber der  
Auffassung, dass man NSI, was die Kosten anbelangt, auf das  
unbedingt erforderliche Maß reduzieren sollte.

Wo die Milch auch schon verschüttet ist, wo aber auch viel  
Milch und Honig gebunkert sind, das ist bei der Landesstif-  
tung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stiftung Moser!)

Wir halten dieses Konstrukt nach wie vor für falsch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ach, jetzt doch  
wieder!)

Wir hätten gern Herrn Moser, unseren lieben Freund und Ex-  
kollegen, als Liquidator dieser Stiftung. Ich glaube, das wür-  
de er genauso souverän machen wie das eigentliche Stiftungs-  
geschäft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Heide-  
rose Berroth FDP/DVP: Das sind ja wechselnde Be-  
wertungen!)

Wir verzichten bei diesen Haushaltsberatungen auf die For-  
derung, die Landesstiftung haushaltspolitisch einzustellen,  
weil wir meinen, es sollte vonseiten des Finanzministeriums  
intensiv geprüft werden – dazu ist großer steuerlicher Sach-  
verstand erforderlich –, ob nicht nach § 60 der Abgabenord-  
nung eine steuerfreie Auflösung nach Ablauf der Zehnjahres-  
frist möglich ist. Das wäre der Königsweg. Dann wäre es na-

(Dr. Nils Schmid)

türlich nicht sinnvoll, die Landesstiftung jetzt mit Steuernachzahlungen aufzulösen. Aber es bleibt dabei: Wir fühlen uns durch die Landesstiftung entmachtet. Sie gehört aufgelöst.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur Nettonullverschuldung. Für uns Sozialdemokraten ist das kein Selbstzweck. Wir wollen sie nicht als Monstranz für politische Weihefeiern vor uns hertragen. Nein, sie ist notwendig, um die steigende Zinslast einzudämmen – ein Mittel, kein Selbstzweck –, und sie ist vor allem notwendig, um das Land in die Lage zu versetzen, auch in Zukunft wichtige Aufgaben wie Bildung und innere Sicherheit zu finanzieren.

Deshalb ist auch der Zeitpunkt – 2011 oder 2010 – nicht ganz so wichtig. Das Entscheidende ist, dass das strukturelle Defizit beseitigt wird. Ich habe darauf hingewiesen, wie das in der Vergangenheit lief: dass nicht Sonderfaktoren die Ausgeglichenheit des Haushalts gewährleisten, sondern dass sie im regelmäßigen Arbeiten erreicht wird.

Wir brauchen auch in Zukunft einen starken und leistungsfähigen Staat dort, wo die Bürgerinnen und Bürger ihn erwarten. Im Land gilt das nun einmal im Wesentlichen bei Bildung, Betreuung, Justiz und innerer Sicherheit sowie bei der Infrastruktur. So ist unser Haushaltskonzept auch aufgebaut. Einen schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten. Wir Sozialdemokraten wollen den starken, effizienten Staat für alle.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou  
SPD: Sehr gut!)

Der Weg zur Nullnettoneuverschuldung soll jetzt durch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung beschränkt werden. Wir tragen diese Änderung mit, weisen aber darauf hin, dass das vor allem eine deklaratorische Wirkung hat.

Wir haben schon jetzt das Gebot, dass öffentliche Haushalte regelmäßig ohne Kreditaufnahme auskommen müssen. Das ergibt sich zum einen aus Artikel 109 des Grundgesetzes und zum anderen aus den entsprechenden Bestimmungen des Haushaltsgrundsatzgesetzes. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat dazu im 79. Band entsprechende Ausführungen gemacht, wonach der Staat regelmäßig ohne Kreditaufnahme auskommen habe. Beide von mir zitierten Gesetze sind ranghöher als die Landeshaushaltsordnung. Insofern ist diese Änderung rein deklaratorisch; aber wir bekräftigen unseren Willen zur Nullnettoneuverschuldung, indem wir sie mittragen.

Wir hätten uns aber vorstellen können, dass man auf dem Weg zur Nullverschuldung über eine engere Fassung des Investitionsbegriffs die Staatsverschuldung noch stärker an die Kandare nehmen könnte. Denn der Landesrechnungshof hat gerade in seiner aktuellen Denkschrift darauf hingewiesen, dass der Investitionsbegriff mit Doppelberechnungen und anderen Lücken nicht dazu angetan ist, stabile Haushaltspolitik zu gewährleisten. Eine engere Fassung des Investitionsbegriffs wäre sicher besser gewesen. Aber wir wollen gemeinsam hoffen, dass Sie sich auch diese Anregung des Rechnungshofs zu Herzen nehmen.

Deshalb kann ich sagen: Wir stehen mit unserem Haushaltskonzept – mit ehrlichen Konzepten auch im schwierigen Personalbereich – dazu, ohne Verschuldung in die Zukunft gehen zu wollen. Gleichzeitig brauchen wir einen starken Staat für die Bürgerinnen und Bürger und für die Gerechtigkeit in diesem Land.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Metzger das Wort.

**Abg. Oswald Metzger GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines fällt in diesem Haus natürlich auf: Wenn Financer reden, dann ist es ruhig, dann argumentiert man, dann hört man zu. Klimatisch war es auch im Ausschuss deutlich besser, obwohl ich natürlich auch bei Ihnen, Herr Schmid, trotz Ihres ruhigen Tons gemerkt habe, dass Sie ein neues Faible entdeckt haben: dass man offensichtlich innerhalb der Opposition gegeneinander diskutiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da machen Sie eine gute Vorlage! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Auf der rechten Seite sitzen diejenigen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ich nehme Sie jetzt auf dem Weg mit, zunächst eine Attacke zu reiten.

Wir in Baden-Württemberg, einem reichen Bundesland, haben in der Ausgangssituation eine hohe explizite Verschuldung. Vielfach – so auch in Ihrer Rede, Herr Groh – wurde zu Recht auch die Zinslast beschrieben. Aber die implizite Verschuldung wird in der offiziellen Wahrnehmung immer unterschlagen. Sie wissen: Bis 2011, sofern dann wirklich die Nettonull im Entwurf des übernächsten Doppelhaushalts steht, werden die expliziten Schulden weiter auf etwa 44 bis 45 Milliarden € angewachsen sein. Wenn man beispielsweise den Barwert der Pensionslast berechnen würde, käme man auf einen impliziten Betrag von 80 bis 90 Milliarden €. Das wäre eine korrekte Betrachtung der Lasten, die unser Land in Zukunft schultern muss.

Wenn man diese Lasten betrachtet und auf den Doppelhaushalt herunterbricht und gerade das wichtige Landesthema Bildung berücksichtigt, und wenn man gleichzeitig feststellt, dass, wie der Finanzminister in seiner Etatrede im Dezember 2006 sagte, die Ausgaben im Bildungsbereich um über 5 % wachsen, dann sieht man, dass von den 5 % Wachstum über 200 Millionen € bei Schulen und Hochschulen allein für Versorgungsausgaben der nicht mehr im Schul- und Hochschulunterricht befindlichen Mitarbeiter ausgegeben werden. Das zeigt, wie brutal die Last der Vergangenheit ist, für die Generationen von Politikern nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern Verantwortung tragen. Wir haben nie Vorsorge für die Beamtenversorgung getroffen. Bei uns im Land ist dies aber klar zu adressieren: Das geht in Richtung Schwarz. Wir sind das Bundesland mit den ältesten Beamten, mit dem höchsten Beamtenanteil unter allen westlichen Bundesländern in Deutschland. Für diese Last haben Sie keine Vorsorge getroffen.

Wenn Sie jetzt den Eindruck erwecken, mit den Einschnitten bei der Sonderzahlung in Höhe von 123 Millionen € würden

(Oswald Metzger)

Sie einen nachhaltigen Deckungsbeitrag leisten, dann täuschen Sie sich völlig. Ich habe soeben die Zahl aus dem Bildungs- und Hochschulbereich genannt: Um 200 Millionen € sind allein dort die Ausgaben in diesem Jahr und im nächsten Jahr aufgrund der steigenden Versorgungslasten gestiegen. Das zeigt: Sie bremsen den Anstieg nicht ab. Wenn Sie die Antwort des Finanzministeriums vom Januar 2007 auf einen Antrag unserer Fraktion lesen, dann werden Sie feststellen: Trotz der eingeleiteten Maßnahmen steigt der Anteil der Steuereinnahmen, der für die Versorgungsausgaben aufzuwenden ist, deutlich an, nämlich bis zum Jahr 2020 auf gut 16 %. Das heißt: Trotz der Sparmaßnahme, bei der Sie jetzt die Ansage machen „Jetzt ist Schluss mit Einschnitten im Berufsbeamtentum“,

(Abg. Joachim Kößler CDU: Richtig!)

steigen die Ausgaben in diesem Bereich weiterhin an. Sie werden sich noch wundern.

Ein anderer Erhöhungskanal ist ja seit gestern wieder deutlich geöffnet, nachdem die EZB deutlich gemacht hat, dass bei der nächsten Sitzung eine Zinserhöhung kommen wird. Trichet deutet schon an, dass aufgrund der Tarifbewegungen noch eine zweite Zinserhöhung in diesem Jahr kommen wird. Damit gibt es einen Anstieg des Zinssatzes auf die gesamte Schuldenlast um einen halben Prozentpunkt. Geht man mittelfristig davon aus, dass die Inflationsgefahren durch die veränderte konjunkturelle Entwicklung eher größer werden, dann entsteht bei den Zinsausgaben ein Druck

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Inflation mindert ja auch wieder!)

in einer Größenordnung von 200 bis 250 Millionen €. Das sind Punkte, die man offen ansprechen muss. Jeder von Ihnen, gerade die CDU-Abgeordneten, die ja fast ausnahmslos die Wahlkreise im Land direkt gewonnen haben, weiß, wie marode die Infrastruktur vor Ort ist, wie es um den Substanzverzehr bei Straßen, bei der Schieneninfrastruktur, bei Hochschulen und bei kommunalen Einrichtungen bestellt ist.

Der Rechnungshof hat uns doch aufgezeigt, dass wir allein im Hochschulbereich einen Sanierungsaufwand von 3 Milliarden € haben. Diese Lasten sind überhaupt nicht abgedeckt. Wir verkaufen zurzeit Immobilienvermögen, Herr Finanzminister, dessen Erlöse wir nicht zur Substanzerhaltung des Bestands einsetzen, sondern um die Nettonull zu erreichen. Ich meine, eine nachhaltige Konsolidierungsstrategie müsste anders aussehen.

Wenn ich mir diese Ausgangssituation anschau, bin ich der Meinung, dass wir als Grünen-Fraktion hier saugut aufgestellt sind. Denn wir haben seit Jahren hier im Landtag für eine nachhaltige Finanzpolitik den Finger in die Wunde gelegt. Die Fraktion hat hier eine gute Tradition. Ich sehe, dass die SPD hier mit manchen Anträgen andockt, Herr Schmid. Wir sehen das sehr differenziert, dass Sie durchaus Maßnahmen für eine sozialdemokratische Opposition machen und zur Finanzierung beispielsweise Einschnitte bei der Besoldung

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

oder – was Sie heute am Rednerpult angesprochen haben – bei der Beihilfe durch die Gebührensatzänderung vorschla-

gen. Diese Vorschläge sind zumindest überlegenswert, um dort Kosten zu sparen; das ist gut so.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Kollege, das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie gerade sagen!)

Aber wir haben hier eine Tradition als Nachhaltigkeitspartei, die sich sehen lassen kann,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt zurück zur Wahrheit!)

weil wir die zwei Bereiche „intelligent investieren“ und „strukturell sparen“ zusammenbinden. Wir haben als Grüne gesagt: Wir können angesichts der Versorgungslasten der Berufsbeamtinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. Beamte haben ja ihre Dienstzeiten hinter sich, wenn sie versorgt werden. Sie sollen im Kernbestand auch langfristig Planungssicherheit haben, dass wir das leisten können. Aus diesem Grund sagen wir: Diese Planungssicherheit kriegt ihr mit unseren Einsparungsvorschlägen. Denn wenn die Sonderzahlungen wegfallen und wir bei der Beihilfe etwas machen, dann ist dieses Land auch im Jahr 2030 in der Lage, die dann doppelt so hohe Versorgungsempfängerzahl zu finanzieren, weil der Anteil der dafür notwendigen Steuereinnahmen bei rund 13 % konstant bleibt. Das ist unsere Rechnung.

Übrigens: Wenn man unseren Vorschlägen zur Beamtenbesoldung und -versorgung und zur Beihilfe folgen würde, dann könnten im Jahr 2007 und im Jahr 2008 jeweils 250 Millionen € eingespart werden. Die frei werdenden Mittel haben wir nicht durch andere Anträge unserer Fraktion verplant, sondern diese würden in der Tat die Nettokreditaufnahme reduzieren.

So viel übrigens zum Thema Ehrlichkeit, Herr Schmid. Wir würden damit sogar faktisch – wenn Sie jetzt meinen, man erhöhe die Verschuldung über einen Schattenhaushalt beim Bildungspakt; ich komme noch dazu – die Ausgaben im Bildungs- und Hochschulbereich durch die Einsparungen in einem anderen wichtigen Ausgabensegment kompensatorisch abdecken. Das ist nachhaltige Politik. Das ist grüne Politik in Baden-Württemberg. Darauf bin ich als Haushalts- und Finanzsprecher der Grünen stolz.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Punkt: Bildung, Bildung, Bildung. Das ist das Potenzial, das ein Land wie Baden-Württemberg braucht. Wir sind im nationalen Maßstab nicht schlecht aufgestellt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir sind sehr gut aufgestellt! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber international sind wir

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Auch nicht schlecht!)

auf jeden Fall Mittelmaß, nicht spitze.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Na ja! Kommt darauf an!)

(Oswald Metzger)

Ihnen fällt es ja schon schwer, einmal nicht das Wort „spitze“ zu verwenden. Bei der CDU ist ja immer alles spitze, weil Sie regieren.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Stefan Scheffold: Aber man muss die Tatsachen nehmen, wie sie sind! – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Ihre Rede ist befriedigend!)

Tatsache ist auf jeden Fall – das hat die Bertelsmann-Stiftung festgestellt; das konnten Sie am Montag dieser Woche im „Focus“ nachlesen –:

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch Unsinn!)

Baden-Württemberg als reiches Land gibt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt,

(Abg. Winfried Mack CDU: Diese Rechnung war grober Unsinn!)

weniger für Bildung aus als der bundesweite Durchschnitt; übrigens auch Bayern.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Uns kommt es auf den Output an und nicht auf den Input!)

Die Bertelsmann-Stiftung steht nicht uns nahe – das wissen Sie auch –, sondern die Familie Mohn ist eher im konservativen Lager angesiedelt. Um das einmal deutlich zu sagen: unterdurchschnittliche Bildungsausgaben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Welches Ergebnis erzielen wir damit?)

Sämtliche skandinavischen Länder, die heute im internationalen Vergleich nicht nur bildungsmäßig gut abschneiden, sondern übrigens auch in ihren wirtschaftlichen Parametern gut abschneiden – ob Schweden, Finnland oder Norwegen –, haben Anfang der Neunzigerjahre ihre Bildungssysteme umgekrempelt, haben damals Geld in die Hand genommen. Bildungsinvestitionen haben einen Vorlauf.

(Abg. Winfried Mack CDU: Auch wir haben in den letzten Jahren Bildungsinvestitionen gemacht! Das haben Sie nicht mitbekommen!)

Das geht nicht so, dass man einmal ein Jahr lang Geld hineinpumpt und dann innerhalb der nächsten drei, vier Jahre den Benefit bekommt. Wenn dieses reiche Land Baden-Württemberg im nächsten Jahrzehnt Wertschöpfung erzielen will, dann tritt es in Konkurrenz zu den Ländern, die mein Fraktionsvorsitzender schon erwähnt hat, nämlich zu den Ländern im asiatischen Raum, wo bei Bildung richtig geklotzt wird.

Herr Kleinmann, der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, ist gerade nicht da. Aus den Reihen des Wissenschaftsausschusses waren eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen in Indien: Schauen Sie einmal, was für eine Explosion der Investitionen in Bildung in den letzten zehn Jahren dort stattgefunden hat. Indien hat jetzt 10 Millionen Studierende. Diese klugen Köpfe konkurrieren mit den Ingenieurinnen und Ingenieuren, mit den Geisteswissenschaftlern von

Baden-Württemberg. Wenn wir hier nicht Geld in die Hand nehmen, und zwar in den nächsten paar Jahren, dann werden wir in die Röhre gucken.

(Beifall bei den Grünen)

Der jetzige Konjunkturboom in Baden-Württemberg hat eine interessante Wirkung. Er läuft nämlich in dem traditionellen Maschinenbausektor mit gut qualifizierten Facharbeitern. Das sind sozusagen noch die Benefits aus der Vergangenheit. Aber bei den Hochtechnologien der Zukunft, wo der Kampf um die Köpfe stattfindet, entscheidet sich das jetzt an der Bildungsfrente. Deshalb werden wir hier Geld in die Hand nehmen müssen.

Ich prophezeie Ihnen – egal wie Sie als Sozialdemokraten und Sie als verantwortliche Regierungsfractionen das sehen –: Sie werden unseren Vorschlag beim Bildungspakt aufgreifen. Es ist eine historische Chance, jetzt für Bildung Geld in die Hand zu nehmen, die daraus resultiert, dass wir an vielen Schulen ein sehr altes Kollegium haben. Viele Lehrerinnen und Lehrer der in den Sechziger- und Siebzigerjahren eingestellten starken Kohorten gehen jetzt in den Ruhestand. Gleichzeitig haben wir zurückgehende Schülerzahlen. Das ist eine Parallelität der Ereignisse, die für einen Finanzpolitiker eine Einladung für eine intelligente Lösung ist, nämlich jetzt in der Übergangsphase Stellen zu schaffen und ab 2010, 2011, 2012 sukzessive, wie es selbst der zuständige Kultusminister macht, abzuspecken

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir haben seit dem Jahr 2000 35 000 neue Lehrer eingestellt!)

und den Aufwuchs jetzt dadurch zu finanzieren, dass wir wegen der zurückgehenden Schülerzahlen im nächsten Jahrzehnt 8 000 Lehrerstellen im Saldo weniger haben. Wir müssen aber jetzt Geld zur Verfügung stellen und in die Köpfe investieren. Die Studierendenlawine ist keine Bedrohung. Vielmehr ist es eigentlich eine Gnade für ein Land, wenn man Köpfe hat, die studieren wollen, die nach Bildung gieren. Das ist der Reiz des asiatischen Raumes, der von uns Europäern beneidet wird, weil die jungen Leute dort gierig sind auf Ausbildung. Denn was man im Kopf hat, kann einem niemand nehmen. Das ist individuelles und auch volkswirtschaftliches Kapital. Mit dem von uns beantragten Bildungspakt wäre es möglich, diesen Schritt zu gehen.

Von wegen Schattenhaushalt, Herr Schmid. Wenn Sie Erbsenzählerei in der Bildungspolitik praktizieren wollen und wenn Sie – Herr Mentrup, Sie waren gestern in der Tonlage noch wesentlich schärfer – davon reden, dass 2 800 Stellen dem Unterricht entzogen werden, dann sage ich Ihnen: Wenn man einmal nachrechnet, was Sie auf Ihrer Webseite eingestellt haben, dann merkt man, dass Sie der Regierung nur vorwerfen können, dass rund 1 000 Stellen dem Unterricht entzogen werden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das wollen Sie durch Absenkung der Eingangsbesoldung finanzieren. Das reicht aber nur für 800 Stellen. Für 2 000 Stellen liefern Sie keine Finanzierung. Das ist unehrlich. Das ist falsch.

(Oswald Metzger)

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

– Ich kann es Ihnen vortragen.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Die werden doch in Projekte umgesetzt! Die gegenwärtigen Projekte taugen zum Teil nichts!)

– Herr Mentrup, ich wollte damit nur andeuten: Mit vollen Hosen ist gut stinken.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Mit dem Bildungspakt Investitionen in die Köpfe und in die Zukunft zu tätigen, das können wir uns aus unserer Sicht leisten. Die Kraft des Faktischen – davon bin ich überzeugt – wird auch die Landesregierung dazu bringen, genau diesen Weg in den nächsten Jahren einzuschlagen. Denn ansonsten fällt das Wertschöpfungspotenzial unseres reichen Bundeslandes in Zukunft einfach zusammen, wenn wir uns hier nicht zusätzlich anstrengen.

Noch einen Taktschlag zum Umgang mit dem Haushalt. Ich habe mich gewundert, dass von manchen Journalisten gerade in der Woche, in der wir den Haushalt im Plenum beraten, das mangelnde Selbstbewusstsein des Parlaments kritisiert wird, obwohl wir uns in dieser Woche relativ viel damit befasst haben. Aber eines ist schon wahr, meine Damen und Herren vor allem von den Regierungsfractionen: Wir haben einen Etat über 33 Milliarden € Jahresvolumen, und Sie schaffen es gerade einmal, Änderungen im Umfang von 32 oder 33 Millionen € zu beschließen – 1 Promille! Die beiden Finanzsprecher der Regierungsfractionen, Herr Herrmann und Frau Berroth, sagen als Begründung bei unserer gemeinsamen Pressekonferenz, Sie seien so stark in die Aufstellung des Haushaltsplans eingebunden.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Dann kommen Sie aber und sagen, wir müssten die Einsparvorschläge der Regierung, beispielsweise im Sozialbereich, korrigieren. Da muss ich feststellen: Sie haben zunächst die Einsparungen mitgemacht und sind dann unter dem Druck der Öffentlichkeit und unter dem Druck der Anträge der Opposition „umgeschwicht“.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Nicht überschätzen!)

Das als Selbstbehauptungswillen des Parlaments zu verkaufen, das ist reichlich grotesk.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe heute früh – jedenfalls über die Mikrofonanlage im Haus – die Rede von Frau Umweltministerin Gönner mitverfolgt und gehört, wie sie sich bei der CDU-Fraktion bedankt hat. Sie hat mit einer Formulierung begonnen, die ihr dann offensichtlich peinlich war. Es ging dabei um das Geld, das die CDU-Fraktion zur Verfügung hatte, also um die Nummer mit dem „Spielgeld“.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Mir wäre es als Parlamentarier peinlich, mir von meiner Regierung sagen zu lassen: „Da hast du ein paar Millionen; damit kannst du dich austoben, und den Rest machen wir.“ Wir sind der Gesetzgeber, und die Regierung hat nur eine geliebte Macht! Dies richtet sich an die Regierungsfractionen ebenso wie an die Opposition. Ein bisschen mehr Selbstbehauptungswillen, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein, auch in der offiziellen Auseinandersetzung auf der politisch-parlamentarischen Bühne zwischen Parlament und Regierung, täte manchmal ganz gut.

(Zuruf von den Grünen: Sehr gut! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Pure Theorie! Wir sind hier nicht im Bundestag, Herr Kollege! Bei uns ist das anders! – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Herrmann ist nur Teilzeit! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Metzger, wie viel haben Sie denn im Bundestag bewegt?)

– Herr Herrmann, jetzt mache ich eine Pause, damit ich nachher noch Redezeit für eine mögliche Replik auf den Finanzminister des Landes übrig habe.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von der CDU-FDP/DVP-Koalition angesetzte Stotterbremse wirkt. Autofahrer wissen: Stotterbremsen muss man dann, wenn es brenzlig wird. Es ist höchste Zeit, dass wir den Umschwung geschafft haben, die in der mittelfristigen Finanzplanung ursprünglich vorgesehene Neuverschuldung noch einmal drastisch herunterzufahren. Wir tun mit diesem Haushalt einen wichtigen Schritt zur Reduzierung der Neuverschuldung als Vorbereitung – das sage ich deutlich – zu dem danach ebenso notwendigen Schuldenabbau in der nächsten Legislaturperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Eines ist klar: Eine nachhaltige Konsolidierung des Haushalts – das wurde auch von allen meinen Vorrednern schon richtig dargestellt – ist nur mit einer nachhaltigen Begrenzung der Personalausgaben des Landes möglich. Auch in dem nun vorgelegten Haushalt werden aber schon in erheblichem Maße Stellen abgebaut. Das Staatshaushaltsgesetz schreibt fest, dass im Jahr 2007 insgesamt 815 Stellen und im folgenden Jahr 1 078 Stellen in Abgang zu stellen sind. Das ist erneut eine große Zahl, und damit werden die seit einigen Jahren laufenden Programme zum Stellenabbau konsequent umgesetzt.

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz 2007 wird das Sonderzahlungsgesetz des Landes dahin gehend geändert, dass die Sonderzahlungen für aktive Beamte auf etwa 50 % eines Monatsbezugs und für Pensionäre auf 30 % eines Monatsbezugs festgesetzt werden. Damit wird eine Verständigung zwischen dem Land und den Verbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes umgesetzt, die hier nun erstmals haushaltswirksam ist, in ihrer Wirkung aber deutlich über das Haushaltsstrukturgesetz hinaus besteht.

(Heiderose Berroth)

Die Regelungen zur Sonderzahlung – früher einmal „Weihnachtsgeld“ genannt – führen zu Einsparungen in Höhe von 39 Millionen € in diesem und 123 Millionen € im nächsten Jahr. Auch für die Folgejahre ist eine steigende Tendenz abzusehen. Zugleich wurde aber vereinbart – und so ist das auch im Vorblatt des Gesetzentwurfs zum Haushaltsstrukturgesetz festgehalten –, dass die Beamten, so wie auch die Tarifbeschäftigten, im Jahr 2008 eine Gehaltserhöhung um 2,9 % erhalten. Dies ist uns wichtig; denn wir wollen, dass dort Wirkungsgleichheit besteht und es nicht zu einseitigen Entwicklungen kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Vereinbarung wird so umgesetzt, dass zum 1. Februar 2008 für alle Beamten eine Anhebung um 1,5 % stattfindet sowie zum 1. August desselben Jahres für den einfachen und den mittleren Dienst und zum 1. November für den gehobenen und den höheren Dienst eine weitere Anhebung um 1,4 % erfolgt, sodass letztlich trotz der Reduzierung der Sonderzahlungen niemand einen geringeren Betrag als bisher auf dem Konto hat.

Schließlich – und auch das ist wichtig – hat die Landesseite erklärt, dass sie in dieser Legislaturperiode keine eigenen Eingriffe in die Beihilfe- und die Heilfürsorgeregelungen plant und auch die Wochenarbeitszeit und die Lehrdeputatsverpflichtungen der Beamtinnen und Beamten nicht weiter erhöhen wird.

Diese Verständigung ist wichtig, denn uns allen sollte klar sein: Unser Land ist auf einen funktionsfähigen, auf einen leistungsbereiten und hoch motivierten öffentlichen Dienst angewiesen. Wir wollen Verlässlichkeit und Partnerschaft im Verhältnis zwischen dem Land und seinen Bediensteten gewährleisten. Der öffentliche Dienst wird ein schlanker öffentlicher Dienst sein müssen, aber er muss konkurrenzfähig mit der privaten Wirtschaft sein. Leistung muss sich auch im öffentlichen Dienst lohnen. Wir werden künftig mit wesentlich weniger Bediensteten auskommen müssen, und das können wir auch. Aber wir sind auf gute und hoch qualifizierte Bedienstete angewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Als weitere Maßnahme haben wir deshalb – ähnlich wie es gestern schon für das Justizressort erfolgte – beschlossen, im Bereich des mittleren Dienstes der Steuerverwaltung mit einem kleinen Strukturprogramm die Voraussetzungen für jeweils 150 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 6 nach A 7 und von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 in den nächsten beiden Haushaltsjahren zu schaffen. Die Wartezeiten für Beförderungen im mittleren Dienst der Steuerverwaltung, die heute unverhältnismäßig lang sind, können dadurch deutlich verkürzt werden.

Wenn wir jetzt darangehen, die durch die Föderalismusreform neu gewonnenen Zuständigkeiten im Bereich des Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts inhaltlich auszugestalten, dann sollten wir auch prüfen, ob es für den mittleren Dienst der Steuerverwaltung überhaupt noch angemessen und zeitgemäß ist, im Eingangssamt nach Besoldungsgruppe A 6 bezahlt zu werden, oder ob es nicht richtiger ist, die Besoldungsgruppe A 7 für das Eingangssamt des mittleren Dienstes

der Steuerverwaltung vorzusehen, so wie es im Bereich der Polizei schon lange umgesetzt ist.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! Ja, klatscht da keiner? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sind doch an der Regierung! Wem gilt die Ansprache?)

Aus unserer Sicht ist auch für den gehobenen Dienst noch ein entsprechendes Strukturprogramm nötig. Hierüber besteht aber noch Beratungsbedarf, und wir werden das gegebenenfalls in einem Nachtrag umsetzen.

Im Übrigen aber – und das richtet sich jetzt vor allem an die Große Koalition in Berlin – wissen wir, dass die Steuerverwaltung hoch belastet ist. Aber sie leidet auch und vor allem unter den ständig neu hinzukommenden und ständig komplizierter werdenden Steuergesetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der allerbeste Dienst, den wir der Steuerverwaltung erweisen könnten, wäre eine Steuerreform, die endlich einmal den Geboten der Transparenz und der Steuervereinfachung folgen und es zugleich schaffen würde, ganze Steuerarten zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das sagen wir dem Solms! – Abg. Thomas Blenke CDU: Welche Partei hat denn die meisten Steuergesetze mitbeschlossen in der Bundesrepublik?)

Erst dann können wir nicht nur der Not gehorchend, sondern wirklich guten Gewissens auch in der Steuerverwaltung Stellen abbauen, weil dann wirklich Aufgaben wegfallen. Wer, wenn nicht die Große Koalition, soll dies denn anpacken?

Nun zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. Diese Haushaltsberatungen verlaufen auch deshalb deutlich entspannter, als das in der Vergangenheit der Fall war, weil es im Vorfeld gelungen ist, mit den kommunalen Landesverbänden zu einer Vereinbarung über die Änderung der Finanzverteilung zwischen dem Land und den Kommunen und über den Themenbereich „Konnexität und Konsultation“ zu kommen. Die einstimmigen Empfehlungen der Finanzverteilungskommission, die diese Vereinbarung aufnehmen, lauten:

*Der kommunale Finanzausgleich wird in den Jahren 2007 bis 2010 um jeweils 395 Millionen € gekürzt. Die Spitzabrechnung der kommunalen Belastung im Länderfinanzausgleich wird für die Jahre 2005 bis 2009 insgesamt ausgesetzt. Des Weiteren wird der kommunale Finanzausgleich zur Vermeidung einer allgemeinen Reduzierung von Leistungen des Landes an die Kommunen außerhalb des Länderfinanzausgleichs um 5 % in Höhe von 10 Millionen € pauschal gekürzt. ...*

*Der sich aus der endgültigen Spitzabrechnung des Länderfinanzausgleichs für das Jahr 2004 ergebende Erstattungsanspruch des Landes in Höhe von 14 Millionen € wird in den Jahren 2007 und 2008 je hälftig durch eine Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs umgesetzt.*

*(Heiderose Berroth)*

Gegenüber den Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs in den vergangenen zwei Jahren – das waren je 350 Millionen € zuzüglich Spitzabrechnung des kommunalen Anteils am Länderfinanzausgleich – bedeutet dies eine Verschiebung zu Lasten der Kommunen in Höhe von 24 Millionen € pro Jahr. Aufgrund der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen steigt die für die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden zur Verfügung stehende Finanzmasse im Jahr 2007 dennoch deutlich an.

Der Haushaltsansatz 2006 betrug 4,16 Milliarden €. Im Jahr 2007 werden es 4,66 Milliarden € sein und im Jahr 2008 rund 4,84 Milliarden €. Aufgrund dieser Tatsache und wegen des überproportional steigenden Realsteueraufkommens der Kommunen werden im Ergebnis die Anteile des Landes und der Kommunen am Nettosteueraufkommen, also am Steueraufkommen nach allen Verteilungssystemen, mit etwas mehr als 42 % für die Kommunen und knapp 58 % für das Land in etwa gleich bleiben. Auch dies zeigt: Das ist eine Vereinbarung, die für die kommunale Seite durchaus vertretbar ist.

Sie ist vor allem deshalb für die Kommunen richtig und wichtig, weil wir in dieser Vereinbarung zugleich festgehalten haben – das war uns ein wichtiges Anliegen; es ist aber vor allem für die Kommunen von großer Bedeutung und auch aus Landessicht richtig –, dass das in der Landesverfassung bereits enthaltene Konnexitätsprinzip durch eine Änderung der Verfassung und eine ergänzende gesetzliche Regelung dahin gehend präzisiert und erweitert wird, dass wir künftig auch vom Land veranlasste nachträgliche Änderungen landesrechtlich übertragener Aufgaben genauso wie die Übertragung neuer, vom Land bisher nicht wahrgenommener Aufgaben und eigene Anforderungen des Landes an die Erfüllung bestehender Aufgaben in den Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips einbeziehen und damit bei wesentlichen Mehrkosten zu einem finanziellen Ausgleich für die Kommunen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Dass damit ein lange verfolgtes politisches Ziel der FDP/DVP umgesetzt wird, sei nur am Rande erwähnt. Es freut uns sehr, dass es mit dieser Vereinbarung gelungen ist, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auf eine deutlich verbesserte Basis zu stellen.

Nun komme ich noch zu den Themen Neuverschuldung und Neuverschuldungsverbot sowie zur mittelfristigen Finanzplanung.

Wir senken mit diesem Haushalt die Nettokreditaufnahme auf 1 Milliarde € im Jahr 2007 und weiter auf 750 Millionen € im Jahr 2008 ab.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir trotz günstiger Daten der Steuerschätzungen des Jahres 2006 und trotz der geplanten Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung – das Geld ist noch nicht da, und ich glaube nach wie vor nicht, dass es in der vorgesehenen Höhe kommt; aber ich lasse mich gern überzeugen, wenn es anders ist – im Prozess der Haushaltsaufstellung noch Deckungslücken in Höhe von 1,3 Milliarden € im Jahr 2007 und 1,6 Milliarden € im Jahr 2008 schließen müssen.

Wer jetzt behauptet, die Haushaltskonsolidierung sei uns in den Schoß gefallen, der begeht eine Frechheit, die eigentlich jeder Grundlage entbehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: So ist es!)

Nein! Es waren harte Einschnitte, und wir stehen dazu. Außerdem ist uns vorgehalten worden, dass wir die Mehreinnahmen einfach ververspert hätten. Das stimmt ja gar nicht. Wir haben – auch das war mir besonders wichtig – Rücklagen gebildet, weil wir genau wissen: Wenn, wie wir es alle hoffen, eine Unternehmensteuerreform kommt, dann brauchen wir dafür auch wieder Geld; dann haben wir weniger Einnahmen. Deswegen haben wir gleichzeitig Rücklagen gebildet.

Die SPD aber, Herr Dr. Schmid, hat letztlich keine eigenen Vorschläge gemacht, wie man konkret einsparen kann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Na, na!)

Sie wollten auf Kosten der Beamten sparen. Ich habe vorhin erläutert, warum das aus meiner Sicht nicht richtig ist. Zudem haben Sie reichlich „Ausgeberitis“ betrieben, z. B. mit Ihrem Antrag zu den Kindergartenbeiträgen. Natürlich würden wir dieses Anliegen auch gern umsetzen. Aber im Moment ist die Zeit noch nicht reif dafür. Wir arbeiten aber daran, dass das künftig möglich wird.

Natürlich kann man über die Details der Kürzungen ebenso streiten wie über die Ausgestaltung der zusätzlichen Schwerpunkte, die dieser Haushalt setzt. Insgesamt aber, von seiner Grundlage her, ist dieser Haushalt ohne Alternative, wenn die Vorgaben zur Absenkung der Neuverschuldung, denen sich die FDP/DVP in besonderem Maße verpflichtet fühlt, eingehalten werden sollen.

Sehr viele, aber nicht alle Maßnahmen, die für den Doppelhaushalt vereinbart sind, wirken auch in den Folgejahren fort. Es gibt auch Haushaltsentlastungen – darauf wurde auch schon hingewiesen –, auf die wir uns in Zukunft nicht verlassen können, wie die Sonderausschüttung der L-Bank oder das weiterhin günstige Zinsniveau. Insofern kommen mit den folgenden Haushalten neue Herausforderungen auf uns zu.

Immerhin aber führen die vereinbarten Einsparungen zu Haushaltsentlastungen von mehr als 1,1 Milliarden €, die auch nach 2008 noch wirksam sind. Dennoch müssen dann noch jeweils durchschnittlich 1 Milliarde € pro Jahr eingespart werden, um, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, im Jahr 2011 die Nettoverschuldung auf null zu stellen.

Wie ernst wir dieses Ziel nehmen, zeigt sich auch daran, dass mit dem Haushaltsstrukturgesetz 2007 ein ab 2011 geltendes Verbot der Nettoneuverschuldung in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen wird. Uns ist klar, dass das nur ein erster Schritt ist. Aber er ist wichtig und hat auch eine deklaratorische Wirkung. Sobald es möglich ist und sobald wir sehen, dass das Verbot auch eingehalten wird, muss es in die Verfassung aufgenommen werden. Das ist kein Thema; das ist vereinbart. Aber wir würden es nicht für solide halten, ein Verbot der Nettoneuverschuldung jetzt in die Verfassung zu schreiben, da wir genau wissen: Die nächsten zwei Jahre können wir es noch nicht einhalten. Wir wollen glaubwürdig bleiben.

(Heiderose Berroth)

Deswegen kommt es dann in die Verfassung, wenn klar ist: Es ist auch einhaltbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eines ist auch klar: Wir binden uns damit für die Zukunft selbst die Hände. Aber genau diese Selbstbindung wollen wir auch, weil sich die bisherigen Regelungen zur Schuldenbegrenzung als nicht ausreichend erwiesen haben.

Die mittelfristige Finanzplanung, die wir hier heute zur Kenntnis nehmen, stellt eine realistische Fortschreibung des gegenwärtig Erreichten dar. Die Annahmen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, auf denen die Fortschreibung der Steuereinnahmen basiert, liegen mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von jährlich durchschnittlich 1,6 % in den nächsten vier Jahren in einer Größenordnung, die wirklich zu erwarten ist – im Gegensatz zu anderen Haushalten, insbesondere auch auf Bundesebene, wo oft mit Phantomzahlen gerechnet wurde, daraufhin Ausgaben geplant wurden und nachher das Ganze in die Hose ging.

Die mittelfristige Finanzplanung ist aber kein Handlungskonzept für die Zukunft. Sie zeigt Pfade des Abbaus der Neuverschuldung in Richtung Nettounverschuldung 2011 auf, füllt sie aber noch nicht inhaltlich aus. Wir brauchen die Kraft, die in der Finanzplanung ausgewiesenen Deckungslücken der Jahre 2009 und 2010 neben den einkalkulierten Steuermehreinnahmen durch strukturell wirksame Einsparmaßnahmen zu schließen. Der Abbau von Personalstellen muss nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert werden. Gerade hierfür ist eine fundierte Aufgabenkritik unerlässliche Voraussetzung.

Die nächste Sitzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufgabenstrukturkommission ist bereits terminiert. Sie hat wichtige Aufgaben vor sich. Ich gehe davon aus, dass sie Maßnahmen findet, aufgrund deren die kommenden Haushalte deutlich anders aussehen als der, den wir jetzt beschließen. Dafür aber bedarf es solider, grundlegender Beratung. Das kann nicht innerhalb weniger Wochen geleistet werden.

So manches, was Sie heute angemahnt haben, ist durchaus auf dem Weg. Es kommt nicht deshalb in nächster Zeit, weil Sie es angemahnt haben, sondern weil wir es auch schon lange wollen. Aber wir wollen es fundiert beraten, damit es dann auch solide umgesetzt werden kann. Z. B. steht ja auch schon im Koalitionsvertrag, dass wir einen Pensionsfonds einführen wollen.

Den erneut gestellten Anträgen der Opposition werden wir heute schon deshalb nicht zustimmen können, weil die dafür vorgesehene Gegenfinanzierung für uns nicht tragbar ist. Wir ziehen keinen Wechsel mehr auf die Zukunft. Das ist viel zu lange passiert. Damit muss endlich Schluss sein. Ein Wechsel auf die Zukunft wäre auch bei dem Modell der Grünen der Fall, und deshalb ist das für uns keine Lösung.

Zusammenfassend stelle ich fest: Wir sind auf dem Weg zu einem Haushalt, der den Leitmotiven der Nachhaltigkeit, der Generationengerechtigkeit und der Zukunftsorientierung folgt, ein gutes Stück vorangekommen, auch wenn die Opposition dies nicht wahrhaben will. Wir arbeiten an dem Ziel, einen dauerhaft tragfähigen, stabilen Zustand der öffentlichen Finanzen herzustellen. Gerade die mittelfristige Finanzplanung

zeigt, dass wir dieses Ziel noch nicht erreicht haben. Aber sie zeigt auch: Wir kommen ihm näher. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält der Herr Finanzminister das Wort.

**Finanzminister Gerhard Stratthaus:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte ja vor einigen Wochen bei der Einbringung des Haushalts die Möglichkeit, Grundsätzliches zu sagen, und werde auch am nächsten Mittwoch noch einiges sagen.

Ich wollte jetzt eigentlich gar nicht sprechen, aber es sind doch einige Aussagen gefallen, die ich einfach zurechtrücken und zu denen ich wenige Sätze sagen muss.

Zunächst muss ich einfach einmal sagen: Es ist wirklich ein hartes Brot, in Baden-Württemberg in der Opposition zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist halt leider so: Hier sind die meisten Dinge besser, und wir sind fast überall spitze.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wieso fast? Wir sind spitze!)

– Bei der Opposition nicht, aber sonst sind wir fast überall spitze.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt zeigt eine gute Entwicklung auf. Ich darf doch einmal ganz wenige Zahlen nennen. Wir hatten noch vor wenigen Jahren 2 Milliarden € Schulden, dann 1,7 bzw. 1,5 Milliarden €

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Neue Schulden!)

neue Schulden. Im nächsten Jahr werden es 1 Milliarde € sein, und wir werden in wenigen Jahren die Nullnettoneuverschuldung erreichen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, wir sollten stolz darauf sein, dass wir das können.

Jetzt möchte ich aber doch auf Einzelheiten eingehen. Herr Metzger hat mit vollem Recht gesagt: „Es liegt noch viel vor uns.“ In der Tat sind die sogenannten expliziten Schulden, also die Kapitalmarktschulden, natürlich nur ein Teil dessen, was wir wirklich an Belastungen für die Zukunft haben. Die stärkere Belastung wird in der Tat dadurch entstehen, dass wir riesige und noch wachsende Pensionsausgaben für die Beamten leisten müssen. Wir haben im Augenblick 80 000 Pensionäre. Wir werden in wenigen Jahren, in ungefähr 15 Jahren, 160 000 Pensionäre haben.

Nur, Herr Metzger, jetzt muss ich doch einmal auf eine Sache eingehen. Es wird hier immer wieder gesagt: „Es sind keine Rücklagen gebildet worden.“ Das ist völlig richtig. Aber das

(Minister Gerhard Stratthaus)

ist genau der gleiche Fall wie in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dort sind auch keine Rücklagen gebildet worden. Volkswirtschaftlich ist das der gleiche Effekt. In jedem Jahr muss genau das von den Arbeitenden aufgebracht werden, was die Rentner oder die Pensionäre beziehen. Bei den Pensionären stammt das aus den Steuereinnahmen, und bei den Rentnern basiert es auf den Umlagen. Eine Rücklage gibt es dort auch nicht. Vorhin ist es bereits gesagt worden: Die Einzahlungen in die Rentenversicherung reichen bei Weitem nicht aus. Wir müssen sogar noch 80 Milliarden € an Steuern hinzugeben. Wir haben also bei den Beamten und bei den Rentnern das gleiche volkswirtschaftliche Problem.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: 80 Milliarden €  
Jahr für Jahr!)

Es ist eben auch angedeutet worden, wir würden einen Pensionsfonds einführen. Man kann darüber reden, und ich bin auch dafür. Ich möchte Ihnen gleich sagen, warum. Zunächst einmal kann man sich darüber natürlich streiten, denn wenn die Mittel dieses Pensionsfonds allein in fest verzinslichen Wertpapieren angelegt werden

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP schüttelt den  
Kopf.)

und man gleichzeitig Schulden macht, dann sind im Allgemeinen die Sollzinsen höher als die Habenzinsen. Das kann aus folgenden Gründen trotzdem Sinn machen: zunächst einmal im Hinblick auf die Transparenz, damit man sieht, was ein Beamter wirklich kostet. Wenn man auch eine gewisse Summe drauflegen muss, so hat man doch größere Transparenz. Ein weiterer Grund wäre natürlich noch, dass man den Pensionsfonds langfristig in der Hoffnung anlegt, dass die Verzinsung höher sein wird als die, die sich mit festverzinslichen Wertpapieren erzielen lässt. Dann muss man in Aktienanteile reingehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP schüttelt den  
Kopf.)

Das wird man machen. – Na ja, langfristig hat sich gezeigt, dass dies vernünftig ist. Ich wollte nur darauf hinweisen; so einfach ist die ganze Sache nicht.

Sie haben mir vorhin vorgeworfen – nein, nicht vorgeworfen, sondern festgestellt; wir sind ja immer freundlich zueinander –, auch die Versorgungslasten seien bei den Gehältern der Lehrer mit eingerechnet, und damit hätten wir nachgewiesen, dass wir mehr Geld für die Bildung ausgegeben hätten. Das ist richtig. Wenn wir aber in Zukunft bei den Lehrern lauter Angestellte haben, dann ist es in jedem Fall so. Denn in jedem Jahr werden die sogenannten Lohnnebenkosten sofort in die Berechnung eingehen, und dadurch würden wir insgesamt auch mehr für die Bildung ausgeben. Ich wollte nur noch einmal darauf hingewiesen haben; so einfach ist die ganze Sache nicht.

Lassen Sie mich noch auf ganz wenige Dinge eingehen, z. B. auf die Einnahmen. Es ist immer wieder gesagt worden, die Steuererhöhungen hätten uns geholfen. Das ist natürlich rich-

tig. Auf der anderen Seite sind wir äußerst verantwortungsbewusst mit den Steuereinnahmen umgegangen. Wir hätten die Verschuldung im Jahr 2006 noch weiter zurückfahren können. Wir hätten einfach die bestehenden Verschuldungsrechte aus Vorjahren aktivieren und dann sagen können: Wir nehmen das Geld, das zusätzlich eingegangen ist, für die Finanzierung im Jahr 2007. Da wären wir toll dagestanden. Das haben wir aber nicht gemacht, sondern wir haben bereits in den Jahren 2005 und 2006 weniger Schulden aufgenommen. So gibt es noch viele Dinge, die man hier im Einzelnen dazu sagen könnte.

Eine Sache ist mir auch aufgefallen: Sie haben vorhin davon gesprochen, man müsse bei den Beamten und den Angestellten sparen. Ich werde nachher noch einen Satz dazu sagen. Es ist richtig: Wir werden dazu kommen müssen, dass wir in 20 Jahren wesentlich weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben als heute. Ich habe vorhin auch von Ihnen gehört, wir sollten Beamtenstellen abbauen – aber nicht bei der Polizei, nicht bei den Lehrern und nicht bei der Steuerverwaltung. Ja, wo denn dann?

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In diesen Bereichen – einschließlich Hochschulen und Justiz – sind ungefähr 90 % unserer Beschäftigten tätig. Sie müssen das einmal bedenken. Es hat doch keinen Wert, immer wieder zu behaupten, wir müssten die Beschäftigtenzahl zurückfahren, aber gleichzeitig auch immer wieder die Bereiche zu nennen, wo wir angeblich mehr aufbauen müssen. Sie haben nämlich sogar mehr Lehrer und, wenn ich mich richtig erinnere, auch mehr Polizeibeamte gefordert. Auf jeden Fall aber haben Sie mehr Beschäftigte bei der Steuerverwaltung gefordert.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das bringt Geld rein!)

Das muss man sich einfach einmal überlegen. Sie sprechen allgemein und theoretisch von einem notwendigen Abbau, aber in Wirklichkeit wollen Sie Personal aufbauen.

Übrigens noch zum Stichwort Steuererhöhungen: Ich kann mich erinnern, Herr Präsident, dass wir beide einmal kurz vor der Bundestagswahl

(Zurufe von der SPD: Was?)

eine Diskussion im Fernsehen hatten, und zwar darüber, ob die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöht werden solle. Der Präsident war dagegen. Er hat Wort gehalten; sie ist um drei Prozentpunkte erhöht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das war eine schwere Niederlage!

**Finanzminister Gerhard Stratthaus:** Ich wollte das bei dieser Gelegenheit nur einmal sagen, füge aber, damit diese Vorwürfe so nicht im Raum stehen bleiben, hinzu: Wir werden im nächsten Jahr durch die Unternehmensteuerreform Ausfälle in etwa derselben Höhe haben, wie wir durch die erhöhte Umsatzsteuer Mehreinnahmen haben. Diese Annahme scheint mir vernünftig zu sein. Jeder Finanzwissenschaftler sagt Ihnen, dass es vernünftiger ist, die direkten Steuern, weil sie un-

(Minister Gerhard Stratthaus)

mittelbar mit der Leistung zusammenhängen, eher zurückzufahren und dafür die indirekten Steuern zu erhöhen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Man sollte es halt gleichzeitig machen!)

Deswegen möchte ich heute noch einmal sagen: So falsch war die ganze Sache nicht.

Vielleicht noch wenige Sätze zu den Ausgaben: Wir haben auf einigen Gebieten tatsächlich auch mehr Ausgaben getätigt. Denn Sparen – das hat die Fraktionsvorsitzende der SPD gesagt, und das hat mir gefallen – ist natürlich kein Ziel, sondern ist ein Weg, ein Mittel zum Zweck. Das ist ganz klar. Wir wollen nicht etwa sparen, weil uns das Spaß machen würde – das wäre haushaltspolitischer Masochismus –,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wäre sehr schwäbisch!)

sondern wir wollen sparen, weil wir davon überzeugt sind, dass wir unsere Schulden zurückfahren müssen. Denn im Augenblick ist es eine Tatsache, dass wir jedes Jahr über 2 Milliarden € für Zinszahlungen ausgeben. Das ist einfach zu viel. Wir haben dennoch auf einigen Gebieten mehr gemacht.

Es wird immer wieder behauptet, wir hätten keine strukturellen Einsparungen vorgenommen. Das ist einfach nicht wahr. Ich darf Ihnen das einmal mit ganz wenigen Sätzen sagen. Allein im Jahr 2008 werden wir über die Sonderzahlung für Beamte, die zurückgefahren worden ist, und aufgrund der Einsparung von Stellen 200 Millionen € eingespart haben. Wenn das nicht strukturell ist! Wir haben weiterhin durch die Sperrung von Stellen bei den Schulen – da waren Sie dagegen – immerhin auch 42 Millionen € eingespart. Weitere Einsparungen auf vielen anderen Gebieten kommen hinzu. Insgesamt haben wir rund 250 Millionen € struktureller Einsparungen vorgesehen. Das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Darüber, was Sie uns genannt haben, kann man sich natürlich auch streiten. Z. B. will die SPD einfach bei der LBBW mehr Gewinn abholen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Heuschrecken!)

Zunächst ist es natürlich völlig falsch, den Gewinn auf das Gesamtkapital zu beziehen. Denn im Gesamtkapital des Unternehmens auf der ganzen rechten Seite der Bilanz sind auch die Schulden drin, ist auch das Fremdkapital drin. Sie können das doch nur auf das Stammkapital oder das Eigenkapital beziehen. Das ist das Erste.

Zweitens sind wir heute stolz darauf, dass die LBBW wächst und eine der besten Banken Deutschlands ist. Sie wird ihr Eigenkapital brauchen. Sehen Sie, die meisten anderen Geschäftsbanken machen, wenn sie mit ihrem Eigenkapital in Schwierigkeiten kommen, eine Kapitalerhöhung. Was würde denn passieren, wenn die LBBW heute käme und eine Kapitalerhöhung machen wollte? Das könnte nur über eine Einlage der Gewährträger erfolgen. Deshalb halte ich das und vieles andere mehr für äußerst problematisch.

Vielleicht darf ich noch zu zwei Punkten etwas sagen, und zwar zum einen zur Bildung und zum anderen zu den Personalstellen.

Gestern hat irgendjemand behauptet, wir lägen bei den Bildungsausgaben ganz, ganz weit zurück, lägen in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt an letzter oder zweitletzter Stelle. Dazu muss ich jetzt etwas sagen.

(Abg. Winfried Kretschmann und Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Unter dem Bundesdurchschnitt!)

– Aber dieser Vergleich ist natürlich unsinnig. Entschuldigung. Ich werde es Ihnen gleich sagen.

Zunächst einmal ist es natürlich sehr problematisch, den Input von Geld in irgendeine Beziehung zu dem Ergebnis zu bringen, das hinten herauskommt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wenn wir z. B. allen Lehrern einfach 10 % mehr bezahlen würden, dann würden wir 10 % mehr für die Bildung ausgeben und wären nach dieser Logik um 10 % besser. Das kann doch aber wohl nicht wahr sein.

Das ist einmal das Erste: Dies ist zu einfach.

Zweitens ist es völlig falsch, das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab zu nehmen. Wir haben ein hohes Bruttoinlandsprodukt, und Hamburg hat es auch. Deswegen liegen unsere Bildungsausgaben prozentual natürlich relativ niedrig. Wo sind sie am höchsten? In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt – einfach, weil die Basis eine andere ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr „erfolgreiche“ Länder!)

Dazu kommt noch etwas anderes: Wenn wir unsere Steuereinnahmen behalten dürften, die aus dem höheren Bruttoinlandsprodukt resultieren, dann hätte das vielleicht irgendeinen Sinn. Wir haben tatsächlich höhere Steuereinnahmen. Aber diese höheren Steuereinnahmen bleiben uns nicht. Ich weiß nicht, ob Ihnen das klar ist: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 16 Länder.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir schon einmal irgendwo gehört! – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Das wird doch abgeschöpft! – Unruhe)

Diese Zahl ist ganz wichtig. Sie sprechen doch dauernd davon, dass wir ein reiches Bundesland wären. Das sind wir vor dem Länderfinanzausgleich!

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wir haben 16 Bundesländer. Neun Länder haben pro Kopf mehr Geld als wir. Das bedenkt man oft nicht. Alle fünf neuen Länder haben pro Kopf wesentlich mehr Geld. Die Stadtstaaten haben mehr Geld; das Gleiche gilt für Hessen. Nur noch sechs Bundesländer stehen schlechter da als wir. Darauf müssen Sie das doch beziehen – nicht auf unsere Steuereinnahmen, sondern darauf, was uns bleibt! Insofern sind wir eben kein reiches Land, sondern liegen eher unter dem Durchschnitt.

Ziehen Sie zum Thema Bildung eine andere Zahl heran: Wie viele Lehrer haben wir eigentlich pro Schüler? Das ist doch die entscheidende Frage. Fragen Sie einmal, wo wir diesbezüglich liegen.

(Minister Gerhard Stratthaus)

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Wir haben beste Zahlen!)

An erster Stelle, und zwar ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn alle da sind!)

Der Abstand z. B. zu Bayern beträgt immerhin 8 oder 9 %. Wir haben 8 bis 9 % mehr Lehrer als Bayern. Stellen Sie sich einmal vor, was das, in Geld ausgedrückt, ausmacht.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Die Bayern haben mehr Lederhosen!)

Ich wollte einfach sagen: Man kann so etwas nicht stehen lassen. Der Bezug zum Bruttoinlandsprodukt ist völlig falsch. Wenn man das realistisch betrachtet, sieht es ganz anders aus.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz zu den Personalkosten sagen. Es ist in der Tat so: Unser Haushalt wird auf Dauer nur dann konsolidiert werden können, wenn wir die Personalkosten weiter senken – zumindest relativ. Das ist überhaupt keine Frage.

Ich muss aber Folgendes auch ganz deutlich machen: Wir können im öffentlichen Dienst nicht laufend Nullrunden fahren. Das sage ich auch als Finanzminister. Wenn ich heute die Forderungen der IG Metall und anderer lese, dann glaube ich, dass wir irgendwann einmal auch wieder dafür sorgen müssen, dass die Gehälter und Besoldungen im öffentlichen Dienst noch irgendwie den Anschluss an die private Wirtschaft halten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sag' ich doch!)

Wenn Sie die demografische Entwicklung sehen, wissen Sie doch, wie schwer es in 15 oder 20 Jahren sein wird, qualifizierte Leute zu bekommen.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Die Grünen haben irgendwann einmal gefordert, 20 000 Stellen sollten abgebaut werden. Ich bin schon der Meinung, dass die langfristig abgebaut werden sollten. Gerade habe ich mir eine interessante Zahl errechnet. Die Jahrgänge zwischen 1960 und 1970 umfassten durchschnittlich jeweils 150 000 Menschen; die Jahrgänge zwischen 1985 und 1995, also rund 20 Jahre später, hatten jeweils nur noch rund 100 000 Menschen. Wenn wir also, in absoluten Zahlen gesehen, gleich viele Personen wie vor 20 Jahren in den öffentlichen Dienst einstellen würden, dann würden wir, bezogen auf jeden Jahrgang, 50 % mehr im öffentlichen Dienst beschäftigen. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Wir müssen also sehen – so wollte ich eigentlich schließen –, dass die Besoldung im öffentlichen Dienst mit dem Gehalt in der privaten Wirtschaft konkurrieren kann. Im Durchschnitt wird sie wohl immer etwas niedriger liegen; dafür ist die Sicherheit höher. Auch das sage ich mit aller Deutlichkeit: Die

Sicherheit hat ihren Preis. Aber die Besoldung muss konkurrieren können.

Wo die Einsparmöglichkeiten liegen, ist ganz klar: Wir müssen die gleiche Leistung mit weniger Köpfen erbringen können.

Alles in allem – ich werde auch nächste Woche noch einmal dazu sprechen – ist dies ein guter Haushalt. Der nächste sollte noch besser sein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Prima!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Reichardt das Wort.

**Abg. Klaus Dieter Reichardt** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ressortminister hat ja in einer Art ökonomischem Oberseminar der Opposition noch einmal erklärt, was bei ihr für die nächsten Beratungen erforderlich ist: Die Opposition sollte nicht weiter Anträge aus dem Recycling stellen – sie hat 100 Anträge eingebracht, von denen mir aber 90 aus meiner Tätigkeit im Finanzausschuss bekannt waren –, sondern Vorschläge machen, wie man die strukturellen Probleme angehen kann. Da steckt der Teufel im Detail; da ist Fleiß erforderlich, da ist Kenntnis erforderlich. Vor allem ist erforderlich, die Situation und die Möglichkeiten richtig einzuschätzen.

Ich meine, dass wir bei der Beurteilung der momentanen Lage sehen müssen: Baden-Württemberg ist bei allen Problemen eines der wenigen Länder – Herr Kollege Metzger, Sie haben auch den bundesweiten Überblick –, die einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen.

Ich soll heute im Rahmen der Haushaltsberatungen Kapitel 1208 – Staatlicher Hochbau – etwas intensiver beleuchten. Wir werden unter diesem Kapitel 173 Millionen € an investivem Geld in 29 Maßnahmen einbringen, die im Land Baden-Württemberg verwirklicht werden. So werden wir sicherstellen, dass Baden-Württemberg eines der wenigen Bundesländer ist, deren Haushalt hinsichtlich der Höhe der Nettokreditaufnahme verfassungskonform ist. Kollege Groh nannte den Kreditfinanzierungsanteil von 3,1 %. Ich stelle dem den Anteil in Rheinland-Pfalz gegenüber, der mindestens 8 % beträgt – die dortigen Schattenhaushalte überhaupt nicht bewertet. Gemäß der Verfassungskonformität bekommen wir bei aller Sparsamkeit eben auch den investiven Teil so klar hin, dass wir mit dem Haushalt nicht quasi an der anderen Kante in die Verfassungswidrigkeit rutschen.

Verfassungskonformität ist ein, wie ich meine, zentrales Merkmal dieses Haushalts, der ja neuerlich auch den Maastricht-Kriterien, wenn man diese auf einen Landeshaushalt anwendet, vollauf entspricht.

Ich hätte mir auch gewünscht, dass gerade Kollege Metzger, der diese Themen in den großen Kontext der Talkshows und der Bundespolitik hineinstellt, diesen Tatbestand einmal würdigt und sagt: Baden-Württemberg ist im Rahmen des Möglichen in der Bundesrepublik Deutschland ganz, ganz vorne.

(Klaus Dieter Reichardt)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das sagt ihr doch schon selbst!)

Es ist wahr: Wenn ich die Produktivität dieses Bundeslands in Relation zu dieser oder jener Personalstellenzahl setze, möchte ich das bestärken, was Ihnen Herr Stratthaus eben zurief: Denken Sie für die Debatte in der nächsten Woche noch einmal nach. Wir müssen rund 80 % dessen, was wir im Land Baden-Württemberg gegenüber anderen Bundesländern mehr erwirtschaften, über die verschiedenen Ausgleichssysteme an andere Bundesländer abführen. Kollege Mack hat im Sommer des letzten Jahres eine Anfrage gestellt. Ich habe sie noch durch einen Brief an den Finanzminister ergänzt. Es ging mir um die Frage: Wie sieht es mit dem Solidarpakt mit den neuen Bundesländern aus?

Fazit: Wir kommen auf etwa 23 bis 24 Milliarden €, die unsere Bevölkerung Jahr für Jahr an andere Bundesländer abführen muss. Herr Metzger, da nützt es mir nichts, wenn man sagt: Prämisse „reiches Land“, wie steht ihr bei diesem oder jenem Parameter da? Vielmehr muss ich einfach sehen: Was wird uns weggenommen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts wird weggenommen! Das habt ihr so vereinbart! Zum Teufel nochmal! Immer die gleiche Leier!)

was wird uns abgezogen, und was können wir also aus dem Erarbeiteten nicht für unsere Bevölkerung in Baden-Württemberg einsetzen?

Mich hat der Antrag zur Gewinnabführung bei der LBBW sehr verwundert, und zwar schon bei der Diskussion im Finanzausschuss. Sie lesen heute offiziell etwas über Verkaufsdiskussionen um die Westdeutsche Landesbank, und vor einigen Tagen konnten Sie in der FAZ etwas über Absichten bei der Landesbank Berlin lesen. Sie wollen die Gewinnabführung erhöhen, wann immer die Dinge gut laufen – bei der LBBW laufen sie ja exzellent. Sind Sie sich eigentlich dessen bewusst, dass Sie, wenn Sie das in einem Recycling-Antrag Jahr für Jahr und Haushaltsdebatte für Haushaltsdebatte einfordern, unsere LBBW in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gerade hinsichtlich der künftigen Bankenlandschaft in den Bundesländern beschneiden würden?

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Ist Ihnen klar, dass Sie hier nicht richtigliegen? – Ihr Kopfschütteln, Herr Kollege Rust, zeigt, dass es Ihnen nicht klar ist.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wenn Sie unserer eigenen Bank so wenig zutrauen, ist dies Ihr Problem, nicht unseres!)

Der Minister hat Ihnen aber eine Woche Zeit gegeben, um über seine Ausführungen und, wie ich meine, auch meine Ausführungen zu diesem Thema nachzudenken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Über Ihre brauchen wir nicht nachzudenken! So toll sind die Argumente nicht! Das ist immer der gleiche Käse!)

Wir haben hinsichtlich der Landesbank Baden-Württemberg, Herr Kollege Gall, mit unserem linksrheinischen Nachbarland die Erfahrung gemacht, dass uns die dortige Landesbank, die viele Jahre von der SPD gesteuert wurde, wie ein Übernahmefall oder ein Sanierungsfall zugelaufen ist. Auch das müssen Sie einfach sehen und können Sie mit Kopfschütteln nicht aus der Diskussion bekommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Strategische Allianz“ nennt man so etwas!)

Ich stelle fest, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Aussage des Kollegen Metzger am Schluss der dreitägigen Plenardebatte, die Opposition müsse zum Haushalt endlich eine „Attacke reiten“, auch eine gewisse Hilflosigkeit wiedergegeben hat. Begriffe wie „faule Kartoffeln“, „gebratene Tauben“ und „volle Hosen“ werden wohl nicht dem gerecht, wie wir den Haushalt im Finanzausschuss und auch im Plenum gemeinsam beraten haben.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Diese Begriffe zeigen mir Ihre Hilflosigkeit: Kurze-Hosen-Träger, möglicherweise Heißhunger, endlich einmal etwas mitbestimmen zu dürfen – deshalb „gebratene Tauben“ – und ein fehlendes Vertrauen in unsere Landwirtschaft, die in aller Regel keine faulen Kartoffeln produziert, Herr Kollege Schmid.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Vereinzelt Beifall)

– Es gibt einige Kollegen, die im Hinblick auf die Uhrzeit auf einen weiteren Wortbeitrag verzichten.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 06 – Finanzministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/806. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0601 ist mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/906-1, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0608 abstimmen. Wer ist für die Annahme dieses Kapitels? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0610

Landeszentrum für Datenverarbeitung

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0611

Landesoberkasse

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0614

Bundesbau Baden-Württemberg

Wer stimmt für die Annahme dieses Kapitels? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0615

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Wer stimmt für die Annahme dieses Kapitels? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Wer stimmt für die Annahme dieses Kapitels? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen (einschl. Wirtschaftspläne der Landesbetriebe – Anlagen 1 bis 4 zu Kap. 0620)

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/906-2, vor. Wer stimmt für die Annahme dieses Antrags? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle jetzt das Kapitel 0620 zur Abstimmung. Wer ist für die Annahme dieses Kapitels? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/806 abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Einzelplans 06 abgeschlossen.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/812. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201

Steuern

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/912-1, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1201 – Steuern – abstimmen. Wer zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Zustimmung.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

#### Kapitel 1205

##### Kommunaler Finanzausgleich

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/912-2, vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitliche Ablehnung.

Ich lasse über das Kapitel 1205 abstimmen. Wer für die Annahme ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1206

##### Schulden und Forderungen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Sonderfonds Bildungspakt –, Drucksache 14/912-10, vor. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1206 abstimmen. Wer für die Annahme ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Kapitel mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1208

##### Staatlicher Hochbau

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Notprogramm Hochschulbausanierung –, Drucksache 14/912-3, vor. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1208 abstimmen. Wer für die Annahme ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1209

##### Staatsvermögen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/912-8, vor. Wer für die Annahme der Ziffer 1 dieses Antrags ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Ziffer 1 dieses Antrags angenommen.

Weiter liegt zu diesem Kapitel der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Senkung der Bewirtschaftungskosten auf das realistische Niveau der Vorjahre –, Drucksache 14/912-4, vor. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, der möge bitte die

Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer unter Berücksichtigung der angenommenen Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP dem Kapitel 1209 zustimmen will, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1209 ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1210

##### Versorgung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Streichung der Einmalzahlung für 2007 an Pensionäre –, Drucksache 14/912-5, vor. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Kapitel 1210 abstimmen. Wer für die Annahme ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1212

##### Sammelansätze

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/912-8 Ziffer 2, vor. Wer für die Annahme der Ziffer 2 dieses Antrags ist, der möge bitte die Hand erheben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr stimmt zu? Ihr müsst doch eigentlich ablehnen! – Abg. Dr. Stefan Schefold CDU: Von wem ist der Antrag? – Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Hammelsprung! – Abg. Reinhold Gall SPD: Welcher war das jetzt? Entschuldigung!)

– Das ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/912-8 Ziffer 2. Wer für die Annahme der Ziffer 2 dieses Antrags ist, soll bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist Ziffer 2 dieses Änderungsantrags angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Imagekampagne der Landesregierung –, Drucksache 14/912-6, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich das Kapitel 1212 – Sammelansätze – zur Abstimmung. Wer diesem Kapitel mit der beschlossenen Änderung zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1220

##### Zukunftsoffensive II

Wer dem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

### Kapitel 1221

#### Zukunftsoffensive III

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/912-9, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte das Handzeichen geben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt.

Ich stelle nun das Kapitel 1221 – Zukunftsoffensive III – insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Kapitel mit den beschlossenen Änderungen zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einstimmig! – Zurufe und Unruhe)

– Frau Kollegin, ich habe von hier oben eine noch bessere Sicht als Sie von unten aus.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Noch besser!)

Ich rufe auf

### Kapitel 1222

#### Zukunftsoffensive IV

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag – –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Über Kapitel 1223 muss noch abgestimmt werden, Herr Präsident!)

Aufgrund der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/812, soll ein neues

### Kapitel 1223

#### Aktionsbündnis Energie

in den Einzelplan 12 aufgenommen werden. Wer diesem neuen Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – So beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag – –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nein! Kapitel 1230! – Abg. Volker Schebesta CDU: Aufpassen!)

– Wenn Sie über dieses Kapitel auch noch abstimmen wollen, bitte.

(Heiterkeit)

Ich rufe auf

### Kapitel 1230

#### Neue Steuerungsinstrumente

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/912-7, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte

die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1230 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/912-11, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 12 beendet.

Wir kommen jetzt innerhalb der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über das

#### Staatshaushaltsgesetz 2007/08

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/813.

Aufgerufen ist

#### § 1

Wegen eines Fehlers in der EDV des Finanzministeriums

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gibt es so etwas?)

und nach den Beschlüssen des Finanzausschusses sowie wegen der bei der Zweiten Beratung der Einzelpläne 12 und 14 beschlossenen Änderungsanträge müssen die Zahlenangaben in § 1 entsprechend angepasst werden. Der Betrag für das Haushaltsjahr 2007 lautet nun „32.809.955.000 Euro“, und der Betrag für das Haushaltsjahr 2008 lautet „33.167.725.700 Euro“.

Wer § 1 mit diesen beiden Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Die in § 1 angeführte umfangreiche Anlage mit den Haushaltsübersichten für 2007 und 2008 muss infolge der vom Landtag soeben geänderten Beträge entsprechend angepasst werden. Sie ermächtigen den Präsidenten, die notwendigen Korrekturen in diesen Übersichten in Abstimmung mit dem Finanzministerium vorzunehmen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Selbstverständlich!)

Jetzt ist die Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob ich § 2 bis § 6, § 6 a, § 6 b, § 7 bis § 15 der Drucksache 14/813 insgesamt aufrufen kann.

(Widerspruch des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Herr Gall schüttelt den Kopf.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist gründliche Parlamentsarbeit!)

Es wird Einzelabstimmung begehrt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 9

§ 2

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Annahme.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

§ 10

§ 3

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Einstimmig beschlossen.

§ 11

§ 4

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitliche Annahme.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich beschlossen.

§ 12

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, um Ihnen jetzt entgegenzukommen, könnten wir über die §§ 5 bis 10 gemeinsam abstimmen!)

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitliche Annahme.

§ 13

– Das ist ein Wort. Gibt es Widerspruch? Weiter einzeln aufrufen? –

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Annahme.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja!)

§ 14

§ 5

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitliche Annahme.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich angenommen.

§ 15

§ 6

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Mehrheitliche Annahme.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich angenommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das Inkrafttreten! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gymnastikübung!)

§ 6 a

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Einstimmig angenommen.

Die Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 ist somit abgeschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

§ 6 b

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über das

**Haushaltsstrukturgesetz 2007**

§ 7

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/816. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

§ 8

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: In Anbetracht der Zeit verzichtet er auf eine Wortmeldung! – Beifall bei der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Danke!)

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Ab jetzt geht es en bloc!)

– Dafür bedanke ich mich recht herzlich.

Können wir über die §§ 9 bis 15 gemeinsam abstimmen?

Ich rufe auf

Artikel 1

(Abg. Reinhold Gall SPD: Leider nicht!)

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Wohnraumförderungsgesetzes

– Nein.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: 9 und 10! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die SPD missbraucht das Plenum!)

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg

Wer Artikel 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/916, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über Artikel 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/816 Abschnitt I, ab. Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landessonderzahlungsgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/912-11 Ziffer 2. Wer der Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Ziffer 2 dieses Antrags abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Artikel 4 des Gesetzesentwurfs. Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Pflichtexemplaregesetzes

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Schlussbestimmungen

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 6 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 9. Februar 2007 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsstrukturgesetz 2007“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich? – Damit wurde dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 14/816 abzustimmen. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Abschnitt II einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den

Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2006 bis 2010

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/815. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Finanzministeriums, Drucksache 14/788, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Damit ist auch Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am kommenden Mittwoch, 14. Februar 2007, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe hiermit die Sitzung.

**Schluss: 14:13 Uhr**